



DIE GRÜNEN
WIEN

Wiener Mut

Das Programm für Wien

wienermut.at
dialog@gruene.at

Vorwort

Damit Wiener Mut regiert!

Wien wählt am 23. Oktober ein neues Stadtparlament. Dabei können Sie entscheiden, ob Wien zu einer weltoffenen, sozialen und ökologischen Pionierstadt wird. Es geht um unser aller Zukunft.

Wir Grüne haben die Kompetenz und den Mut, die es braucht, um gemeinsam mit allen Wienerinnen und Wienern aktiv die Zukunft der Stadt zu gestalten.

Damit Wiener Mut regiert: Am 23. Oktober Grün wählen!



Maria Vassilakou

Spitzenkandidatin der Wiener Grünen



Liebe Leserinnen und Leser!

Die Wiener Grünen haben für die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 2005 ein umfassendes Programm erarbeitet.

Auch wenn Wien durchaus eine Stadt ist, die im internationalen Vergleich viel an Lebensqualität zu bieten hat, gilt es Ideen und Antworten für kommende Zukunftsfragen zur Diskussion zu stellen.

Armutsbekämpfung, Energiewende, hochwertige Arbeitsplätze und der Zugang zu Bildung sind zentrale Grüne Anliegen, die in den Mittelpunkt der politischen Diskussion rücken müssen.

Es gilt zu garantieren, dass sich die Wienerinnen und Wiener in den nächsten Jahren ihre Stadt und deren Dienstleistungen finanziell auch leisten können und ein ökologischer Beitrag zur Sicherung unserer Lebensqualität geleistet wird.

Wir haben uns jedenfalls entschlossen, im Wahlkampf auf unsere inhaltlichen Stärken zu setzen und uns nicht an den ritualisierten wechselseitigen Untergriffen zu beteiligen. Politik, die sich vor allem mit deftigen Sprüchen und persönlichen Schuldzuweisungen beschäftigt, vermittelt nur zu oft, dass sie mit der Realität der WählerInnen und ihren Problemen nichts zu tun hat.

Unsere umfassenden programmatischen Überlegungen sollen eine Orientierung geben, was die Wiener Grünen politisch durchsetzen wollen und wo sie ihre Schwerpunkte setzen.



Albert Steinhauser

Landessprecher der Wiener Grünen

Inhaltsverzeichnis

1	<i>Wiener Mut für ein grünes und nachhaltiges Wien</i>	5
1.1	<i>Mehr Grün für Wien</i>	5
1.2	<i>Müllvermeidung als oberstes Prinzip</i>	7
1.3	<i>Alternative Energieformen fördern</i>	7
1.4	<i>Nachhaltige Stadtentwicklung</i>	9
1.5	<i>Für eine ökologische und ressourcenschonende Mobilität in der Stadt</i>	11
2	<i>Wiener Mut zur offenen, lebenswerten und selbstbestimmten Stadt</i>	14
2.1	<i>Demokratie und Teilhabe fördern</i>	14
2.2	<i>Gendergerechtigkeit fördern – Frauen stärken</i>	16
2.3	<i>Frei- und Lebensräume für Kinder</i>	18
2.4	<i>Jugendliche gestalten mit</i>	18
2.5	<i>Älterwerden, Altsein in Wien</i>	19
2.6	<i>Lesben, Schwule, Bis und TransGenders</i>	21
2.7	<i>Wien als internationale Stadt</i>	22
2.8	<i>Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung</i>	23
2.9	<i>Kulturelle Vielfalt fördern</i>	24
2.10	<i>Sicherheit ist Lebensqualität</i>	26
3	<i>Wiener Mut zur lernenden und forschenden Stadt</i>	28
3.1	<i>Kinder und Kindergarten</i>	28
3.2	<i>Schule</i>	28
3.3	<i>Wissenschaft und Forschung</i>	31
3.4	<i>Weiterbildung/Lebensbegleitendes Lernen</i>	32

4	<i>Wiener Mut zur Grundsicherung und Beschäftigung</i>	35
4.1	<i>Grüne Jobs für Wien</i>	35
4.2	<i>Armutsbekämpfung</i>	38
4.3	<i>Leistbares Wohnen für alle</i>	40
4.4	<i>Leistbare Gesundheit für alle</i>	42
4.5	<i>Sucht und Prävention</i>	44
4.6	<i>Fonds Soziales Wien</i>	45
5	<i>Wiener Mut zum Grünen Wirtschaften</i>	47
5.1	<i>Grüne Wirtschaftspolitik für Wien</i>	47
5.2	<i>Budgetäre Spielräume öffnen</i>	48
5.3	<i>Grüne Wirtschaftsförderung im Zeichen der Nachhaltigkeit</i>	48
5.4	<i>Innovationen fördern – Technologie und Wissensgesellschaft</i>	48
5.5	<i>Nahversorgung sichern</i>	49
5.6	<i>Dienstleistungen von öffentlichem Interesse kommunal gestalten</i>	50
6	<i>Wiener Mut zu einer gerechten Welt</i>	51
6.1	<i>Wien im Herzen Europas</i>	51
6.2	<i>Globalisierung braucht Gestaltung</i>	51
6.3	<i>Besondere Regeln für Dienstleistungen von öffentlichem Interesse</i>	52

1 Wiener Mut für ein grünes und nachhaltiges Wien

Die großen Herausforderungen, die sich aus Grüner Sicht für Wien in den nächsten Jahren stellen, sind die Verbesserung der Lebensqualität für die StadtbewohnerInnen und die Reduktion von Umweltbelastungen. Denn Müllberge, Luftverschmutzung, Lärm, Schadstoffemissionen, Flächenverbrauch, mangelnde Grünflächen, hoher Energieeinsatz, Ressourcenverbrauch stellen für eine Großstadt wie Wien zentrale ökologische Aufgaben dar.

Das Ziel ist eine ökologisch nachhaltige Stadt, in der die Menschen sich gerne aufhalten. Um dieses Ziel zu verwirklichen, müssen die vorhandenen Ressourcen behutsam eingesetzt werden. Erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen ist dabei Vorrang zu geben. Schadstoffe und klimaschädigende Substanzen müssen reduziert, der Energie- und Rohstoffverbrauch durch den Ausstieg aus der Wegwerfgesellschaft verringert werden. Dazu benötigt es ein Zusammenspiel von Umwelt-, Energie-, Stadtplanungs- und Verkehrspolitik.

1.1 Mehr Grün für Wien

Klimaschutzprogramm evaluieren

Wien hat mit dem 1999 im Gemeinderat beschlossenen Klimaschutzprogramm (Klip) eine gute Grundlage zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und Erreichung der Klimaschutzziele (Kyoto für Wien). Durch die Einrichtung der Klimaschutzkoordinationsstelle im Magistrat und der laufenden Betreuung der Umsetzung des Klip wurden auch institutionell die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen. Der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen des Klip ist hohe Priorität einzuräumen. Aus Grüner Sicht ist in der kommenden Legislaturperiode eine Evaluierung und Weiterentwicklung des Klip vorzunehmen. Insbesondere muss die Integration der Wiener Klimapolitik in alle Politikfelder vorangetrieben werden, z. B. in die Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik.

Nachhaltiger und ökologischer Wasserkreislauf für Wien

Wasser ist eine wertvolle Ressource und Lebensgrundlage. Wien hat aufgrund der Versorgung mit erstklassigem Hochquellenwasser günstige Bedingungen. Gleichzeitig ist das Wiener Grundwasser schwer mit Nitrat belastet. Viele Altlasten in Wien gefährden zudem das Grundwasser und stellen zum Teil eine direkte Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung dar. Auf Grund dieser Probleme ist sowohl ein Maßnahmenplan zur Reduktion der Nitratbelastung im Wiener Grundwasser gemeinsam mit der Niederösterreichischen Landesregierung, als auch ein Boden- und Grundwassersanierungskonzept zu erstellen. Mit der Sanierung der Wiener Altlasten, z. B. der Altlast „Teerag-Asdag“ oder der Altlasten am Nord-, Süd-Ost- und Meidlinger Frachtenbahnhof muss zügig begonnen werden. Trinkwasser muss durch die Nutzung von Regen- und Brauchwasser bei der Straßenreinigung, der Grünraumbewässerung und beim Wohnungsbau gespart werden.

Ökologischer Hochwasserschutz und Renaturierung der Wienerwaldbäche

Die harte Verbauung der Wienerwaldbäche bietet keinen Hochwasserschutz und schafft ökologisch verarmte Gewässer.

Die Renaturierung der Wienerwaldbäche und Kleingewässer muss forciert und die dafür nötigen finanziellen Mittel von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werden.

Kein Blei im Wiener Trinkwasser

In vielen Wiener Wohnhäusern belasten alte Bleirohre das Trinkwasser massiv. Die Bleikonzentrationen im Trinkwasser liegen dabei oft im gesundheitsschädlichen Bereich, geltende Grenzwerte werden oft nicht eingehalten. Betroffene wissen oft über die gesundheitsgefährdende Belastung ihres Wassers nicht Bescheid. Die Stadt Wien muss deshalb eine Aktion zur kostenlosen Untersuchung des Bleigehaltes im Trinkwasser und eine umfassende Informationskampagne initiieren sowie eine Sonderförderung zum Austausch von Bleileitungen starten.

Für eine gute Luftqualität in Wien

Die gesundheitliche Belastung durch Luftschadstoffe ist in Wien das ganze Jahr über Besorgnis erregend hoch. Im Winterhalbjahr ist Feinstaub das am meisten gesundheitsbelastende Umweltproblem, im Sommer ist es das bodennahe Ozon, der Sommersmog. Hervorgerufen werden diese Schadstoffe durch Abgase im Verkehr, der Industrie und auch durch den Hausbrand. Die feinen Staubpartikel können bis tief in die Lunge gelangen und die Lungenbläschen schädigen, was zu Atemwegsinfektionen und Herz-, Kreislauferkrankungen führen kann. Die Folgen von erhöhten Ozonwerten können Reizungen der Schleimhäute, Einschränkung der Lungenfunktion, Entzündungsreaktionen usw. sein. Wien muss deshalb wirkungsvolle Aktionspläne zur Reduktion der Feinstaub-, Stickoxid- und Ozonbelastungen erstellen. Die Reduktionspläne müssen Reduktionsziele und Zeitpläne für die Umsetzung der Maßnahmen enthalten. Bei Feinstaub- und Ozonepisoden müssen Verkehrsbeschränkungen (Tempolimits) eingeführt sowie Kraftwerke und Großanlagen gedrosselt werden. Wiens Fuhrpark ist durch den Ausbau einer emissionsarmen kommunalen Fahrzeugflotte, durch die vollständige Ausrüstung der Fahrzeugflotte der Stadt Wien mit Diesel-Partikelfiltern oder Umstieg auf Flüssiggas klimaschutztauglich zu machen. Im Winter ist der Streuspliteinsatz bei Schneefall auf Hauptstraßen, Brücken, Stiegen, steilen Straßen zu verringern sowie eine Winterreifenpflicht zu erlassen. Auf Bundesebene muss sich die Stadt Wien für eine rasche verpflichtende Einführung von Diesel-Partikelfiltern und für die Aufhebung der steuerlichen Begünstigungen von Diesel einsetzen. Die Stadt Wien soll darüber hinaus den Einbau wirksamer Filteranlagen in kalorischen Kraftwerken und anderen relevanten Industrieanlagen in den neuen EU-Ländern unterstützen.

Lärmbelastigung reduzieren

Lärm, der insbesondere in Großstädten eines der gravierendsten und bisher nicht gelösten Umwelt- und Gesundheitsprobleme darstellt, schränkt die Lebensqualität massiv ein. In Wien ist hinsichtlich der Reduktion der Lärmbelastigung bisher wenig passiert. Wir treten dafür ein, dass ein Maßnahmenpaket zur Reduktion der Lärmbelastigung erstellt und konsequent und zügig umgesetzt wird. Der Straßen- und Bahnlärm darf die auf 45 dB in der Nacht und 55 dB am Tag festzulegenden rechtlich verbindlichen Lärmgrenzwerte nicht überschreiten.

Grün- und Naturräume in und um die Stadt schützen und erweitern

Grünräume bilden für die Stadt zentrale Orte der Erholung und bedeuten Lebensqualität. Ökologische und ressourcenschonende

nende Grünraumgestaltung, die auf die Erhaltung der biologischen Vielfalt in Form von „Gstätt'n“, Grünbrücken usw. abzielen, ist wesentliches Anliegen Grüner Politik. Öffentliche Grün- und Erholungsräume vor allem in dichtbesiedelten Wohngebieten zwischen Ring und Gürtel sollen auf die Benutzbarkeit für alle StadtbewohnerInnen geprüft werden. Diese Grünflächen sind entsprechend den unterschiedlichen Anforderungen unter Beteiligung der BürgerInnen zu gestalten. Für alle WienerInnen sind fußläufig erreichbare Grünflächen und Spielplätze zu schaffen. Weiters sind Initiativen zur Begrünung von Fassaden, Innenhöfen und Dachgärten zu setzen, standortgerechte Bepflanzung soll gefördert werden. Bei Wohnungs- und Büro Neubauten sowie bei der Errichtung von Einkaufszentren ist ein Grünraumkonzept verpflichtend zu erstellen. Der Grüngürtel rund um Wien ist zu schließen und bestehende Flächen im Grüngürtel konsequent zu schützen, d. h. keine Umwidmungen von Grüngürtelflächen und Priorität des Naturschutzes gegenüber anderen Stadtplanungsinteressen.

Keine Schadstoffe auf den Wiener Kinderspielplätzen

Auf einigen Wiener Kinderspielplätzen wurden Schwermetalle in hoher Konzentration gefunden. Da jedoch nur 38 der ca. 430 Kinderspielplätze untersucht wurden, muss unverzüglich eine umfassende Untersuchung aller Kinderspielplätze hinsichtlich Bodenbelastungen durchgeführt und veröffentlicht werden. Eltern und KinderbetreuerInnen sind über mögliche Gesundheitsgefahren aufzuklären. Bei jenen Spielplätzen, wo erhöhte Schwermetallbelastungen nachgewiesen wurden bzw. werden, sind entsprechende Maßnahmenpläne zu entwickeln. Dabei müssen die Quellen der Schwermetallbelastungen herausgefunden und das Gefährdungspotenzial geklärt werden. Der Austausch des Oberbodens von kontaminierten Spielplätzen ist sofort vorzunehmen.

Erlassung eines Bodenschutzgesetzes

Derzeit gibt es in Wien keine gesetzlichen Vorgaben bzw. Richtlinien für den Schutz des Erdbodens. Um die zunehmende „Zubetonierung“ von Boden und Grünflächen (Versiegelung) in den Griff zu bekommen, um den Pestizideinsatz zu beschränken, um Grenzwerte für Schadstoffe im Boden festzulegen, zu überwachen und um eine bessere Kontrolle der Schadstoffbelastung des Wiener Gemüses zu gewährleisten, bedarf es einer einheitlichen und kohärenten gesetzlichen Grundlage, auf deren Basis bestehende Probleme gelöst werden.

Schutz der Bäume ist unzureichend

Genehmigungen zum Fällen von Bäumen werden oft viel zu leichtfertig erteilt. Ökonomische Interessen und der reibungslose Ablauf von Bauprojekten stehen in der Praxis oft über den Zielen und Intentionen des Baumschutzgesetzes. Zentrales Problem in diesem Zusammenhang ist, dass die Überwachung des Baumschutzgesetzes auf Grund von Kapazitätsengpässen im Magistrat oft unzureichend ist. Wir schlagen daher einerseits vor, dass das Baumschutzreferat in der MA 42 mit mehr Kompetenzen und Ressourcen zur Kontrolle des Baumschutzgesetzes ausgestattet wird. Andererseits ist auch eine Novellierung des Baumschutzgesetzes notwendig, um bestehende Ungleichbehandlungen in der Gültigkeit des Gesetzes zu reduzieren. Derzeit gilt beispielsweise das Baumschutzgesetz in Kleingartenanlagen generell nicht.

Stärkung von unabhängigen Umweltinstitutionen

Unabhängige Umweltinstitutionen leisten einen wesentlichen Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz in Wien. Wichtige Umwelt-

anliegen werden aber oft deshalb nicht bearbeitet, weil diesen Institutionen (Umweltanwaltschaft, NGOs) die dafür nötigen finanziellen Ressourcen fehlen. Ebenso müssen BürgerInnen bzw. BürgerInneninitiativen bei Umweltverfahren (z. B. UVP-Verfahren) sämtliche Kosten (z. B. Gutachten) selbst tragen. Dieses Vorgehen stellt ein krasses Ungleichgewicht gegenüber den ProjektwerberInnen dar. ProjektwerberInnen sind zum Teil sogar öffentliche Stellen, die dann mit öffentlichen Geldern auch Projekte gegen Anrainer durchsetzen können. Aus Grüner Sicht müssen ausreichend finanzielle Mittel für NGOs, Bürgerinitiativen und auch für die Umweltanwaltschaft im Sinne des Umweltschutzes zur Verfügung gestellt werden. Zur Unterstützung von BürgerInneninitiativen und NGOs bei Genehmigungs-, Umweltverträglichkeits-, Strategische Umweltprüfung und Mediationsverfahren ist ein entsprechender Fonds einzurichten.

Mehr Biolandbau in Wien und eine gentechnikfreie Landwirtschaft

In Wien sind von den insgesamt 880 Landwirtschaftsbetrieben offiziell nur zehn als Biobetriebe gemeldet. Damit hat Wien den niedrigsten Anteil von allen Bundesländern. Von den insgesamt sieben Betrieben, die im Eigentum der Stadt Wien stehen, betreiben nur zwei biologischen Landbau. Aus Grüner Sicht muss die Umstellung sowohl der privaten Betriebe als auch der Betriebe der Stadt Wien auf Biobetriebe forciert werden. Dazu ist eine umfassende Informationskampagne, der Ausbau der Selbsternteprojekte (Ökoparzellen) der Stadt Wien, höhere Förderung für Biobetriebe (Überarbeitung der Wiener Förderkriterien für die Landwirtschaft) sowie die verstärkte Direktvermarktung von Bioprodukten notwendig. Mit der Dachmarke ‚Natürlich Grün für Wien‘ könnte für ökologische Landwirtschaftsprodukte aus Wien ein Qualitätszeichen für hochwertige regionale Produkte geschaffen werden.

Zusätzlich sollte die Stadt Wien, so wie andere Bundesländer, Vorreiterin für eine gentechnikfreie Landwirtschaft sein. Der Gesetzesvorschlag für ein Wiener Gentechnikvorsorgegesetz muss im Wiener Landtag verabschiedet werden. Gleichzeitig soll die Stadt Wien der Initiative „Netzwerk der gentechnikfreien Regionen“ beitreten und in ihrem Verantwortungsbereich ausschließlich gentechnikfreie Lebensmittel verwenden.

Vogelschutz in Wien

Viele Brutvögel sind in Wien und insbesondere im Wienerwald heimisch. Allerdings sind viele Vogelarten durch die Lebensraumzerstörung in ihrem Bestand bedroht. Zum Schutz der Brutvögel und auch der Zugvögel sind folgende Maßnahmen zu setzen: keine forstwirtschaftliche Nutzung des Lainzer Tiergartens, Aufklärung der Bevölkerung in Bezug auf die Erhaltung vorhandener Grünflächen, strengere Auslegung des Wiener Baumschutzgesetzes, Vergrößerung der Naturwaldreservate im Wienerwald, Umsetzung der umfangreichen Vogelschutzmaßnahmen. Auch durch Vogelanzug an freistehenden bzw. großflächigen Glasscheiben sind Vögel massiv gefährdet. Um dies zu verhindern, müssten vogelschlagsichere Gläser vorgeschrieben werden. Als Grundlage dafür muss ein Konzept zur rechtlichen Verankerung von Schutzmaßnahmen (in Gesetzen, Bauvorschriften, etc.) gegen Vogelanzug erstellt werden.

Extensive Fütterung von Tauben führt zu einer Überpopulation, die bei den Tauben selbst Stress und Krankheiten auslöst und somit auch Ursachen einer hygienischen Gefährdung für die Menschen sein können. Eine Reduktion des Taubenbestandes ist

sowohl aus Sicht des Tierschutzes, der Hygiene, des Gesundheitsschutzes und auch der Denkmalpflege sinnvoll. Das Augsburger Taubenmodell, das die Errichtung von Taubentürmen vorsieht und den Taubenbestand durch das Austauschen der Taubeneier durch Gipseier kontrolliert, ist die erfolgversprechendste Methode, um eine tiergerechte Reduktion der Taubenplage zu erzielen. Dieses Modell soll auch in Wien umgesetzt werden.

1.2 Müllvermeidung als oberstes Prinzip

In den letzten Jahren stagnieren in Wien die Restmüllmengen auf hohem Niveau. Mit einer umfassenden Abfallvermeidungsinitiative könnten die Wiener Restmüllmengen nennenswert reduziert und insbesondere auch die Rahmenbedingungen für eine kostengünstige und ökologische Müllentsorgung in Wien geschaffen werden. Wir fordern daher, dass die Stadt Wien zukünftig deutlich mehr in Forschung und innovative Pilotprojekte zu nachwachsenden Rohstoffen investiert. Dazu zählen etwa kompostierbare Verpackungen, Forcierung von EcoDesign in der Produktentwicklung sowie die Erarbeitung von Strategien zum Ausstieg aus der Wegwerfgesellschaft. Gleichzeitig werden Abfallvermeidungsmaßnahmen im Einflussbereich der Stadt Wien konsequent umgesetzt. Durch die Reduktion der Restmüllmengen in Wien wird eine dritte Müllverbrennungsanlage überflüssig.

Der biogene Abfall im Restmüll ist in Wien wesentlich höher als in anderen Städten. Um die Bioabfallsammlung – insbesondere auf Küchenabfälle – auszuweiten, müssten flächendeckend Küchenabfalltonnen aufgestellt und eine Informationskampagne zur getrennten Sammlung von Bioabfällen gestartet werden. Die Verwertung der gesammelten Abfälle in einer Biogasanlage zur Energieerzeugung stellt ein nennenswertes Abfallvermeidungspotential dar und wäre ein Beitrag zur Verwirklichung von Kreislaufwirtschaft. Deshalb muss die Sammlung biogener Abfälle in Wien ausgebaut werden und die Kapazität der zukünftigen Biogasanlage vergrößert werden.

Ökologische Beschaffung – Die Stadt Wien muss Vorbild sein

Mit einem jährlichen Ausgabenvolumen von etwa 5 Milliarden Euro für Produkte, Waren und Leistungen aller Art ist die Stadt Wien eine der bedeutendsten Abnehmerinnen und Auftraggeberinnen in Österreich. Der Ankauf so großer Warenmengen gibt die Möglichkeit, auf die Qualität und Beschaffenheit der Produkte wesentlich mehr Einfluss zu nehmen, als der einzelne Konsument es vermag. Im Bereich der Abfallwirtschaft trägt ein ökologisches Beschaffungswesen zur Reduktion der Restmüllmengen und zur Reduktion von Problemstoffen im Restmüll bei. Die Stadt Wien hat die Verantwortung, hier als Vorbild voranzugehen. Das von der Gemeinde ins Leben gerufene Programm Öko-Kauf hat bereits erste Erfolge hinsichtlich ökologischer Beschaffung erzielt. Der von der Stadt eingeschlagene Kurs soll weiter intensiviert und insbesondere im Bau- und Gesundheitswesen vorangetrieben werden. Die Ergebnisse des Öko-Kauf-Programms müssen in der Stadtverwaltung besser verankert werden. Insbesondere sollte durch eine bessere Kontrolle der Umsetzung, z. B. im Baubereich, mehr Verbindlichkeit geschaffen werden.

1.3 Alternative Energieformen fördern

Die kommunale Energieversorgung steht vor alten wie neuen Herausforderungen. Trotz einer erfolgreichen Weiterentwicklung neuer Energietechnologien steigt der Energieverbrauch rasant an, insbesondere bei der Stromversorgung. Langfristiges Ziel einer Grünen Energiepolitik ist eine komplette solare Energieversorgung. Neben der Forcierung erneuerbarer Energieträger liegt der Schlüssel vor allem in der Energieeffizienz. Ein Maßnahmenmix ist dafür notwendig, der einerseits großtechnische Lösungen andenkt, aber auch die Möglichkeiten für jeden einzelnen umfasst, Energie und damit Kosten zu sparen. Denn neben dem drohenden Klimawandel ist es auch die ökonomische Herausforderung, die eine Trendwende in der Energiepolitik unabdingbar macht. Die Preise für fossile Energie werden mittelfristig weiter steigen. Die Zeit des billigen Öls ist vorbei und jene, die am besten auf diese Umwälzung am Energiemarkt vorbereitet sind und auf eine effiziente solare Energieversorgung setzen, werden die GewinnerInnen sein. Eine Grüne Energiepolitik steht daher für einen Mix an Maßnahmen in folgenden Bereichen:

Energieeffizienz fördern

Energieeffizientes Bauen und Wohnen

Die Entwicklung der Energiestandards im Neubaubereich war in Wien in den letzten Jahren positiv. Dennoch bestehen wesentliche Einsparpotenziale im Gebäudebereich: Neben der Weiterentwicklung der Standards und Effizienzkriterien im Neubau ist der weitere Schwerpunkt in der Altbau-sanierung festzulegen. Vor allem bei Gebäuden, die zwischen 1945 und 1980 errichtet wurden, besteht weiter enormer Sanierungsbedarf. Neben den Einsparungseffekten wären auch positive Arbeitsmarkteffekte ein Vorteil einer echten Sanierungsoffensive.

Wiener Mut für effizientes Bauen bedeutet:

- Verpflichtende Energieberatung sowohl bei der Planung von Großprojekten wie bei der Durchführung von Sanierungsmaßnahmen
- Weiterentwicklung und höhere Dotierung der Wiener THE-WOSAN Förderung, die Mittel der Wohnbauförderung für thermische Sanierungsmaßnahmen verwendet
- Weitere Forcierung des Passivhausstandards im geförderten Wohnbau und Durchführung weiterer Themen-Wettbewerbe

Stromsparaktion ‚Grünes Kraftwerk‘:

Dieses Projekt hat gezeigt, dass durch relativ einfache Maßnahmen der Stromverbrauch in Haushalten um mind. 20 Prozent reduzierbar ist. Auf Grund der positiven Erfahrungen dieses Projekts muss die Stadt Wien eine breite Bewusstseins- und Motivationskampagne zum Stromsparen im Haushalt starten. Strom sparen bedeutet Kosten sparen!

Energiesparen muss sich rechnen!

Prüfung tarifbezogener Anreize zum Stromsparen und Durchführung einer Tarifreform vor allem für Fernwärme, die eine verstärkt verbrauchsabhängige Komponente beinhaltet. Insbesondere im Niedrigenergie- und im Passivhausbereich (hier wurde eine erste kleine Tarifreform gestartet, die jedoch noch kaum greift) rechnen sich aufgrund der hohen Fixkosten für Fernwärme die Einsparungseffekte nur unverhältnismäßig. Ein verbrauchsabhängigeres Modell sorgt dafür, dass sich energieeffizientes Verhalten durch die BewohnerInnen auch auszahlt. Kurz: Wer weniger Energie verbraucht, zahlt weniger.

Entwicklung und Ausbau einer unabhängigen Energieberatungsstelle:

Diese berät und informiert sowohl private Haushalte als auch Bauträger bezüglich Energiesparmöglichkeiten, Fördermaßnahmen im Energiebereich usw. umfassend.

Umstellung auf erneuerbare Energieträger Ökowärme für Wien:

Wien ist in seiner Wärmeversorgung derzeit stark von fossilen Energieträgern abhängig, vor allem Erdgas. Doch eine Trendumkehr beim Verbrauch von Gas ist derzeit nicht in Sicht. Daher muss es die nachhaltige Strategie der Stadt werden, einerseits Fernwärme als effiziente Wärmelieferung auszubauen und andererseits solare Energie, also Energie aus erneuerbaren Energieträgern (z. B. Biomasse, thermische Solarenergie), zu unterstützen. Die Biomasse Kraftwärme Kopplungsanlage in Wien Simmering ist dafür ein wichtiger Schritt, dem weitere folgen müssen. Auch im Individualbereich stellen Biomasse und Solar eine ernsthafte Alternative dar.

Wiener Mut zu erneuerbarer Energie bedeutet:

- Verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger zur Fernwärmeerzeugung und mittelfristig Substitutionen vor allem älterer fossiler Kraftwerke
- Absicherung und Ausbau von Biomassekraftwerken
- Weiterentwicklung und höhere Dotierung der Biomasseförderung im Wärmebereich
- Solar statt Öl! Vermarktung und offensive Informationsangebote zur Ökoenergie Förderung, z. B. Solarförderung, Biomasseförderung etc., die vor allem die Umstellung von Öl (aber auch Gas) auf erneuerbare Energieträger unterstützen soll.

Beibehaltung der Abnahmepflicht und Förderung für Ökostrom!

Die Stadt Wien setzt sich im Zuge der Bundesverhandlungen offensiv für die Beibehaltung von fixen, langfristig gesicherten Einspeisetarifen ins Stromnetz für Ökostrom ein.

Förderung von Forschung und Modellprojekten Aufbau eines Clusters für solare Energietechnologien in Wien:

Wien beherbergt eine Reihe von Institutionen mit hoher Kompetenz im Bereich erneuerbarer Energie und Energieeffizienz (Energieverwertungsagentur/energy agency, Arsenal Research – Abt. Erneuerbare Energie, Umweltberatung, Arge Erneuerbare Energie, ÖGUT, etc.). Um auch entsprechend wirtschaftliche Dynamik mit Unternehmen in und um Wien zu erzeugen, wäre die Herausbildung und Unterstützung eines Clusters für solare Energietechnologien in Wien sinnvoll. Schwerpunkte könnten hier z. B. bei der Photovoltaik, Biomassetechnologien (Biomassekraftwerk), bei der Kraftwärme-Kopplung oder im Bereich Gebäudetechnik liegen. Der Cluster sollte es ermöglichen, ein wirtschaftliches Umfeld zu schaffen, das Wien als kompetenten Ökoenergie-Standort mit eigenen Schwerpunkten etabliert.

Ökostrom forcieren:

Die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energieträgern ist zwar weitgehend Bundessache, dennoch gibt es auch auf Landesebene Spielraum, um eigene Förderschwerpunkte zu setzen und ergänzend zur Bundesförderung einzugreifen. Ziel ist es, die Ökostrom-Technologien durch Fördermaßnahmen marktfähig zu machen und den Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energieträgern in Sinne der Klimaschutz- und internationalen Ökoenergie- Ziele auch in Wien signifikant zu erhöhen. Ein Bau-

stein dafür ist die Stromanwendung im eigenen Bereich der Stadt Wien.

Solar Cooling fördern:

Als Antwort auf den enormen Stromverbrauchszuwachs im Bereich Klimatisierung gilt es, Modellprojekte und Forschung von Solar Cooling zu fördern und bei geförderten Bauten auch anzuwenden.

Entwicklung internationaler Energiekooperationen (Anti-Atom-Politik)

Österreich und vor allem die Ostregion sind umgeben von einer Reihe von grenznahen AKWs. Österreich und auch die Stadt Wien deklarieren sich immer wieder zu einer klaren Haltung gegen die Nutzung der Kernenergie. Die Anti-Akw-Strategie Wiens müsste sein, aus den bestehenden Konflikten konkrete Kooperationen und Angebote zu formulieren, die den Weg in eine nachhaltigere Energiezukunft zeigen. Von Kooperationen mit den Nachbarstaaten können alle Seiten profitieren. Wien hat durch die starke Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung, teilweise auch im Bereich erneuerbare Energieträger sowie im Hinblick auf die Etablierung eines Ökoenergie-Clusters interessante Kompetenzen anzubieten. Es gibt eine Reihe von Institutionen in Wien, die an Kooperationen arbeiten. Die Grundlage für eine tatsächliche politische Initiative mit den Nachbarstaaten ist gegeben!

Die Stadt Wien muss Vorbild sein

Im Hinblick auf die oben vorgeschlagenen Maßnahmen bezüglich Energie sparen, Umstellung auf Ökostrom usw. hat die Stadt Wien in ihrem eigenen Wirkungsbereich Vorbildfunktion zu übernehmen. Das bedeutet:

Umstieg auf Ökostrom Lieferanten:

Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen, um Institutionen der Stadt Wien (z. B. Versorgung Bezirksgebäude) den Umstieg auf Ökostrom Lieferanten zu ermöglichen (derzeit wird dies durch den Vertrag zwischen WIEN ENERGIE und Stadt Wien nahezu verunmöglicht). Der Energieliefervertrag zwischen Wien Energie und Stadt Wien ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu ändern.

Konsequente Umsetzung des derzeit in Ausarbeitung befindlichen Energiesparkonzeptes für die Stadt Wien:

Zur Zeit wird in Wien ein Energiesparkonzept erarbeitet, das konkrete Massnahmen im Bereich Energieeffizienz aufzeigen soll. Die konsequente Umsetzung dieser Maßnahmen muss die notwendige Konsequenz sein, um den Klimaschutzziele der Stadt Wien entsprechen zu können.

Weitere Umstellung sämtlicher mit Öl oder Kohle beheizten kommunalen Gebäuden auf Öko-Energie Offensive für energetische Gebäudesanierung:

Wien hat gute Erfahrungen mit Contracting-Projekten gemacht. Bei diesem Finanzierungsmodell finanziert ein Contractor die energieeffizienten Maßnahmen (z. B. Wärmedämmung) vor, und erhält seine Ausgaben über die eingesparten Energiekosten zurück. Experten bescheinigen dem Contracting in Wien weiter hohes Potential. Durch die Einrichtung einer eigenen Stelle mit entsprechenden Ressourcen könnten so eine Vielzahl gemeindeeigener bzw. gemeindenaher Gebäude energetisch saniert werden.

1.4 Nachhaltige Stadtentwicklung

Grüne Stadtentwicklungspolitik hat zum Ziel, die städtebaulichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine Stadt mit Lebensqualität zu schaffen, die Raum für Interaktion und Kreativität für Menschen unterschiedlicher Lebensstile und Herkunft, Jung und Alt bietet. Die Stadtentwicklungspolitik gehört zu jenen wesentlichen kommunalen Entscheidungsebenen, die neben kurzfristigen Änderungen im täglichen Stadtleben in erster Linie langfristige Auswirkungen auf das Funktionieren einer Stadt haben. Gerade in der Stadtentwicklungspolitik kommt daher dem Prinzip der Nachhaltigkeit besondere Bedeutung zu. Neben der ökologischen Nachhaltigkeit stehen dabei die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Mitgestaltung unseres Lebensraumes im Zentrum. Grüne Stadtentwicklungspolitik verfolgt ein nachhaltiges Mobilitätskonzept, das eine Stadt der kurzen Wege zum Ziel hat, Nahversorgung ermöglicht und unterstützt, den effizienten Umgang mit Energieverbrauch und Ressourcen, wie etwa Grund und Boden, umsetzt, und Grünraum nicht nur schützt, sondern schafft und qualitativ verbessert. Der Erreichung der Kyoto Ziele muss auch die Stadtentwicklungspolitik Rechnung tragen – ohne einem Paradigmenwechsel in der Mobilitätspolitik wird dies schwer möglich sein.

Derzeit werden in Wien aus Grüner Sicht im Zusammenhang mit Stadtentwicklung die Weichen in die falsche Richtung gestellt:

- **Die fortschreitende Zersiedelung als ökologisches, ökonomisches und soziales Problem:** Wien leidet unter fortschreitender Zersiedelung. Während die Bevölkerungszahl am Stadtrand und in den Umlandgebieten stark ansteigt, stagniert bzw. verringert sich die Wohnbevölkerung in der Kernstadt.
- **Einkaufszentren in der Zwischenstadt statt Lebensqualität durch Nahversorgung:** Riesige Einkaufszentren wachsen aus dem Boden, die weitgehend nur mit dem Auto erreichbar sind und massiv Kaufkraft aus bestehenden kleineren städtischen Strukturen abziehen, die zunehmend veröden.
- **Die autozentrierte Stadtplanung versus Lebensqualität für ALLE:** Eine unmittelbare Folge der Zersiedelung sind höhere Mobilitätsanforderungen. Das Ziel, die autogerechte Stadt zu entwickeln, ist jedoch zum Scheitern verurteilt. Weder können weitere teure Straßenprojekte noch massenhaft neue subventionierte Garagenplätze den Bedarf abdecken, der durch falsche Weichenstellungen in der Stadtplanung angeht. Mobilität ist ein wichtiges Bedürfnis aller StadtbewohnerInnen; der Autoverkehr darf dabei jedoch nicht im Zentrum stehen, sondern nur eines der wählbaren Verkehrsmittel sein.
- **Soziale Ausgrenzung findet Stadt:** Die Armutsraten und -risiken steigen, folglich konzentrieren sich Haushalte mit niedrigem Einkommen immer stärker in den immer schmaler werdenden Segmenten bezahlbaren Wohnraums, zumeist im privaten Wohnungsbestand der Gründerzeit.
- **Stadtplanung ohne Konsequenz und Mut:** Aus Grüner Sicht liegen die Ursachen für diese negativen Trends in einer verfehlten Stadtentwicklungspolitik, der es an aktiver Planung, Mut und einer konsequenten grenzüberschreitenden Strategie mangelt. Stadtplanung erfolgt vermehrt auf Zuruf von Investoren und kommerziellen Immobilienentwicklern. Gleichzeitig geraten öffentliche Interessen zunehmend unter dem Argument des Standortwettbewerbs ins Hintertreffen. Der Stadt fehlt eine nachvollziehbare Koordination der Stadtpla-

nungspolitik und vor allem die Verbindlichkeit bei der Erreichung übergeordneter Ziele.

- **Stadtplanung ohne gesellschaftliche Teilhabe:** Entscheidungsprozesse laufen nicht transparent ab und öffentliche Diskussionen finden in der Regel erst dann statt, wenn wichtige Entscheidungen bereits getroffen sind. Die politische Bringschuld, Informationen über Stadtplanungsprojekte zeitgerecht und verständlich zur Verfügung zu stellen, wird von der Stadt Wien nicht wahr genommen. Zudem hat die aktive Einbeziehung der BürgerInnen in die Stadtplanung keine Priorität.

Die urbane Stadt schafft Lebensqualität für alle Generationen

Um der fortschreitenden Zersiedelung Einhalt zu gebieten, muss die Stadt Alternativen zur so genannten Stadtfucht bieten. Die Wohnbedürfnisse und Wohnzufriedenheit sind in Wien gut erhoben; die Nachfrage nach leistbarem Wohnen in Grünräumnähe, Freiraum, gute Verkehrsanbindung, Eigenheimwunsch usw. ist bekannt. Hier muss die Kernstadt entsprechende Flächen und Projekte anbieten, die diesen Wünschen entsprechen und eine funktionierende soziale Infrastruktur sowie eine gute soziale und funktionelle Durchmischung bieten. Neben zahlreichen Verbesserungsmöglichkeiten an bestehenden Gebäuden, Stadtteilen und Grünflächen durch z. B. Aufwertung und Sanierung gibt es noch genügend innerstädtische Standorte für die Schaffung qualitativen Wohn- und Lebensraums (z. B. Nordbahnhofgelände, Nordwestbahnhofgelände, Aspang-Gründe, Zentralbahnhof). Ein Beispiel dafür ist das Grüne Projekt "24. Bezirk": Die Stadt soll sich am rechten Donauufer entlang des Handelskais zur Donau öffnen, indem die jetzigen Hindernisse Straße und Bahn überbaut werden und dadurch eine durchgehende Verbindung zum Donauufer und ein neuer multifunktionaler Stadtteil entstehen.

Besonderer Bedeutung kommt in der Stadt die Gestaltung des öffentlichen Raums zu. Der städtische Freiraum macht die Qualität und das Gerüst einer funktionierenden Stadt als öffentlich nutzbarer Lebens-, Begegnungs- und Kommunikationsraum aus. Der Grünraum in der Stadt muss gesichert und vergrößert sowie entsprechend gestaltet werden.

Wiener Mut für Lebensqualität in der Stadt bedeutet:

- Öffnung, Mehrfach- und Zwischennutzung von stadteigenen Flächen und Räumen, d. h. zeitlich begrenzt für kulturelle, soziale oder sportliche Aktivitäten zur Verfügung stellen, z. B. Sport- und Freiflächen von Schulen und Freibädern im Winter, ungenutzte Betriebsgebäude, Nordbahnhof, Marxer Rinderhalle, Flugfeld Aspern,
- Verbindliche Sicherung der Landschaftsschutzgebiete durch Festsetzung der Siedlungsgrenze per Verordnung – d. h. keine widersprechenden Flächewidmungen mehr
- Kompakte Flächenwidmung: Keine Widmungen für Einfamilienhaussiedlungen ohne ausreichende soziale und technische Infrastruktur,
- Erreichbarkeit der Erholungsgebiete mit öffentlichem Verkehr und Rad sicherstellen sowie Infrastruktur zur besseren Benutzbarkeit zur Verfügung stellen,
- Gestaltung und Ausbau von gemeinsam nutzbaren Dachgärten und Öffnung der Innenhöfe in Althausbestand und Neubau
- Aufwertung der städtischen Grün- und Erholungsräume unter besonderer Berücksichtigung gender- und generationengerechter Nutzungsmöglichkeit für alle StadtbewohnerInnen

nen (BürgerInnenbeteiligung im Planungs- und Ausführungsprozess),

- Gestaltungsoffensive zur besseren Nutzbarkeit von alten und neuen Grün- und Freiräumen mittels offener Wettbewerbe für LandschaftsplanerInnen,

Zusätzlich bedarf es in einer für alle Generationen lebenswerten Stadt einer Planungsoffensive für besondere Bedürfnisse älterer und behinderter Menschen (barrierefrei) und für die kindergerechte Gestaltung der Stadt mittels Ausbau von Spielplätzen, sicheren Schulwegen, Freiräumen etc.

Nahversorgung überall statt Einkaufszentren am Stadtrand

Die städtische Lebensqualität hängt maßgeblich von der fußläufigen Erreichbarkeit der Güter des täglichen Bedarfs, von Dienstleistungen und Freizeitangeboten, also der Ereignisvielfalt im städtischen Raum ab. Die Attraktivität des öffentlichen Raums ist von der Lebendigkeit der Erdgeschosszonen bestimmt, die durch die Veränderungen des Miet- und Baurechts, des Flächenbedarfs des Einzelhandels, sowie der Stellplatzverordnung des Wiener Garagengesetzes jedoch sehr stark unter Druck geraten sind. Die Stadt muss diesem Problem aufgrund seiner Komplexität mit Strategien und zeitgemäßen Instrumenten begegnen.

Wiener Mut für Nahversorgung bedeutet:

- Ein überkommunales, verbindliches Einzelhandelskonzept.
- Gezielte gestalterische und inhaltliche Aufwertung und Förderung von lokalen Nahversorgungszentren, Erdgeschosszonen, bis zum „NEIN“ zu unverträglichen Projekten am Stadtrand.
- Kostenwahrheit bei Flächenverbrauch und PKW-Stellplätzen,
- Raumverträglichkeit und Nachnutzungskonzepte für Entertainment- und Einkaufszentren.
- Gezielte Aufwertungs- und Fördermaßnahmen für Einkaufsstraßen unter Berücksichtigung des Nutzungsmixes (Einkaufen, Wohnen, Arbeiten, Kultur), bezirksübergreifende Einkaufsstraßenkonzepte
- Sicherung und Attraktivierung der Wiener Märkte durch Erarbeitung verbesserter Nutzungskonzepte (z. B. Biomärkte), temporärer Nutzung, Bespielung und Aktivierung

Unsere Stadt mitgestalten – Gemeinsam mit den Menschen entscheiden

Eine funktionierende Stadt definiert sich u.a. durch das Engagement ihrer BürgerInnen für ihr Lebensumfeld als gleichberechtigte PartnerInnen. Am Stadtleben teilzuhaben heißt auch, allen BewohnerInnen Zugang zu Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Die Offenlegung der Rahmenbedingungen und die Benennung der Interessenskonflikte sind die Grundvoraussetzung und Mittel, um an Stadtplanungspolitik teilhaben zu können. Die klare Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungsprozessen und die in Teilhabeprozessen gemachten Erfahrungen sind ein Gewinn für die Stadtdemokratie. Die Möglichkeit der Mitgestaltung an der Stadt darf nicht an sozialen Barrieren scheitern! Stadtplanung muss verständlich und transparent werden.

Wiener Mut für stadtentwicklungspolitische Leitlinien bedeutet:

- Offensive transparente Informations- und Diskussionskultur, bevor relevante Entscheidungen getroffen werden. Die Stadt muss bei ihren Stadtentwicklungs-, Flächenwidmungs-, und Wettbewerbsverfahren als Vorbild für Private wirken,
- Reform der Instrumente mit dem Ziel der besseren Lesbarkeit, gute und seriöse Visualisierungen, Kommunikation über

unterschiedliche Kanäle als Bringschuld der Stadtverwaltung

- Erarbeitung von Bezirksentwicklungsplänen in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung als kleinräumige Entwicklungspläne, die für die Flächenwidmungsplanung als verbindlich anzusehen sind.
- Der Bewusstseinsbildung für Stadtentwicklung, Architektur, Freiraum, Wohnen ist mit entsprechenden Bildungsangeboten mehr Raum zu geben.
- Etablierung von Mediationsmodellen.

Aktive Stadtplanung mit Mut

Die Kernfrage in stadtentwicklungspolitischen Entscheidungen ist die Zukunftsfähigkeit der Stadtstrukturen. Eine Stadt ist nie „fertig“, sie ist ständig in Prozess. Deshalb ist die Qualität einer Stadt gekennzeichnet von der Fähigkeit, mit Veränderungen, die nur begrenzt prognostizierbar sind, umzugehen. Das differenzierte und ständig in Veränderung befindliche Stadtgebiet bedarf neuer Planungsinstrumente, die diesem prozessualen Charakter der Stadtplanung Rechnung tragen.

Wiener Mut zur Reform der Stadtplanungspolitik sowie ihrer Instrumente umfasst:

- Reform der Bauordnung, die auf Basis von Grundregeln örtlich differenzierte Regelwerke und Förderungspakete sowie Rahmenbedingungen für lokale Aushandlungsprozesse beinhaltet.
- Stadtplanung, die sich als Prozessmanagement versteht, Qualitätssicherung durch „StadtplanungskoordinatorInnen“, die den Entwicklungsprozess begleiten, beginnend mit der Frage des Grundankaufs über Förderinstrumente bis zur Besiedelung (kooperative Planung).
- Definition von generellen, übergeordneten Zielen und Prioritäten in der Wiener Stadtplanung und verbindliche Verankerung in der Wiener Bauordnung unter Berücksichtigung der Erreichung des Kyoto Zieles.
- Maßnahmen gegen Widmungsspekulationen
- Schaffung der gesetzlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen für die transparente und nachvollziehbare Abwicklung von städtebaulichen Verträgen.
- Sicherstellung der Effizienz, Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Tätigkeit des Fachbeirates, als magistratsexternes Fachgremium durch eine grundlegende Reform.
- Evaluierung der Tätigkeiten des Wohnfonds Wien (ehemals WBSF).

Wiener Mut zur Qualitätssicherung in der Stadtplanung beinhaltet:

- Anwendung von Gender Mainstreaming auf alle Planungen und Projekte der Stadt Wien.
- Sicherung von qualitätssichernden Verfahrensschritten wie etwa zu Demokratie und Öffentlichkeit, Gender Mainstreaming, Finanzierung, Art des Gestaltungsverfahrens.
- Verbindlichkeit der Anwendung des Wettbewerbsleitfadens der Stadt Wien auch für ausgegliederte Unternehmen.
- Aktive Förderung von innovativen NachwuchsplanerInnen und interdisziplinären Planungsteams durch geeignete Wettbewerbsverfahren.
- Grundlegende Reform der Bauordnung mit dem Ziel: Vereinfachung, bundesweite Vereinheitlichung und Reduktion der Baukosten.
 - Weg von vorgegebenen „Baulinien“ hin zur Formulierung von geforderten Qualitäten und Begrenzung der Nutzflächen.
 - Nutzungsflexibilität ermöglichen, d. h.: Widmungen

und Fördermöglichkeiten sollen „Häuser“ ermöglichen und nicht explizit „Geschäfte“, „Wohnungen“, etc.

Überregionale Raumordnung – Zusammenarbeit fördern

Zwischen der Stadt Wien und ihrem Umland findet ein großer Wettbewerb bezüglich Betriebsansiedlungen und EinwohnerInnen statt, der sich negativ auf die Bebauungsstruktur der gesamten Region auswirkt. Vor dem Hintergrund dieser Tendenzen ist eine Zusammenarbeit auf regionaler Ebene mit den Bundesländern als auch mit den angrenzenden Nachbarstädten und -regionen (Bratislava, Brunn, Győr) dringend notwendig.

Wiener Mut zur überregionalen Raumordnung bedeutet:

- Start von konkreten grenzüberschreitenden Modellentwicklungsprojekten.
- Zusammenarbeit und verbindliche Konzepte zwischen Wien, NÖ und den niederösterreichischen Umlandgemeinden vor allem in Bezug auf Betriebsansiedlungen, Einzelhandel und Wohnbau.

1.5 Für eine ökologische und ressourcenschonende Mobilität in der Stadt

Grüne Verkehrspolitik zielt darauf ab, den Mobilitätsbedürfnissen aller Menschen in der Stadt gerecht zu werden und die Lebensqualität zu verbessern. Die Verbesserung der Lebensqualität bedeutet in diesem Zusammenhang, die Lärm- und Schadstoffbelastung, die durch den Verkehr hervorgerufen wird, zu senken, die Sicherheit aller VerkehrsteilnehmerInnen zu erhöhen und öffentliche Lebensräume, die in der Stadt derzeit für den motorisierten Individualverkehr reserviert sind, auszuweiten. Da in der Stadt der öffentliche Raum begrenzt ist, kommt es unweigerlich zu Interessenskonflikten zwischen den einzelnen Verkehrsformen. Grüne Verkehrspolitik steht für die Unterstützung der nachhaltigen Verkehrsarten und der schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen (z. B. Kinder, FußgängerInnen, RadfahrerInnen) und fordert Maßnahmen zur Reduzierung der Gesundheitsgefährdung durch den und im Straßenverkehr sowie zur Erreichung des Kyoto-Ziels.

Wesentliches Verkehrsproblem in Wien ist die jährliche Zunahme des Autoverkehrs, der insbesondere durch den Binnenverkehr und die ArbeitspendlerInnen aus dem Umland resultiert. Verbunden mit dem steigenden Verkehrsaufkommen sind erhöhte Schadstoffemissionen und Gesundheitsgefahren durch Ozon und Feinstaub, Verkehrsunfälle sowie hoher Platzbedarf für Straßen und Parkplätze. Um diese Probleme zu lösen, bedarf es einer geänderten Prioritätensetzung in der Wiener Verkehrspolitik in Richtung Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den Umweltverbund (Straßenbahn, U-Bahn, Bus und Fahrrad und intelligentes Car-Sharing).

Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs

Wien besitzt im Vergleich zu anderen Städten eine gute Ausgangsposition, was die Inanspruchnahme öffentlicher Verkehrsmittel betrifft. Die U-Bahn ist zweifelsohne die beliebteste Form des öffentlichen Verkehrs. Sie ermöglicht die rasche Überwindung großer Entfernungen, ist sehr leistungsfähig und daher für den überregionalen Verkehr wichtig. Straßenbahnen und Busse hingegen erfüllen wichtige Funktionen für die kleinräumige Feinverteilung im lokalen Bereich und für die Nahversorgung. Daher lehnen wir die Einstellung von Straßenbahnlinien im Zuge der Erweiterung des U-Bahnnetzes ab, da sie die Attraktivität des

öffentlichen Verkehrs erheblich verringert. Vielmehr sind die rasche Erweiterung des Straßenbahnnetzes, Bevorrangungsmaßnahmen für den öffentliche Verkehr und der raschere Umstieg auf Niederflurfahrzeuge dringend notwendig.

Qualitätsanforderungen und Angebot

Der öffentliche Verkehr muss sich grundsätzlich an den Bedürfnissen der Fahrgäste orientieren und qualitätsvolle Leistungen – wie etwa die Abstimmung der Fahrpläne hinsichtlich Umsteigewege als auch Wartezeiten, dichtere Intervalle, Halbjahresnetzkarte für die Wiener Linien usw. – erbringen. Er dient breiten gesellschaftspolitischen Zielen und muss daher in öffentlicher Verantwortung bleiben, allen Menschen zugänglich und für alle leistbar sein sowie ein hochwertiges Niveau aufweisen. Eine Privatisierung des öffentlichen Verkehrs durch den Verkauf von Linien(netzen) kann diese Ziele sicher nicht erfüllen.

Durch die Ausgliederung der Wiener Linien GesmbH ist die Gestaltungsmöglichkeit durch den Gemeinderat nicht mehr gegeben. Einfluss auf die Entscheidungen der Wiener Linien hat damit nur die Landesregierung, sprich die SPÖ. Die Wiener Linien agieren ohne Rechenschaftspflicht an den Gemeinderat. Die Verkehrsdienstverträge, die die Stadt Wien mit den Wiener Linien und der ÖBB abgeschlossen hat, sind aus Grüner Sicht unzureichend. Sie beinhalten keine verbindlichen Qualitätskriterien. So schließt z. B. die ÖBB Haltestellen und die Wiener Linien reduzieren mit dem Verweis auf knappe Mittel schleichend ihr Angebot im öffentlichen Oberflächenverkehr. Die Grünen treten dafür ein, auf große Prestigeprojekte zu verzichten und die frei werdenden Mittel für kleinere, aber wirkungsvolle Maßnahmen zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs einzusetzen.

Wiener Mut zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs bedeutet:

- Vorrang bei allen Ampeln für Tram und Bus sowie eigene Tram- und Busspuren. (Dadurch werden auch die Betriebskosten reduziert.)
- Dichtere Intervalle und Netzerweiterungen im Oberflächenverkehr.
- Minimierung des Umsteigezwanges durch Wiederherstellung bzw. Schaffung von Durchgangslinien.
- Hebung der Servicequalität im Schnellbahnverkehr.
- Attraktivere Fahrzeuge durch rasche Umstellung auf Niederflur-Technologie.
- Verlagerung des Wirtschaftsverkehrs auf den öffentlichen Verkehr (Einführung von Güterbims, die Waren und Güter durch Wien transportieren).
- Wiener AktivPass: Nulltarif für Personen mit sehr niedrigem Einkommen, 50%-Ermäßigung für armutsgefährdete Personen.
- Die Tarife für den ÖV sollen an die Parkgebühren gekoppelt sein.

Schienen in den Osten

Durch den EU-Beitritt von Ungarn, Tschechien und der Slowakei haben sich die Verkehrsbeziehungen zu diesen Staaten intensiviert. Die Zunahme des Transitverkehrs sowie des Ziel- und Quellverkehrs zwischen Wien und den Nachbarländern ist im Vergleich mit dem hausgemachten Wiener Verkehr viel geringer, als oft behauptet wird. Dennoch ist es wichtig, rechtzeitig dafür zu sorgen, dass der zukünftige Güter- und Personenverkehr vermehrt über die Schiene abgewickelt wird. Dazu ist es notwendig, die Schienenverbindungen auf diesen Destinationen zu verbessern (z. B. zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke nach Sopron und Bratislava), anstatt Autobahnen zu bauen (Lobauautobahn, A5-Nordautobahn, B8a-Marchfeldautobahn, usw.).

Verbesserung der Bedingungen für den Radverkehr

Ziel Grüner Politik ist die Verbesserung der Bedingungen für den Radverkehr in Wien, damit es mehr Menschen möglich wird, das Rad als Alltagsverkehrsmittel und auch ganzjährig zu nutzen. Wiener Mut für Verbesserungen im Radverkehr bedeutet:

- Verbesserung der Qualität bestehender Radverkehrsanlagen, um die Verkehrssicherheit von RadfahrerInnen zu erhöhen (ausreichende Breite, keine Gehsteiglösungen, genügend Abstand zu Hindernissen etc.).
- Ausbau der Radverkehrsanlagen, um Lücken zu schließen. Bei geringem bis mittlerem Kfz-Verkehrsaufkommen sind Rad- bzw. Mehrzweckstreifen zu bevorzugen. Straßenbegleitende Einrichtungsradwege als Regelfall.
- Öffnung aller Einbahnen für RadfahrerInnen im Nebenstraßennetz.
- Flächendeckende und ausreichende Radabstellplätze an öffentlichen Orten.
- Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht: JedeR RadfahrerIn soll selbst entscheiden dürfen, ob er/sie lieber den Radweg oder die Straße benutzen möchte.

Verbesserung der Bedingungen für FußgängerInnen

Zentrales Anliegen Grüner Verkehrspolitik ist die Verbesserung der Bedingungen für FußgängerInnen im Verkehr, um damit das Zu-Fuß-Gehen für mehr Menschen attraktiver zu machen. Wiener Mut für verbesserte Bedingungen für FußgängerInnen bedeutet:

- Erhöhung der Verkehrssicherheit für FußgängerInnen: z. B. bei Kreuzungen.
- Ausreichend breite Gehwege (2 bzw. 2,5m) ohne Behinderungen, Barrieren und Umwege.
- Schaffung zusammenhängender FußgängerInnenbereiche (z. B. bei Einkaufsstraßen, Schulen, PensionistInnenwohnhäusern, Krankenhäusern, usw.) und großer autofreier Viertel
- Beseitigung von Behinderungen durch stufenlose Querung an Kreuzungen, längere Grünphasen bei Ampeln, keine Radwege auf Gehsteigen.

Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs

Der Autoverkehr hat ebenso seinen Platz in der städtischen Mobilität wie alle anderen Verkehrsformen. Wir sind jedoch der Meinung, dass weniger Autoverkehr mehr Mobilität für alle bedeutet. Denn weniger Autos reduzieren die Probleme von Staus, Ozon usw. und schaffen bessere Bedingungen für den Wirtschaftsverkehr, für Einsatzfahrzeuge und den nicht vermeidbaren privaten Autoverkehr. Der Bau neuer Straßen ist aus Grüner Sicht nicht zielführend, da zahlreiche Studien belegen, dass dadurch neuer Autoverkehr induziert wird und somit bald wieder die alten Probleme bestehen. Deshalb lehnen wir die geplanten Straßen und Autobahnprojekte insbesondere im Nordosten Wiens ab und treten für einen qualitätsvollen und flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Verkehrs ein.

Um den Verzicht aufs Auto in der Stadt zu erleichtern und voranzutreiben, muss der öffentliche Verkehr zur attraktiven Alternative werden. Stadtteile müssen deshalb im Rahmen der Stadtplanung so gestaltet werden, dass Leben, Wohnen, Arbeiten und Einkaufen ohne die Benutzung des Autos möglich wird. Zur Erreichung des Grünen Ziels einer Stadt der kurzen Wege ist eine koordinierte Verkehrs- und Stadtplanung notwendig.

Wiener Mut zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs bedeutet:

- Tempo 30-Zonen im Wohngebiet als Regelfall, weitere autofreie und autoarme Stadtteile.
- Fahrbeschränkungen bei Überschreitung der Grenzwerte für Schadstoffmissionen.
- Prüfung zur Einführung einer Stau- bzw. Citymaut.
- Aufbau einer Mobilitätszentrale in Wien, bei der eine schnelle und unkomplizierte Fahrplanabfrage, eine einfache Buchung von Car-Sharing-Autos usw. möglich ist.
- Beschränkung des Kfz-Verkehrs in der Wiener Innenstadt auf Lieferverkehr, Einsatzfahrzeuge, öffentliche Verkehrsmittel, Taxis und AnwohnerInnen.
- Fahrbeschränkungen für schwere LKW (über 7,5 Tonnen) in Wohngebieten.
- Keine Lobauautobahn, keine Marchfeldautobahn und keine Nordautobahn.

Neben dem Binnenverkehr wird die stärkste Autobelastung in Wien von den ArbeitspendlerInnen aus dem Umland erzeugt. Die Stadt Wien plant ein Ausbauprogramm von Park&Ride-Anlagen, um die PendlerInnen zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu animieren. Diese verleiten jedoch dazu, mit dem Auto über die Stadtgrenze zu fahren und erst hier zu parken, was zusätzlichen Autoverkehr nach Wien bringt. Den PendlerInnen muss das Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel schmackhaft gemacht werden.

Wiener Mut zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel umfasst:

- Die Ausweitung der VOR-Kernzone 100 auf die erste Außenzone.
- Zubringerverkehr zu den U-Bahnen bzw. S-Bahnlinien mit attraktiven öffentlichen Verkehrsmitteln und Anruf-Sammeltaxis.
- Bau von P&R-Anlagen nur im Wiener Umland. Die PendlerInnen sollen nur bis zum nächstgelegenen Bahnhof fahren müssen.

Steuerung des Parkraumangebots

Ein viel diskutiertes Verkehrsproblem in der Stadt ist die Parkplatzfrage, deren Lösung ausschließlich in der Schaffung neuer und ausreichender Parkplätze gesehen wird. Ein Parkplatz in der Nähe der Wohnung stellt aber einen Anreiz dar, das eigene Auto öfters zu benutzen oder sich überhaupt ein eigenes Fahrzeug zuzulegen, wodurch der Autoverkehr zusätzlich erhöht wird. Die Grüne Parkraumpolitik orientiert sich an der Erreichung übergeordneter Ziele (Verlagerung von PKW-Fahrten auf öffentliche Verkehrsmittel, der Verbesserung der Verkehrsbedingungen für Straßenbahnen und Busse, der Erhöhung der Verkehrssicherheit usw.). Dank Grüner Politik ist in den letzten Jahren die Parkraumbewirtschaftung in den dicht besiedelten Gebieten Wiens (Bezirke 1-9 und 20) eingeführt worden. Der frei gewordene öffentliche Raum wurde allerdings nicht sinnvoll genutzt (z.B. für breitere Gehsteige, Radfahranlagen, eigene Spuren und Gleiskörper für Bus und Straßenbahn), sondern als neu gewonnene Parkmöglichkeit verstanden. Mittlerweile ist die Situation teilweise ähnlich wie vor der Einführung des Parkpickerls. Schrägparkplätze, Garagenbauten, Öffnung von Firmenparkplätzen in der Nacht usw. schaffen kurzfristig neuen Parkraum, sind jedoch keine nachhaltige Lösung.

Wiener Mut zur Steuerung des Parkraumangebots bedeutet:

- Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung, um Parken im Nachbarbezirk zu verhindern und Gebiete mit Parkplatzdruck zu entlasten (z. B. die Bezirke südlich und westlich des Gürtels

- sowie punktuell wirksame Modelle im Zentrum Floridsdorf, Zentrum Kagran, Zentrum Hietzing, Bahnhof Hütteldorf).
- Zeitliche Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung auf zumindest 22 Uhr. Langfristig soll die Parkraumbewirtschaftung von 8-24 Uhr gelten.
 - Die Kurzparkgebühr ist an die Preise für den öffentlichen Verkehr anzupassen.
 - Grünoasen schaffen statt Hinterhöfe verparken.
 - Keine Schrägparkplätze auf Kosten anderer VerkehrsteilnehmerInnen.
 - Errichtung von Garagen nur zum Zwecke einer Anwohner-Innensammelgarage möglichst als Tiefgarage. Mit der Baugenehmigung einer Garage ist auch der Reduktionsplan der Oberflächenstellplätze, mindestens im Verhältnis 1:1, zu beschließen. Vorfinanziert werden die Garagen durch die Stadt Wien und bezahlt werden sie nach dem Verursacherprinzip nach Marktpreisen. Keine speziellen hohen Förderungen wie bei den Volksgaragen.

Reduzierung des Fluglärms

In Wien ist die Lärmbelastung durch startende und landende Flugzeuge am Flughafen Schwechat ein großes Thema. Hunderttausende WienerInnen sind davon betroffen. Derzeit gibt es de facto drei Anflugschneisen für den Flughafen Wien-Schwechat über der Stadt. Eine Schneise befindet sich über Eßling und zwei Schneisen über den westlichen und südlichen Bezirken (4-7 und 10-17) der Stadt. Wegen der massiven Zunahme der Flugbewegungen am Flughafen haben in den letzten Jahren auch die Proteste der Betroffenen stark zugenommen, während der Flughafen einen weiteren massiven Ausbau vor allem im Bereich Frachtverkehr und Transferverkehr plant. Dazu soll eine dritte Start- und Landepiste errichtet werden. Man geht dabei von einem jährlichen Wachstum des Flugverkehrs von ca. fünf Prozent aus.

In den letzten fünf Jahren hat der Flughafen Wien mit allen Beteiligten (BürgerInneninitiativen, PolitikerInnen, Fluglinien etc.) ein Mediationsverfahren durchgeführt. Das Ergebnis ist für die betroffenen AnrainerInnen nicht ausreichend: Ungebremstes Wachstum des Flugverkehrs wird garantiert, die dritte Piste wird errichtet und es kommt kein generelles Nachtflugverbot. Die Wiener Grünen lehnen den Vertrag daher ab.

Es ist unbestritten, dass Wien einen leistungsfähigen Flughafen braucht. Genauso sicher ist aber, dass es keine Minderung der Lebensqualität oder gar Gesundheitsschäden der Bevölkerung geben darf.

Wiener Mut für Lebensqualität rund um Flughäfen bedeutet:

- Statt eines weiteren Ausbaus des Flughafens Schwechat ist die Kooperation mit dem Flughafen Bratislava zu verstärken und eine schnelle Zugverbindung zwischen den beiden Flughäfen einzurichten.
- Deckelung der Anzahl der Flüge (in absoluten Zahlen) und generelles Nachtflugverbot.
- Kostenwahrheit für den Flugverkehr: Umweltverbrauch und Gesundheitsschäden der Nachbarn sind den Betreibern anzulasten, keine Steuerbefreiung von Flugbenzin (Kerosin), Flugtickets und der Grundsteuer für Flughäfen.
- Erlassung eines Bundesgesetzes gegen Fluglärm.
- Emissionsabhängige Start- und Landegebühren.
- Kostenwahrheit bei Flügen.

2 Wiener Mut zur offenen, lebenswerten und selbstbestimmten Stadt

Vielfältige Lebensstile, verschiedene Formen des Zusammenlebens, unterschiedliche Kulturen – für eine offene und lebenswerte Stadt eine Selbstverständlichkeit. Individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und Freiräume prägen die eigene Lebensgestaltung. Ungeachtet von Alter, Geschlecht, Religion, Hautfarbe, Nationalität, politischer und sonstiger Anschauung gelingt es sein/ihr Leben nach den eigenen Wünschen und Bedürfnissen zu gestalten.

Grüne Stadtpolitik zielt auf diese Verbesserung der Lebensqualität für alle BewohnerInnen ab. Dafür sind mehr Mitbestimmung über die eigene Lebensumgebung, kulturelle Vielfalt, die Wahrnehmung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in und mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und Vorstellungen notwendig.

2.1 Demokratie und Teilhabe fördern

Gelebte Demokratie und Mitgestaltung des eigenen Umfeldes sind wesentliche Anliegen Grüner Politik. Erst die Möglichkeit, an der konkreten Stadtgestaltung teilhaben zu können, garantiert Wohlbefinden und Zufriedenheit. Materielle Sicherheit ist dabei wichtige Voraussetzung für jede weiter- und tiefergehende Ausübung von demokratischer Mitbestimmung und Mitgestaltung. Diese muss angesichts steigender Arbeitslosenzahlen und Armutsgefährdung für alle gewährleistet werden (siehe Kap. Wiener Mut zur Grundsicherung und Beschäftigung). Demokratie lebt aus Grüner Sicht von vielfältigen Mitentscheidungsformen. Von der direkten Teilhabe der Bevölkerung bis zu gestärkten repräsentativen Strukturen. Sie ergänzen einander, um ein optimales Ergebnis zum Wohle der Bevölkerung zu erzielen.

Die jahrzehntelange Vormachtstellung der mit absoluter Mehrheit regierenden Sozialdemokratie hat die Herausbildung moderner demokratischer Strukturen in Wien verhindert. So bevorzugt beispielsweise noch immer ein unfaires (weil nicht proportionales) Wahlrecht größere Parteien zu Lasten kleinerer. Generell wird die Tätigkeit von Gemeinderat und Bezirksvertretungen nicht als gelebter Parlamentarismus, sondern eher als störender Faktor im Rahmen des magistratischen Verwaltungsablaufs betrachtet. Dementsprechend mangelhaft sind daher auch die Regelungen in den Bereichen Wahlrecht, Stadtverfassung, Kontrolle und Transparenz.

Ziel der Wiener Grünen ist eine Demokratisierung Wiens. Eine demokratische Grüne Stadt bedeutet, dass der Parlamentarismus auf allen Ebenen als Chance begriffen, die Kontrolle als wichtige Aufgabe der Opposition anerkannt wird und neue Beteiligungsmodelle entwickelt werden, die eine umfassende Teilhabe der BürgerInnen an der Gestaltung der Stadt ermöglichen.

Demokratische Mitbestimmung gewährleisten

Seit geraumer Zeit werden verstärkt Teile der Gemeindeverwaltung der Kontrolle durch den Gemeinderat entzogen, indem sie ausgegliedert, privatisiert oder etwa in Stiftungen umgewandelt werden (z. B. Wien Holding, Wiener Stadtwerke, Fonds Soziales Wien, Krankenanstaltenverbund, Wiener Wohnen). Vorder-

gründig wird dies als „Entpolitisierung“ dargestellt, in der Praxis hat die alleinregierende SPÖ das Sagen. Tatsächlich werden öffentliche Dienstleistungen durch Ausgliederungen der demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung durch die gewählten GemeindevertreterInnen entzogen. Das Antrags- und Anfragerrecht gilt nämlich für ausgegliederte Unternehmen nicht. Wir Grüne stehen für eine Demokratisierung dieser Bereiche und meinen, dass Fragen der sozialen Sicherheit, der Preisgestaltung von bestimmten Dienstleistungen (öffentlicher Verkehr, Strom, Gas) etc. durch politisch legitimierte (= von der Allgemeinheit gewählte) VertreterInnen gestaltet werden müssen. Wir fordern daher eine Änderung der Stadtverfassung, damit grundlegende demokratische Rechte auch für die ausgegliederten Unternehmungen, Fonds etc. gelten.

BürgerInnen die Teilhabe ermöglichen

Der Grüne Grundzugang zur Verwaltung und Entwicklung der Stadt muss den BürgerInnen mehr Raum geben, ihr Wissen, ihre kreativen Fähigkeiten und ihre Interessen in die Politikgestaltung einzubringen. Demokratisierung der Politik und Teilhabe an ihrer Gestaltung beginnen für uns mit der umfassenden Durchsetzung des Prinzips der Teilhabe. Teilhabe heißt: Wer vom Verwaltungshandeln betroffen ist, muss auch Möglichkeiten haben, seine Bedürfnisse sein Wissen und seine Kompetenz einzubringen. Dies erfordert einen neuen Zugang auf Ebene der Politik und auf Ebene der Verwaltung.

Die von uns geforderte neue Kultur der Kommunikation der Stadt mit ihren BürgerInnen beginnt bei der Gestaltung von Formularen, die übersichtlich und allgemein verständlich sind, und bei der Einrichtung von Wartezonen, in denen sich die BürgerInnen auch wohl fühlen.

Wichtiger ist jedoch die Einbindung der BürgerInnen in die Entscheidungsfindung von Politik und Verwaltung ebenso wie intensive Feedback-Schleifen seitens der Verwaltung zur Erkundung der Zufriedenheit der Bevölkerung mit den politischen Entscheidungen und den daraus abgeleiteten Handlungen. Seitens der Verwaltung muss Planung als demokratischer Beteiligungsprozess verstanden werden. Voraussetzungen für die Mitgestaltungsmöglichkeiten der BürgerInnen sowohl bei den Planungs- als auch bei den Entscheidungsprozessen sind Information und Transparenz. Von einer im Grünen Sinne lebendigen Zivilgesellschaft kann gesprochen werden, wenn sich BürgerInnen engagieren, einbringen und sich der Problemstellungen der Gesellschaft aktiv annehmen und wenn dieses Engagement auch tatsächlich Eingang in die Politik findet. BürgerInnen können dann Einfluss auf die Gestaltung öffentlicher Leistungen nehmen. Und Teilhabe an der Stadtplanung beschränkt sich nicht länger auf Kleinräume (Plätze, Parks), sondern die Bevölkerung wird auch bei Großvorhaben in einem frühen Planungsstadium einbezogen. Die Stadt der Teilhabe führt „Strategische Umweltprüfungen“ durch, die sich nicht nur auf ökologische Aspekte beziehen, sondern auch Fragen des Lebensraums und der Lebensqualität berücksichtigen.

Informationsrechte des Gemeinderates stärken

Inhaltliche Beantwortung von Anfragen

Anfragen sind – vor allem für Oppositionsparteien – zentrales Mittel, um Informationen über Verwaltungsmaßnahmen zu erhalten und um Missstände aufzuzeigen. Sinnvoll kann dieses Instrument nur eingesetzt werden, wenn die Adressaten von Anfragen (Bürgermeister und amtsführende StadträtInnen) auch verpflich-

tet sind, tatsächlich inhaltlich auf die Anfragen einzugehen. Bisher besteht nur die generelle Verpflichtung zur Beantwortung von Anfragen. Wir streben daher eine Änderung der Stadtverfassung dahingehend an, dass Anfragen von Gemeinderatsmitgliedern durch die Stadtregierung tatsächlich substanziell inhaltlich zu beantworten sind.

Nachträgliche Akteneinsicht ermöglichen

Derzeit besteht das Recht auf Akteneinsicht für GemeinderätInnen nur bis zum Tag der Gemeinderatssitzung. Künftig soll allen Mitgliedern des Gemeinderates das Recht eingeräumt werden, auch nachträglich Einsicht in Akten nehmen zu können.

Umfassende Berichtspflicht über Landeshauptleutekonferenz

Die regelmäßigen Sitzungen der Landeshauptleute sind – obwohl verfassungsrechtlich nicht verankert – ein wesentlicher Faktor der österreichischen Innenpolitik, bei denen oft Beschlüsse gefasst werden, die Bundesländer und Gemeinden in hohem Maße betreffen. Der Wiener Landtag wird über Beratungen und Ergebnisse dieser Landeshauptleutekonferenzen gar nicht oder unzureichend informiert. Die Grünen fordern daher die Verankerung einer Berichtspflicht des Landeshauptmannes bzgl. der Beratungen und Ergebnisse aus der Landeshauptleutekonferenz in der Stadtverfassung.

Stadtssenat und Stadtregierung rechtzeitig informieren

Derzeit ist die fristgerechte Versendung von Tagesordnungen mit entsprechenden Unterlagen für den Stadtssenat und die Landesregierung nicht geregelt. Dieses Defizit führt dazu, dass Akten über geplante Vorhaben mitunter so spät versendet werden, dass Oppositionsparteien eine gewissenhafte Prüfung nicht mehr möglich ist. Wir fordern daher, dass für Stadtssenat und Landesregierung für die Versendung von Unterlagen dieselbe Frist wie bei Ausschusssitzungen festgelegt wird.

Demokratisierungspaket für Bezirke

Stadtverfassung an die Bedürfnisse der Menschen anpassen – Bezirksvertretung stärken

Die Bezirksvertretung ist das einzige direktdemokratisch legitimierte Organ auf Bezirksebene. Eine demokratische Stadtverfassung muss entwickelt werden, die die Bezirksvertretungen im Sinne der Demokratisierung aufwertet und demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung ermöglicht. Durch eine Änderung der Stadtverfassung muss endlich gewährleistet werden, dass Beschlüsse der Bezirksvertretung und ihrer Organe (BezirksvorsteherIn, Ausschüsse) von den Dienststellen der Stadtverwaltung verbindlich umgesetzt werden müssen. Die demokratische Mitwirkung der Bevölkerung auf Bezirksebene muss sicher gestellt und ausgebaut werden. Volksbefragungen können dafür ein sinnvolles und wichtiges Instrument sein. Derzeit ist es gemäß Stadtverfassung nur dann möglich, Volksbefragungen in einem Stadtteil (z. B. Bezirk oder Teil eines Bezirks) durchzuführen, wenn dies der Wiener Gemeinderat beschließt oder wenn mindestens 5 Prozent aller wahlberechtigten WienerInnen eine solche Volksbefragung verlangen. Zukünftig soll es möglich sein, dass auch 5 Prozent der Wahlberechtigten eines Bezirks die Einleitung einer Volksbefragung in ihrem Bezirk (oder einem Teil davon) erwirken können. Weiters sollen die Bezirkskompetenzen evaluiert (so hat sich beispielsweise die vollständige Dezentralisierung des Ausbaus des Radwegenetzes nicht bewährt und wurde richtigerweise teilweise rückgängig gemacht) und den Anforderungen einer modernen Stadtverwaltung angepasst werden.

BezirksvorsteherInnen

Derzeit kommt die Funktion des/der Bezirksvorstehers/-vorsteherin automatisch der stärksten Partei zu. Künftig soll diese Position – im Sinne demokratischer Mehrheiten – frei durch die Bezirksvertretung gewählt werden. BezirksvorsteherInnen sollen künftig in ihrer Amtsführung an Beschlüsse der Bezirksvertretung gebunden und dieser verantwortlich sein. Kommen sie dieser Verantwortung nicht nach, können sie durch ein Misstrauensvotum abgesetzt werden.

Transparenz fördern

Subventionsvergabe

Die Vergabe von Subventionen und Förderungen hat nach transparenten und öffentlich nachvollziehbaren Kriterien zu erfolgen. Dabei soll das Kriterium der Qualität der geleisteten Arbeit für Förderungen und Subventionen (insbesondere in den Bereichen Soziales, Jugend, Sport und Kultur) ausschlaggebend sein – nicht jedoch das Naheverhältnis zu einer Partei. Informationen über SubventionswerberInnen müssen den Mitgliedern des Gemeinderats vorliegen, da sie letztlich über finanzielle Zuwendungen zu entscheiden haben. Ziel soll es sein, verstärkt unabhängige Institutionen zu fördern.

Stellenbesetzungen im Magistrat

Bei Besetzung von Spitzenpositionen im Bereich des Wiener Magistrats soll ein objektiviertes und transparentes Verfahren sicherstellen, dass die Bestqualifizierten ausgewählt werden.

Entsendung in Aufsichtsräte und Vorstände

Die Entsendung von VertreterInnen der Stadt Wien in Aufsichtsräte oder Vorstände soll künftig auf Beschluss des Stadtssenats erfolgen, wodurch die Bestellung transparent und nachvollziehbar wird. Derzeit entscheidet der/die FinanzstadträtIn völlig intransparent.

Wahlrecht demokratisieren

Die Grünen betrachten folgende Änderungen des Wahlrechts als wichtige Schritte zu einer Demokratisierung Wiens:

Die Wiener Gemeindewahlordnung soll dahingehend reformiert werden, dass Mandate künftig streng proportional entsprechend dem Stimmenanteil der Parteien vergeben werden. Derzeit werden größere Parteien stark bevorzugt.

Der Geltungsbereich des kommunalen Wahlrechts muss auf alle Menschen, die am jeweiligen Stichtag ihren Hauptwohnsitz in Wien haben, ausgedehnt werden. Nachdem der Verfassungsgerichtshof das vom Gemeinderat bereits beschlossene Wahlrecht für MigrantInnen auf Bezirksebene aufgehoben hat, sind die Verantwortlichen der Stadt Wien in eine unverständliche Lethargie verfallen. Die Grünen stellen im Nationalrat seit 2002 Anträge auf Verfassungsänderung, damit auch niedergelassenen MigrantInnen politische Mitbestimmungsrechte zukommen. Auch aktuell ist ein solcher Antrag der Grünen im parlamentarischen Verfassungsausschuss anhängig, dessen Beschluss das MigrantInnenwahlrecht auf Bezirks- und Gemeinde(Landes-)ebene in Wien ermöglichen würde. Im Unterschied zur SPÖ stehen wir für eine Gleichstellung von so genannten Drittstaatsangehörigen mit EU-BürgerInnen.

2.2 Gendergerechtigkeit fördern – Frauen stärken

Geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen einer patriarchalen Gesellschaft dominieren immer noch die Arbeits-, Wirtschafts- und Politikstrukturen. Das Resultat sind alarmierende Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, atypische Beschäftigung mit nichtexistenzsichernden Einkommen, Dreifachbelastung Job/Haushalt/Familie, wachsende Armutgefährdung von Frauen und Unterrepräsentation in den Führungsetagen – um nur einige Bereiche aufzuzählen. Dabei werden Frauen an der Entfaltung und Umsetzung ihrer Lebensentwürfe gehindert bzw. in bestimmte traditionelle Rollenmuster gedrängt (Dazuverdienerin, Haushalts- und Familienzuständige). Die derzeitige Bundespolitik trägt mit Pensionskürzungen und Steuerreformen, die einmal mehr zu Lasten der Frauen gehen, zur weiteren Ungleichbehandlung der Geschlechter bei und ist mitverantwortlich für das Hinausdrängen von Frauen aus dem Vollzeitarbeitsmarkt. Gleichzeitig werden kritische Frauenorganisationen finanziell ausgehungert oder durch der Regierung gefälliger ersetzt.

Wir fordern aktive Frauenpolitik, um Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern und Gleichstellung und Selbstbestimmung zu erreichen. Wien sollte hier als gutes Beispiel vorgehen. Den großen Worten sollen Taten folgen und Beschlüsse konsequenter umgesetzt werden. Zu tun gäbe es genug: Implementierung von Gender Mainstreaming zugunsten von Frauen in allen Bereichen der Stadt Wien, Pilotprojekte für Gender Budgeting, aktivere Frauenförderung am Arbeitsmarkt, Öffnung männerdominierter Berufs- und Ausbildungsbereiche, Förderung von Väterkarenz und vieles mehr. Denn nur die Änderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen durch konkrete politische Maßnahmen kann ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Frauen und Männern ermöglichen – eine Grundvoraussetzung in einer offenen und lebenswerten Stadt.

Aktive Förderung von Frauen am Wiener Arbeitsmarkt

Der Grundstein einer emanzipatorischen Geschlechterpolitik ist die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen (wie auch von Männern), von der wir allerdings immer noch weit entfernt sind. Die Verantwortung für den Arbeitsmarkt wird von den verantwortlichen StadtpolitikerInnen meist dem Bund zugeschoben, während sie sich in Wien der hohen Erwerbsquote von Frauen rühmen. Tatsache ist jedoch, dass diese zu einem großen Teil aus Teilzeitarbeitsplätzen resultiert, die kein existenzsicherndes Einkommen und kaum Aufstiegschancen bieten sowie zu geringeren Pensionsansprüchen und höherem Arbeitslosigkeitsrisiko führen. Frauen werden so erneut in Armut- oder Abhängigkeitsverhältnisse getrieben.

In Österreich sind gegenwärtig 570.000 Frauen von Armut bedroht oder leben in akuter Armut. Die Gefahr, als Frau trotz voller Erwerbstätigkeit von Armut betroffen zu sein, ist um ein Drittel höher als bei Männern.

Auch die Privatwirtschaft muss in die Pflicht genommen und Maßnahmen gesetzt werden, die der strukturellen Benachteiligung von Frauen in Wirtschafts- und privater Arbeitswelt gegensteuern können. Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, so dass die Unternehmen nicht um ihren Beitrag zur Geschlech-

tergerechtigkeit herumkommen. Die Stadt Wien als große Auftragsgeberin für eine Vielzahl von Unternehmen kann ihre Auftragsvergabe an Kriterien der Geschlechtergerechtigkeit knüpfen. Die Grünen fordern, dass Wien dieses Steuerungsinstrument auch tatsächlich einsetzt.

Obwohl immer mehr Neugründungen von Frauen initiiert werden, herrschen auch im Unternehmensbereich deutliche strukturelle Benachteiligungen von Frauen als Unternehmerinnen. Auch hier muss es Maßnahmen zur Förderung von Kleinunternehmerinnen geben.

Grüne Stadtpolitik schiebt die Verantwortung nicht von sich, sondern will Wien zum Vorzeigebispiel für frauenfördernde Arbeitsmarktpolitik machen.

Wiener Mut für frauenfördernde Arbeitsmarktpolitik bedeutet:

- Verstärkte Maßnahmen zur Förderung des Wiedereinstiegs von Frauen ins Berufsleben sowie in deren Weiterbildung
- Schaffung von existenzsichernden Vollzeitarbeitsplätzen, damit Frauen künftig tatsächlich die Wahl haben
- Maßnahmen gegen die wachsenden Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, z. B. durch Neubewertung von Arbeit
- Erstellung eines Wiener Frauenarmutsberichts als Basis zur Bekämpfung der Frauenarmut
- Förderung von Mädchen und Frauen in frauenuntypischen Berufen (Lehrstellenförderung, Informations- und Motivationskampagnen in Schulen, Mädchenprojekte, usw.), u. a. durch einen Lehrlingsfonds für Mädchen in nicht-traditionellen Berufen
- Betriebe fördern, die Frauen fördern, inkl.: Koppelung der öffentlichen Auftragsvergabe der Stadt Wien an Frauenförderpläne in Betrieben, Gender-Trainings (finanziert von WWFF und ev. WAFF), um die Betriebe zu Frauenförderung zu befähigen und Förderung von diesbezüglichen Beratungsprojekten für Unternehmen. Gender-Audits, unabhängige Institutionen zur Überprüfung, sind dafür notwendig
- Geld vom Wiener Wirtschaftsförderungsfonds für Unternehmerinnen (in Wien werden derzeit mehr Frauenunternehmen aufgegeben als neugegründet)
- Schaffung einer Expertinnendatenbank für Frauen in Führungspositionen nach norwegischem Vorbild
- „Springerinnennetzwerk“ für Mikrobetriebe (zur Arbeitsplatz-erhaltung während temporärer Ausfälle von Arbeitskräften)
- Maßnahmen zur Verhinderung des Karriereknicks aufgrund von Berufsunterbrechung (Elternkarenz)
- Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen zur leichteren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, monetäre Förderung betrieblicher Beteiligung an (nicht öffentlicher) Kinderbetreuung vor allem für Mikrounternehmen und FreiberuflerInnen und auch "Initiative Nachtmutter/vater" (Pendant zu Tagesmutter)
- Anreizmodelle für Väterkarenz

Gender Mainstreaming und Frauenförderung verbindlich umsetzen

Im Dezember 2001 hat der Wiener Gemeinderat auf Antrag der Grünen die Umsetzung von Gender Mainstreaming beschlossen. Hintergrund ist die Tatsache, dass Frauen und Männer aufgrund gesellschaftlicher Rahmenbedingungen unterschiedliche Lebens- und Arbeitssituationen haben, die unterschiedliche Bedürfnisse hervorbringen. So leben Frauen beispielsweise im Alter häufiger alleine und AlleinerzieherInnen sind vorwiegend

Frauen. Umfassende Nahversorgung und ein dichtes Netz öffentlicher Verkehrsmittel sind – so belegen alle Studien – dadurch für Frauen meist besonders wichtig. In politischen Entscheidungsprozessen wird dieser Blickwinkel weitgehend nicht berücksichtigt. Daher wirken sich politische Maßnahmen auf die Geschlechter unterschiedlich aus. Darauf müsste bei der Planung und Konzeptionierung neuer Maßnahmen vor allem in den Bereichen Verkehr, Stadtentwicklung, Bautätigkeit, Budget reagiert werden. Der Stadtregierung ist aber offenbar der politische Wille dafür abhanden gekommen, denn die Implementierung des Gender Mainstreaming Prinzips geht nur sehr zögerlich voran und in vielen Bereichen passiert überhaupt nichts. Grüne Stadtpolitik nimmt auf die unterschiedlichen Bedürfnisse bzw. Bedingungen von und für Frauen und Männer Rücksicht und bezieht sie in die politische Arbeit ein.

Wiener Mut zur Implementierung von Gender Mainstreaming bedeutet:

- Konsequente Umsetzung der Strategie des Gender Mainstreaming, d. h. zunächst einmal Überprüfung aller geplanten Maßnahmen auf ihre Auswirkungen auf Frauen und Männer, Bereitstellung der für den umfassenden Prozess erforderlichen Ressourcen.
- Gender Budgeting des Wiener Budgets: Entwicklung konkreter Vorschläge und erster Anknüpfungsmöglichkeiten, Transparenz des Budgetstellungsprozesses (auch für die Bevölkerung), begleitende Evaluierung aller getroffener Maßnahmen durch ExpertInnen.
- Gendersensible Verkehrsplanung (Ausbau und kostengünstige Bereitstellung des öffentlichen Verkehrs, Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Reduktion des Autoverkehrs, Verlängerung von Ampelphasen für FußgängerInnen, Ausbau des Radwegenetzes, Verbreiterung der Gehsteige, geschlechtergerechte Verkehrsschilder, usw.).
- Stadt- bzw. Bezirksentwicklung, Bauen und Wohnen unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Bedürfnisse (Nahversorgung, Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz, Grünflächen und Naherholungsräume, usw.).
- Konzepte zur Erhaltung bzw. Schaffung einer funktionierenden und belebenden Nahversorgung in den Wiener Bezirken (u. a. Vermeidung von großen Einkaufszentren, Förderung von Klein- und Kleinstbetrieben, die zu einem großen Teil Frauenbetriebe sind).

Gleichstellung von Frauen durch vermehrte Frauenförderung

Um die geschlechtsspezifische Ungleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen aufzuheben, bedarf es einer aktiven Gleichstellungspolitik und umfassender Frauenfördermaßnahmen. Niedriger Frauenanteil in Politik und Verwaltung, Diskriminierungen am Arbeitsmarkt, geringe Aufstiegschancen durch die so genannte „gläserne Decke“ – Gender Mainstreaming allein kann die ungleichen Strukturen nicht durchbrechen und darf nicht dazu benutzt werden, die Mittel für Frauenförderung und feministische Projekte zu kürzen.

Die Wiener Grünen zeigen, wie es sein sollte. Im Gegensatz zu den Lippenbekenntnissen der anderen Wiener Parteien ist Frauenpolitik bei uns längst gelebte Realität: Mit einer Frau an der Spitze und einem Frauenanteil von 70 Prozent gehen wir in die kommenden Gemeinderatswahlen.

Wiener Mut zur Förderung von Frauen in Spitzenpositionen bedeutet:

- Erhöhung des Frauenanteils in Spitzenfunktionen der Gemeinde Wien: aktive Umsetzungsstrategien des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes zur „positiven Diskriminierung“ und Erreichung einer 50-Prozentigen-Frauenmindestquote.
- Reform des Wiener Gleichbehandlungsgesetzes: Recht auf Akteneinsicht für die Kontaktfrauen, Informations- und Stellungnahmerecht bei Personalentscheidungen, Wahl der Kontaktfrauen und Gleichbehandlungsbeauftragten durch weibliche Bedienstete.
- Ausweitung der Anti-Diskriminierungstatbestände aufgrund von Geschlecht auf alle Tätigkeiten der Stadt Wien (über Beschäftigungsverhältnisse im Magistrat hinaus).

Selbstbestimmungsrechte stärken

Obwohl geschlechtsspezifische Benachteiligungen alle Frauen betreffen, sind Frauen keine homogene Gruppe mit gleichen Interessen und Bedürfnissen. Vielmehr finden sich Frauen in vielfältigen und unterschiedlichen Lebenssituationen wieder, die eine aktive Frauenpolitik berücksichtigen muss. GRÜNE Frauenpolitik respektiert und fördert die Selbstbestimmung der Frauen und ihrer Entscheidungen und unterstützt dabei besonders jene Frauen, die in Politik und Gesellschaft wenig Anerkennung erfahren, wie z.B. Migrantinnen, Opfer von Gewalt- und Sexualverbrechen und Sexarbeiterinnen.

Wiener Mut zur Stärkung der Selbstbestimmungsrechte bedeutet:

- Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation von Sexarbeiterinnen: Sexarbeit als Arbeit und Gewerbe anerkennen, Abschaffung der polizeilichen Meldepflicht nach dem Vorbild der Stadt Salzburg, Erleichterung der wöchentlichen Gesundheitskontrollen, Senkung des Strafmaßes für illegale Sexarbeiterinnen, Verbesserung des Opferschutzes usw.
- Wiener Fristenlösung: Möglichkeit zur Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs in allen öffentlichen Spitälern, konsequentes Vorgehen gegen radikale AbtreibungsgegnerInnen, Bereitstellung von Räumlichkeiten für private Abtreibungskliniken in öffentlichen Spitälern, Fonds zur Unterstützung Schwangerer in Notfällen usw.
- Migrantinnen: Öffnung und Ausbau der Frauenberatungsstellen für Migrantinnen durch umfassende Information, muttersprachliches Personal und niederschweligen Zugang.

Europäische Frauenpolitik

Frauenpolitik muss sich international vernetzen und globale Strategien entwickeln. Ein Hauptaktionsfeld internationaler Frauenpolitik ist die EU. Wien soll sich aktiv am Europäischen Jahr der Chancengleichheit 2007 beteiligen. Zu den Zielen Grüner Frauenpolitik in Europa gehören der Aufbau einer Europäischen Demokratie unter Einschluss europaweit geltender Grundrechte, die Europäische Sozialunion, eine Europäische Beschäftigungspolitik und die Erhöhung des Frauenanteils in allen Gremien der EU.

Die Förderung der Chancengleichheit ist insbesondere in den Strukturfondsprogrammen der EU zu stärken und die EU-Fördermittel Frauen und Frauenorganisationen zugänglicher zu machen (niederschwelliger, geringerer Eigenfinanzierungsbedarf). Grenzüberschreitende Frauenprojekte und die Vernetzung von Frauen innerhalb der EU, insb. mit den neuen und potentiellen Mitgliedsländern (Bulgarien, Rumänien, Türkei u. a.), sind verstärkt zu fördern.

2.3 Frei- und Lebensräume für Kinder

Kinder haben spezifische Bedürfnisse, die sich von jenen Erwachsener häufig unterscheiden. In der ausnahmslos von Erwachsenen gestalteten Politik werden ihre Wünsche und Bedürfnisse jedoch meist nur unzureichend berücksichtigt oder als weniger prioritär zurückgewiesen. Es wird als Selbstverständlichkeit betrachtet, dass sie sich in der Welt der Erwachsenen automatisch zurecht finden. Aber: Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, sondern eigenständige Persönlichkeiten mit Rechten und Ansprüchen. Grüne Stadtpolitik setzt sich für die Schaffung von Rahmenbedingungen in der Stadt ein, die ein kindgerechtes Aufwachsen ermöglichen. Die Interessen von Kindern müssen in die Stadtplanung einbezogen werden, damit die Stadt ein Lebensraum wird, in dem Kinder nicht nur abseits und an den Rand gedrängt leben, sondern sich sicher, frei und sichtbar bewegen können. Nur so kann ihre Entwicklung optimal gefördert werden – ein absolutes Muss in einer zukunftsorientierten und offenen Stadt, die auch den kleinsten BewohnerInnen den ihnen gebührenden Raum zuerkennt.

Kinder als vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft

Wien ist eine wohlhabende Stadt, in der Kinder zwar grundsätzlich weniger existenziell bedroht sind, wo es aber dennoch nach wie vor zahlreiche Missstände gibt. Gewalt in der Familie, sexueller Missbrauch durch Angehörige oder Autoritätspersonen, Diskriminierung behinderter Kinder und menschenunwürdiger Umgang mit Kinderflüchtlingen sind die zentralen Probleme. Die UN-Kinderrechtskonvention, die Österreich bereits 1989 mitunterzeichnet hat, ist weder in der österreichischen noch in der Wiener Stadtverfassung verankert und dient daher höchstens als Interpretationshilfe. Die Analyse der Wiener Gesetze und Verordnungen sowie der jährliche Bericht der Kinder- und JugendanwältInnen zeigt, dass die Kinderrechtskonvention noch nicht gänzlich umgesetzt wird. Eine kindgerechte Stadt, die Kinder als vollwertige Mitglieder der Gemeinschaft anerkennt, muss ihnen durch die Gesetzgebung Schutz und Sicherheit gewährleisten.

Wiener Mut zu einer kindgerechten Stadt bedeutet:

- Verankerung der UN-Kinderrechtskonvention in der Verfassung des Landes und der Stadt Wien.
- Gewährleistung der lückenlosen Umsetzung der Kinderrechtskonvention durch Gesetzesänderungen überall dort, wo dies notwendig ist.
- Aufwertung der Kinder- und Jugendanwaltschaft (Verstärkung der Ressourcen, Einbeziehung der entwickelten Expertisen in politische Arbeit usw.).

Frei- und Lebensräume kindgerecht gestalten

Kinder werden zunehmend aus dem öffentlichen Raum in der Stadt verdrängt. Wien ist dicht besiedelt, der (Auto-)Verkehr nimmt ständig zu und schränkt nicht nur die Lebensfreiheit von Kindern ein, sondern bedroht sie akut. Kinder haben ein anderes Tempo und einen anderen Rhythmus als Erwachsene. Sie bewegen sich spontan, spielen an Orten, wo Spielen unerwünscht ist und nehmen Gefahren nicht oder zu spät wahr. Von ihrer Umgebung werden sie daher häufig als störend wahrgenommen. Aber Kinder brauchen Raum und Sicherheit, um sich entfalten zu können. Eine Grüne Stadt schafft eine kindgerechte Umgebung, in der Kindern attraktive Spielplätze, sichere Schulwege und selbstgestaltete Freiräume eingeräumt werden.

Wiener Mut für kindgerechte Frei- und Lebensräume bedeutet:

- Attraktive Gestaltung von Parks und Spielplätzen unter Einbeziehung von Kindern und ihren spezifischen Wünschen.
- Mehrfachnutzung und Zwischennutzung von Freiflächen (Schulen, Firmenparkplätze, Baulücken usw.) im Interesse von Kindern und Jugendlichen.
- Kindgerechtes Planen und Bauen.
- Verkehrstechnische Maßnahmen: Tempolimit 30, Ampeln mit ausreichenden Grünphasen, Gehsteigverbreiterung und Fahrbahnverengungen rund um Orte, wo Kinder sich vermehrt aufhalten (Schulgebiet, Spielplätze, Schwimmbäder usw.).

Ausreichende Ressourcen für Betreuungs- und Bildungseinrichtungen

Kinder brauchen im Vorschulalter mehr als Betreuung im Sinne von bloßer „Aufbewahrung“. Die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder müssen daher entsprechend aufgebaut und in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden. Da nicht für alle Kinder (und auch nicht für alle Eltern) dieselbe Form der Betreuung optimal ist, muss die Vielfalt gestärkt und müssen Rahmenbedingungen so verändert werden, dass Kinder und Eltern tatsächlich Wahlfreiheit für jene Betreuungsart haben, die den individuellen Bedürfnissen des jeweiligen Kindes gerecht wird. Der Kindergarten, der aus unserer Sicht die erste Bildungseinrichtung ist, muss an den Bedürfnissen der Kinder ausgerichtet und so gestaltet sein, dass sich die Kinder frei entfalten und entwickeln können. Die Stadt hat dafür zu sorgen, dass alle Kinderbetreuungseinrichtungen, ob Kindergärten, Kindergruppen, Kinderkrippen sowie Tagesmütter und -väter für alle leistbar und mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet sind.

Wiener Mut für unsere Kinder bedeutet:

- Die Schaffung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten für unter 3-Jährige.
- Ausbau der Betreuung durch Tagesmütter/-väter
- Leistbare Kinderbetreuung für alle.
- Recht auf Kindergartenplatz.
- Anzustrebendes Ziel ist der Gratis-Kindergarten.
- Herabsetzung der Kinderhöchstzahlen in Krippen, Kindergärten- und Hortgruppen.
- Sichere und transparente Finanzierung von privaten Kindergärten und Kindergruppen.
- Förderung von Mehrsprachigkeit.

2.4 Jugendliche gestalten mit

Jugendliche haben ein großes Potential an Kreativität und Engagement, das für die Gesellschaft wichtig ist und die Stadt in ihrer Vielfalt und Offenheit bereichert. Durch die hohen Erwartungen der Erwachsenen, mit denen Jugendliche sich ständig konfrontiert sehen, kann dieses Potenzial nicht immer optimal genutzt werden. Das ist demotivierend und daher hinderlich für die freie Entwicklung und Entfaltung Jugendlicher. Grüne Stadtpolitik sieht das Potential der jungen StadtbewohnerInnen und erkennt es als Bereicherung für die ganze Stadt an. Der Prozess des Heranwachsens und der Entwicklung zu selbstbestimmten Menschen gehört daher unterstützt und gefördert. Das heißt aber auch, Jugendlichen Entscheidungskompetenz zuzutrauen und echte Mitsprachemöglichkeiten für sie zu schaffen. Denn eine kritische Zivilgesellschaft braucht auch eine aktive Jugendkultur, die ihre Bedürfnisse lebt und selbstbewusst ihre Meinung vertritt.

Mitbestimmen, Mitgestalten

Die Schule ist der Ort, in dem die Jugendlichen die meiste Zeit ihres Lebens verbringen. Deshalb sollten sie auch mitentscheiden dürfen, was an ihrer Schule vor sich geht. So kann Demokratie aktiv gelernt und gelebt sowie Zivilcourage und aktives Engagement unterstützt werden. Derzeit sind Schulen jedoch meist sehr hierarchisch strukturiert. Einrichtungen wie der Schulgemeinschaftsausschuss oder das Schulforum sind gegenwärtig höchstens als Alibieinrichtungen zu beurteilen.

Wiener Mut zum Mitbestimmen und Mitgestalten bedeutet:

- Aufwertung des Schulgemeinschaftsausschusses.
- Schulungsangebote für KlassensprecherInnen und SchülerInnenvertreterInnen abseits von Angeboten der Parteijugendorganisationen.
- Ausweitung der Kinder-, Jugend- und SchülerInnenparlamente (Anpassung an Beteiligungsart Jugendlicher: spontanes Engagement; Abbau der bürokratischen Natur; Unterstützung bei der Erarbeitung von Anträgen, die auch bearbeitet werden; Information über Ergebnisse).

Ausreichende Ressourcen für Bildungseinrichtungen

Auch die Schulen stehen vor stetig wachsenden Herausforderungen, die sie bewerkstelligen müssen: kulturelle und sprachliche Differenzen, unterschiedliche Lerntempi, Vorbereitung auf Berufsleben, Berücksichtigung von Genderaspekten usw. Die zunehmenden Einsparungen machen den PädagogInnen ihre Arbeit nicht leicht, doch die wirklichen Leidtragenden dabei sind die SchülerInnen. Übervolle Klassenzimmer und wachsender Leistungsdruck stehen einer optimalen Entwicklung und Förderung der individuellen Fähigkeiten im Weg.

Wiener Mut für eine Reform des Schulwesens bedeutet:

- Maximal 20 SchülerInnen pro Klasse.
- Massive Förderung von mehrsprachigem Unterricht.
- Jedes Kind soll bei Schulschluss zwei lebende Fremdsprachen beherrschen.
- Einführung der Gesamtschule.
- Ausbau der Ganztagschulen.
- Verstärkte Förderung geschlechtssensibler Pädagogik.
- Ausbau der Möglichkeiten für das kostenlose Nachholen von Bildungsabschlüssen (z. B. Hauptschulabschluss).

Öffentlicher Raum für Jugendliche

Auch außerhalb der Schule stoßen Jugendliche rasch an Grenzen, die ihre Entwicklungsmöglichkeiten einschränken. Anders als viele andere gesellschaftliche Gruppen haben sie in der Stadtpolitik keine starke Lobby, die sich für ihre Interessen einsetzt. Aber auch Jugendliche sollen in dieser Stadt ihren Platz haben. Eine Grüne Stadt will ihnen gesellschaftliche und politische Teilhabe aktiv ermöglichen und zu dieser motivieren, um die vorhandenen Grenzen durchbrechen zu können. Da der sozialen Kommunikation im Jugendalter große Bedeutung zukommt, müssen Orte geschaffen werden, die Jugendliche selbst gestalten und ihren Bedürfnissen entsprechend nutzen können. Die Senkung des Wahlalters in Wien auf 16 Jahre war eine wichtige und notwendige Maßnahme, weitere müssen folgen.

Wiener Mut zur Entfaltung der Kinder und Jugendlichen bedeutet:

- Aufwertung der Kinder- und Jugendanwaltschaft (Verstärkung der Ressourcen, Einbeziehung der entwickelten Expertisen in politische Arbeit, usw.).
- Stärkung der Jugendparlamente.
- Einbeziehung von Jugendlichen bei der Planung konkreter

Projekte (Jugendzentren, Park- und Spielplatzgestaltung, Verkehrsplanung, usw.).

- Jugendtreffs in allen Bezirken.
- Mehrfachnutzung und Zwischennutzung von Schulen, Firmencourtyards und Baulücken im Interesse von Jugendlichen
- Jugendgerechtes Planen und Bauen (Nutzung offener Freiräume für Jugendliche im Wohnbau, leistbarer Wohnraum für Jugendliche, die aus dem Elternhaus ausziehen, usw.).
- Spezifische Parkbetreuung sowie interessenbezogene Sportförderung für Mädchen und junge Frauen.

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen ist stark im Steigen begriffen. Jugendlichen muss daher der Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht werden (siehe auch Kap. Wiener Mut zur Grundsicherung und Beschäftigung)

Wiener Mut zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bedeutet:

- Förderung von Schulabschlüssen für Jugendliche, die Schule abgebrochen haben – besondere Berücksichtigung von jugendlichen MigrantInnen
- Einrichtung eines Lehrlingsfonds nach Vorarlberger Vorbild
- Ausweitung bestehender Arbeitsmarktprojekte für Jugendliche
- Einrichtung von Produktionsschulen (nach dänischem und Linzer Vorbild)
- Schaffung von Ausbildungs-Pools und Lehrwerkstättenverbänden
- Maßnahmen gegen die frühe geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation: Mädchenförderung in nichttraditionellen Berufen

2.5 Älterwerden, Altsein in Wien

„Altern in Würde“ ist das programmatische Leitmotiv der Altenpolitik der Wiener Grünen. Alter bedeutet sehr oft: Verlust der Mobilität durch physische und psychische Barrieren, Vereinsamung, Isolation, Altersheim. Dieses Defizit-Modell des hilflosen und entmündigten alten Menschen ist zu überwinden, ein Altern in Würde ist anzustreben. Mittlerweile sind über 20 Prozent der österreichischen Gesamtbevölkerung über 60 Jahre alt, ein Anteil, der in den nächsten Jahrzehnten weiter ansteigen wird. Umso wichtiger ist es, die Interessen und Bedürfnisse älterer Menschen künftig in allen Politikbereichen zu berücksichtigen, um allen Menschen ein Altern in Würde zu ermöglichen. Die Skandale in Wiener Pflegeheimen zeigen jedoch einmal mehr die niedrige Position, die älteren und vor allem pflegebedürftigen alten Menschen in der Wiener Stadtpolitik eingeräumt wird. Zentrale Forderung Grüner Politik ist es daher, die Teilhabechancen älterer Menschen an der Gesellschaft auszubauen und ihnen das Recht auf ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben einzuräumen. Dazu gehören faire Bedingungen am Arbeitsmarkt, ein gerechtes Pensionssystem, barrierefreie Wohnmöglichkeiten, Mobilität in der Stadt, Einbindung in die Gesellschaft. Der Zugang zu öffentlichen Institutionen in den Bereichen Kultur, Kunst, Politik, Freizeit, Sport und Soziales muss für ältere Menschen erweitert und vor allem erleichtert werden, um ihnen eine eigenständige und eigenverantwortliche Lebensgestaltung zu ermöglichen. In Wien müssen dafür allerdings erst die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Wohnen und Mobilität

Wie und wo ein Mensch wohnt, von der Ausstattung, der Lage und Erreichbarkeit bis zu den Kosten, gewinnt mit zunehmendem Alter an Bedeutung. Die Wohnung wird neben Gesundheit, Einkommen und sozialer Einbindung zu den wesentlichsten Faktoren des Wohlbefindens und im Alter immer mehr zum Lebensmittelpunkt. Die Wohnsituation ist häufig entscheidend für den weiteren Lebensweg in Wien. Der Anteil der allein lebenden Menschen der Generation 60+ ist mit über 50 Prozent beträchtlich. Die Gefahr von Unfällen im Haushalt und in der Wohnumgebung ist groß. Trotzdem wollen Menschen verständlicherweise auch in fortgeschrittenem Alter häufig in ihrer vertrauten Wohnumgebung bleiben, werden aber durch nicht altengerechte Wohnbedingungen und mangelnde soziale Kontakte gezwungen, in PensionistInnen- und Pflegewohnheime zu übersiedeln, selbst wenn sie eigentlich weder hilfs- noch pflegebedürftig sind. Zahlreiche Defizite in der Wiener Wohnbau- und Altenpolitik begünstigen diese Entwicklung, statt ihr entgegen zu wirken. Die Wiener Grünen fordern ein Umdenken in der Stadtpolitik.

Wiener Mut zur Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation älterer Menschen bedeutet:

- Finanzielle Förderung für eine altengerechte Adaptierung bestehender Wohnungen.
- Ausbau der mobilen Hilfs- und Pflegedienste, um selbstbestimmtes Wohnen im Alter zu ermöglichen.
- Gesetzliche Regelungen zur Sicherung von Barrierefreiheit und Altengerechtigkeit für alle Wohnbaubereiche (kommunaler Wohnbau, Genossenschaftswohnbau und privater Wohnbau).
- Entwicklung und Förderung von neuen Wohnformen für ältere und alte Menschen: SeniorInnen-Wohngemeinschaften, betreutes Wohnen, integriertes Wohnen (verschiedene BewohnerInnengruppen in einer fußläufigen Versorgungsanlage), selbst organisierte Alten-Wohnprojekte, Mehrgenerationen-Wohnen sowie längerfristige Übergangsangebote zur Nutzung von Wohnmöglichkeiten in den bestehenden Häusern des Kuratoriums Wiener Pensionistenwohnhäuser.

Kulturelle Teilhabe durch verstärkte Mobilität

Auch ältere Menschen haben in ihrem Leben einen Anspruch auf kulturelle Teilhabe. Dies muss nicht nur im kulturellen Angebot berücksichtigt werden, sondern erfordert auch einen stärkeren Fokus auf die Bedürfnisse älterer Menschen in der Verkehrsplanung. Die zahlreichen Barrieren auf der Straße und bei den öffentlichen Verkehrsmitteln schränken die Mobilität ein und verhindern so eine aktive, selbstbestimmte und unabhängige Teilhabe am kulturellen gesellschaftlichen Leben.

Wiener Mut für ältere Menschen bedeutet:

- Erlebnisraum Natur in die dichtverbaute Stadt hereinholen (siehe auch Kap. Wiener Mut für ein grünes und nachhaltiges Wien)
- Entwicklung inspirierter Kunstvermittlungsmodele für ältere Menschen und entsprechende finanzielle, personelle und organisatorische Ressourcen als Teil der Förderungsmaßnahmen
- Besondere Förderung bereits vorhandener Einrichtungen wie das Wiener SeniorInnenzentrum u. a.

Individuelle Betreuung statt kollektiver Medikalisierung

Der wachsende Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung Wiens bringt künftig neue Herausforderungen im Gesundheits-, Sozial- und vor allem Pflegebereich sowie einen erhöhten

Finanzbedarf mit sich. Die Stadtregierung ist aber bereits mit der derzeitigen Situation überfordert. Während ein großer Teil der Pflegeleistungen immer noch privat und durch unbezahlte Angehörigenarbeit – meist von Frauen – erbracht wird, stiehlt sich die Stadt Wien aus ihrer Verantwortung. Fehlendes Pflegepersonal, desaströse Zustände in Pflegeeinrichtungen, überholte Großheime sowie ein unüberschaubares Chaos von Über-, Unter- und Fehlversorgung machen ein menschenwürdiges Leben in derartigen Einrichtungen vielfach unmöglich. Die Devise „Warm, satt und sauber“ scheint immer noch gängige Praxis des täglichen Betreuungskonzeptes zu sein. Den alten und hochbetagten Wienerinnen und Wienern beschert sie ein ereignisloses Warten auf den Tod. Dabei verfügt Wien über ein großes Angebot an öffentlichen Wohn- und Pflegeheimplätzen – allerdings mit veralteten Konzepten. Etwa zwei Drittel der jetzigen PflegeheimbewohnerInnen benötigen keine medizinisch dominierten Strukturen, wie sie momentan vorherrschen, sondern eine wohnungsähnliche Umgebung mit Rund-um-die-Uhr-Betreuung. Grünes Ziel ist es, ältere Menschen so lange wie möglich und unter Selbstbestimmung zu Hause zu betreiben. Wo Heimaufenthalte unumgänglich werden, dann so nah wie möglich im bisherigen Lebensraum.

Wiener Mut zur individuellen Betreuung älterer Menschen bedeutet:

- Schrittweise Schließung von Großpflegeheimen und sofortige Reduktion der Neuaufnahmen. Stattdessen Aufnahme oder Übersiedlung in die Pflegewohnungen des Kuratoriums Wiener Pensionistenwohnhäuser (KWP).
- Leistungsangebot im Langzeitbetreuungsbereich an Bedürfnisse der BewohnerInnen anpassen, um Unter-, Über- und Fehlversorgung zu verhindern. Ausbau von lebensqualitätsbildenden Angeboten und Entmedikalisierung der SeniorInnenbetreuung.
- Ausbau der sozialen Dienste: flexible Tages-, Kurzzeit- und Übergangspflege, bezahlte Nacht- und Wochenendbetreuung, Hauskrankenpflege, Essen auf Rädern.
- Soziale Verantwortung und wachsame Beobachtung bei der Ausgliederung und Privatisierung vom Fonds Soziales Wien, damit die Interessen der alten Menschen gewahrt werden.
- Herabsetzung der Kostenbeiträge für ambulante Dienste für sozial Bedürftige.
- Errichtung eines oder mehrerer Sonderkrankenhäuser für Geriatrie zur Betreuung der wirklich Bettlägerigen.
- Öffnung der „Häuser zum Leben“ für in Wien lebende Zuwanderer/Zuwanderinnen sowie für ständig Pflegebedürftige.
- Forcierter Ausbau der Barrierefreiheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Faire Bedingungen am Arbeitsmarkt

Auf dem Arbeitsmarkt beginnt spätestens ab dem 50. Lebensjahr, vielfach aber auch schon deutlich früher, eine Diskriminierung älterer ArbeitnehmerInnen, die häufig zu Langzeitarbeitslosigkeit führt. Gleichzeitig wird das Pensionsantrittsalter konsequent erhöht – eine Maßnahme, die nicht nur arbeitsmarktpolitisch als Unsinn zu beurteilen ist, sondern auch weitreichende soziale und ökonomische Probleme für die Betroffenen hervorbringt. GRÜNE Arbeitsmarktpolitik fordert daher neue Konzepte, um auf die sich wandelnden Bedingungen zu reagieren. Ziel dabei ist es, faire Bedingungen für ältere ArbeitnehmerInnen zu schaffen, statt sie – wie heute – als überalterten Ballast abzustempeln und aus dem Erwerbsleben zu verdrängen. Einkommenssicherung, die Förderung von lebensbegleitendem Lernen und die Möglichkeit zur Freiwilligenarbeit können als zentrale Eckpunkte benannt werden.

Wiener Mut für faire Bedingungen älterer Menschen am Arbeitsmarkt bedeutet:

- Einkommenssicherung: Die Pensionsreform und die -harmonisierung haben den Sozialabbau weiter vorangetrieben. Vor allem Frauen sind von den Kürzungen massiv betroffen. Wir fordern die Umsetzung der Grünen Grundsicherung, die der Armut im Alter entgegenwirkt und im Rahmen des bisherigen Pensionssystems finanzierbar ist.
- Lebensbegleitendes Lernen: Vor allem ältere ArbeitnehmerInnen müssen zur Weiterbildung im Sinne eines lebensbegleitenden Lernens animiert werden. Dies fördert sowohl ihre Aktivität als auch ihre Kompetenzen. Die Stadt Wien muss ihrerseits dafür Maßnahmen und Modelle entwickeln, die auch in der Arbeitspraxis anwendbar sind.
- Ombudsstelle für ältere ArbeitnehmerInnen: In Wien ist eine unabhängige und mit Kompetenzen ausgestattete Ombudsstelle für ältere ArbeitnehmerInnen zu schaffen, z. B. im Rahmen des WAFF (Wiener ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer Förderungsfonds). Der WAFF hat außerdem speziell auf ältere ArbeitnehmerInnen ausgerichtete Programme zur Arbeitsbeschaffung zu entwickeln und anzubieten, wobei vor allem Frauen zu berücksichtigen sind.
- Aber auch abseits der Erwerbsarbeit, etwa im Bereich der ehrenamtlichen Tätigkeit oder Freiwilligenarbeit, müssen Konzepte zur Beschäftigung älterer Menschen entwickelt werden. Allerdings dürfen diese Tätigkeiten nicht zu einem Rückzug der öffentlichen Hand aus den jeweiligen Arbeitsfeldern führen.

2.6 Lesben, Schwule, Bis und TransGenders

Vielfalt ist die Stärke einer offenen Gesellschaft und ein Grünes Selbstbekenntnis. Wir wollen eine Stadt, in der frei entschieden werden kann, wer wen liebt bzw. wer mit wem zusammenleben möchte. Ein Grundrecht, auf das jeder Mensch ohne Angst vor Verachtung, Benachteiligung oder Einschränkung unbedingten Anspruch hat. Homophobie muss daher auf allen Ebenen bekämpft werden, um ein gesellschaftliches Umdenken zu fördern und diskriminierende Übergriffe zu stoppen. Wir wollen eine offene Stadt, die für **alle** BewohnerInnen lebenswert ist und allen Menschen ihr Recht auf ein selbstbestimmtes Leben einräumt. Die Stadt Wien könnte hier aktiv deutliche Signale setzen, übt sich momentan aber weitgehend in Zurückhaltung. Grüne Menschenrechtspolitik fordert klare Maßnahmen ohne Kompromisse.

Zippen und heiraten für Alle

Trotz internationaler positiver Beispiele gibt es in Österreich immer noch kein Modell, das gleichgeschlechtlichen PartnerInnenenschaften die selben Rechte und Pflichten einräumt wie allen anderen Paaren auch. Deshalb fordern wir die Wiener Ehe für lesbische und schwule Paare. Dadurch erhalten die jeweiligen Paare die Anerkennung in allen Bereichen, die in der Gemeinde- oder Landeskompetenz der Stadt Wien liegen, und die Möglichkeit, ihre Liebe auch offiziell zu feiern. Außerdem fordern die Grünen einen so genannten Zivilpakt (Zip), der Menschen in einer PartnerInnenenschaft, die nicht heiraten wollen, gewisse rechtliche Ansprüche gewährt. Derzeit gibt es bei Lebensgemeinschaften kaum Rechtssicherheit. Bei einer Trennung etwa bleibt eine Fülle von Fragen offen. Mit dem Zivilpakt soll sich das ändern (Erb-

schafts- und Schenkungssteuerrecht usw.). Der Zip soll, wie auch die Ehe, am Standesamt eingetragen werden. Er gilt für hetero- und homosexuelle Paare, ist leichter aufzulösen als eine Ehe. Parallel dazu fordern die Grünen auch die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare.

Gesicherte Förderung von Kulturinitiativen und Beratungsstellen für LBSTs

Kulturinitiativen und Beratungsstellen von und für Lesben, Schwule, Bis und TransGenders (LBST), die ohnehin bereits praktisch ohne finanzielle Förderungen arbeiten, müssen jedes Jahr aufs Neue um ihre Existenz bangen und um ihre Fördermittel kämpfen. Professionelles Arbeiten braucht aber langfristige Planungen. Dies wird durch die jährliche Zitterpartie um die Vergabe der Mittel nahezu unmöglich. Wir fordern eine angemessene finanzielle Förderung von Kulturinitiativen und Beratungsstellen von und für LBSTs, etwa durch langfristige Subventionen, wie dies auch bei Frauen- und MigrantInnenvereinen praktiziert wird.

Anlaufstelle für Jugendliche

Trans-, bi- und homosexuelle Jugendliche finden in Wien kaum eine niederschwellige Anlaufstelle, um ihre Probleme rund um ein Coming Out ohne Angst vor Bloßstellung vor Angehörigen und FreundInnen zu besprechen. Bislang finden sich auf der Ebene der Jugendarbeit, Jugendzentren oder Schulen kaum Aufklärungsbroschüren oder gar Anlaufstellen.

Wiener Mut für trans-, bi- und homosexuelle Jugendliche bedeutet:

- Betreute Jugend-Wohngemeinschaften für betroffene Jugendliche, ähnlich dem Projekt „gleich und gleich“ in Berlin.
- Verstärktes niederschwelliges Angebot in den Jugendzentren.
- Sensibilisierungsmaßnahmen für JugendbetreuerInnen der Stadt Wien sowie von Familien-, Jugend- und Eheberatungsstellen.
- Coming Out-Ratgeber in allen Schulbibliotheken.

Wiener Paket gegen Homophobie

Homophobie ist weit verbreitet. Dennoch wird öffentlich darüber kaum diskutiert. Anlaufstellen, bei denen homophobe Übergriffe gemeldet werden können, existieren kaum. Homophobie gilt als Kavaliersdelikt, wodurch ein Umdenkprozess innerhalb der Bevölkerung erschwert wird. Das Interesse der Stadt Wien an Lösungsansätzen hält sich in Grenzen. Mit dem Wiener Paket gegen Homophobie fordern wir ein aktives Bekenntnis der Stadt Wien zur gleichberechtigten Teilhabe und gegen Diskriminierung.

Wiener Mut gegen Homophobie umfasst folgende Maßnahmen:

- Kampagne der Stadt Wien gegen Homophobie.
- Informationsmaterial und Aufklärungsbücher in Schulen.
- Gezielte Maßnahmen in Jugendzentren und -einrichtungen der Stadt Wien.
- Homophobie-Hotline: (anonyme) Meldestelle für Opfer homophober Äußerungen und Übergriffe, Veröffentlichung der Meldungen (ähnlich dem „Rassismus-Report“)

Historische Verantwortung übernehmen

Homosexuelle Opfer des NS-Regimes gelten immer noch als „Opfer zweiter Klasse“. Homosexualität stand bis 1971 in Österreich unter Strafe. Die Berücksichtigung im Opferfürsorgegesetz erfolgt erst jetzt. Viel zu spät, nachdem die Grünen zehn Jahre lang eine solche Gesetzesänderung verlangt hatten. Ein von den Grünen lang gefordertes und nunmehr von der Stadt Wien geplantes Mahnmahl in Erinnerung an lesbische, schwule und

transgender Opfer des NS-Regimes wird jedoch in Zukunft ein Zeichen gegen Homophobie und Terror setzen. Dieses Mahnmal soll nicht nur seiner historischen Verantwortung gerecht werden, sondern auch als Signal gegen Homophobie für alle Zeiten verstanden werden.

Erleichterte Namensänderung für TransGenders

Das Personenstands- und Namenrechtsgesetz erschwert TransGender-Frauen und -Männern ein Leben in ihrem gefühlten Geschlecht. Nach wie vor dürfen sich Menschen erst nach einer geschlechtsanpassenden Operation einen eindeutigen Namen zulegen. Die Stadt Wien könnte dies mittels Weisung ändern. Es obliegt der Stadtregierung, klar zu stellen, dass mit dem Geschlecht nicht das vordergründig biologische, sondern das gefühlte gemeint ist. Somit kann eine der vielen administrativen Schwierigkeiten für TransGenders auf dem Weg ins Identifikationsgeschlecht erleichtert werden.

2.7 Wien als internationale Stadt

Die Globalisierung von Wirtschaft, Waren und Kapital macht auch Migration mehr denn je zur Selbstverständlichkeit. Durch die geopolitische Lage im Herzen Europas und der EU übt Wien auf viele Menschen zusätzlich eine starke Anziehungskraft aus. Diese erfreuliche Tatsache steht in Einklang mit der Wiener Tradition. Bereits zur Zeit der Donaumonarchie war Wien von Sprachenvielfalt, Multikulturalität und wirtschaftlichem Erfolg gekennzeichnet und fand zu einer kulturellen Hochblüte. Die Erweiterung der EU hat Wien noch weiter ins geographische Zentrum Europas gerückt und der Stadt eine wichtige Brückenfunktion eröffnet. Dieser Rolle muss die Stadtpolitik professionell und mutig gerecht werden. Zentral für ein weltoffenes Klima in der Stadt ist der gegenseitige Respekt von unterschiedlichen Kulturen, Lebensformen und Lebensstilen, aber auch Rahmenbedingungen, die eine Begegnung auf gleicher Augenhöhe ermöglichen, sprich Gleichbehandlung. MigrantInnen stehen in Wien aber immer häufiger rassistischen Übergriffen gegenüber und sind mit ökonomischer und sozialer Ungleichheit und hohen Arbeitslosenraten konfrontiert. Der grüne Standpunkt ist hier eindeutig und in der Wiener Parteienlandschaft einzigartig: Grüne Integrationspolitik gibt jedem Menschen, egal woher er oder sie kommt, die Möglichkeit, den eigenen Platz in der Stadt zu finden und sich frei und den eigenen Vorstellungen entsprechend zu entfalten. Grüne Integrationspolitik steht für ein Wien, in dem die verschiedenen Alltagskulturen, ohne Konflikte zu leugnen, solidarisch und gleichberechtigt Tür an Tür leben können und eine gemeinsame Zukunft gestalten. Das beinhaltet ein kompromissloses Engagement für gleiche Rechte, Mitbestimmung aller BürgerInnen (nicht nur von StaatsbürgerInnen), Vielfalt in der Kulturpolitik, Mehrsprachigkeit und die konsequente Bekämpfung jeglicher rassistischer Diskriminierung.

Gesellschaftliche Integration – Gleichberechtigte Teilhabe von MigrantInnen

In Wien hat es in den letzten Jahren durchaus positive Ansätze zur Integration von MigrantInnen gegeben, zum Beispiel durch die Gründung der Magistratsabteilung 17 für Integrations- und Diversitätspolitik oder die Verabschiedung des Wiener Antidiskriminierungsgesetzes und der Antidiskriminierungsnovelle. Allerdings gibt es weiterhin großen Handlungsbedarf:

Förderung von Mehrsprachigkeit

Um die durch Migration vorhandene Sprachenvielfalt in Wien zu nutzen und Mehrsprachigkeit von allen Wiener Kindern zu fördern, ist sowohl im Kindergarten als auch in der Schule das mehrsprachige Angebot massiv auszubauen. Für die sprachliche Entwicklung ist insbesondere auch der Zugang zur Muttersprache notwendig. Muttersprachliche FachpädagogInnen sind verstärkt auszubilden und in den Betreuungs- und Bildungseinrichtungen einzusetzen.

Partizipationsmöglichkeiten für MigrantInnen gewährleisten

Die aktive Partizipation durch das kommunale Wahlrecht wird Nicht-EU-BürgerInnen nach wie vor nicht gewährt. Nach der Aufhebung des kommunalen Wahlrechts für MigrantInnen auf Bezirksebene durch den Verfassungsgerichtshof sind die Verantwortlichen der Stadt Wien in eine unverständliche Lethargie verfallen. Im Gegensatz dazu sind die Grünen aktiv. Anträge auf Verfassungsänderung, um MigrantInnen politische Mitbestimmungsrechte zu ermöglichen, werden seit 2002 im Nationalrat eingebracht. Auch aktuell ist ein solcher im parlamentarischen Verfassungsausschuss anhängig, durch dessen Beschluss das MigrantInnenwahlrecht auf Bezirks- und Gemeinde(Landes-)ebene in Wien ermöglicht würde.

Insgesamt ist die Politik der SPÖ in Bezug auf die Einbeziehung von MigrantInnen in das gesellschaftliche und politische Leben in höchstem Maße widersprüchlich und inkonsequent. Denn MigrantInnen-Vereinen und Initiativen (wie z. B. dem Jugendverein „Echo“), die für die kommunale und kulturelle Teilhabe große Bedeutung haben, werden Subventionen gestrichen und dadurch ihre Arbeit massiv erschwert. Wir fordern daher die finanzielle Absicherung von MigrantInnen-Vereinen.

Zugang zu Gemeindewohnungen und PensionistInnenwohnhäusern

Der Zugang zu Gemeindewohnungen und PensionistInnenwohnhäusern ist Nicht-EU-BürgerInnen verwehrt, obwohl auch sie hier leben und Steuern zahlen. Dabei bestünde hoher Bedarf. Gerade MigrantInnen gehören nach wie vor in hohem Maße zur Gruppe von niedrigen EinkommensbezieherInnen. Wir fordern Zugang zu Gemeindewohnungen und PensionistInnenwohnhäusern für alle sozial Bedürftigen unabhängig von ihrer StaatsbürgerInnenenschaft.

Gleichstellung bei allen sozialen Leistungen der Stadt Wien

MigrantInnen und österreichische StaatsbürgerInnen müssen künftig beim Zugang zur Sozialhilfe gleichgestellt werden. Alle Menschen, die in Wien leben, müssen – ungeachtet ihrer StaatsbürgerInnenenschaft – individuellen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe haben (siehe Kap. Wiener Mut zur Grundsicherung und Beschäftigung).

Einbürgerungsoffensive

Die Einbürgerung stellt in Österreich noch immer die Grundvoraussetzung für Wahlrecht und vollständige Teilhabe dar, sie ist jedoch mit enorm hohen Kosten verbunden. Wien liegt bei den Kosten im Bundesländervergleich an der Spitze, Österreich im EU-Vergleich ebenfalls. Viele MigrantInnen, die grundsätzlich Anspruch oder sehr gute Aussichten auf Einbürgerung hätten, machen davon aus finanziellen Gründen und aus Informationsmangel keinen Gebrauch. Die MA 61, zuständig für Einbürgerungen, ist überlastet.

Wiener Mut für eine Einbürgerungsoffensive bedeutet:

- Aufstockung des Personals der MA61 (vermehrt mit Menschen mit Migrationshintergrund).
- Einkommensabhängige Landesgebühr bei Einbürgerung;

Schaffung eines Einbürgerungsfonds zur Unterstützung mehrköpfiger, finanzschwacher Familien bei den Gesamtgebühren (abgestuft bis zur Erlassung des Gesamtbetrages).

- Informationskampagne der Stadt Wien zur Ermunterung der Antragstellung für die Einbürgerung.
- Bei Deutschschwierigkeiten soll ein Kursplatz sichergestellt werden, um die Einbürgerung zu erleichtern (Kurse als Förderung, nicht als Strafe).
- Initiative der Stadt Wien in Richtung Bund: Wartezeit bei Einbürgerung soll von 10 auf 5 Jahre reduziert werden.

Soziokulturelle Stadtteilentwicklung für benachteiligte Viertel

Die Konzentration von MigrantInnen in Gründerzeitbezirken und -vierteln hat mit dem jahrelangen Ausschluss von AusländerInnen vom sozialen Wohnbau zu tun. Durch ihr niedriges Einkommen sind viele MigrantInnenfamilien gezwungen, billige, in schlechtem Zustand befindliche Wohnungen auf dem freien Markt zu mieten. Zur Aufwertung benachteiligter Viertel schlagen die Grünen ein Drei-Säulen-Modell mit Sockelsanierung, erweiterter Gebietsbetreuung und gezielter Förderpolitik vor. Soziale Wohnbaupolitik und Integrationspolitik greifen ineinander, wodurch aus benachteiligten Vierteln „Chancenviertel“ mit kultureller Vielfalt entstehen.

Wiener Mut zur Aufwertung benachteiligter Viertel bedeutet:

- MigrantInnen-Communities sind zumeist erste Anlauf- und Unterstützungsstellen für neu ankommende MigrantInnen. Sie können für die soziale und Arbeitsmarktintegration ihrer Mitglieder Wesentliches leisten. Daher fordern wir die Unterstützung der Arbeit und der Projekte von MigrantInnenvereinen – im Sinne einer bedarfsorientierten, längerfristigen Integrationsarbeit durch die Stadt Wien.
- Die neue Magistratsabteilung 17 für Integrations- und Diversitätspolitik soll für die Umsetzung des Community-Aufbau- und Unterstützungsprogramms verantwortlich sein und gemeinsam mit Community-Vereinen Projekte für Teilhabe von MigrantInnen an der Stadt und der Gemeindepolitik und Selbstermächtigung von Communities entwickeln bzw. diese fördern.
- Die Wiener Verwaltung soll die Wiener Bevölkerung widerspiegeln: Zur Steigerung der interkulturellen Kompetenz und zur Sichtbarmachung von MigrantInnen auch im Gemeindedienst soll eine gezielte Anwerbung von MigrantInnen erfolgen. Die MA 17 wäre die geeignete Stelle, Jahrespläne mit Zielvorgaben und Monitoring der Zielerreichung zu diesem Zweck zu entwickeln und zu evaluieren.
- Ausbau der Sozialarbeit vor Ort: Noch nicht lange niedergelassene Migrantinnen sind häufig nicht erwerbstätig und daher hauptsächlich in ihrer unmittelbaren Lebensumgebung zu erreichen. Mehrsprachige Teams sollen die Frauen dort aufsuchen, wo sie sich zumeist aufhalten (am Markt, beim Einkaufen, im Park, im Gebetshaus usw.) und Angebote je nach Bedarf an Integrationsmaßnahmen entwickeln bzw. über diese informieren.

Selbstbewusstsein von MigrantInnen stärken

Immer wieder entstehen Diskussionen über ein so genanntes Kopftuchverbot. Die Grüne Position dazu ist eindeutig: die individuelle Entscheidung ohne Druck oder Zwang, ein Kopftuch zu tragen, ist ebenso zulässig wie das Tragen eines Kreuzifix, Turbans, einer Kippa oder vergleichbarem. Das Tragen von religiös motivierten Symbolen oder Kleidungsstücken ist als persönliche Entscheidung jedes Menschen zu respektieren. Dies gilt auch für

Gemeindebedienstete und LehrerInnen. Abzulehnen und unzulässig ist jedoch jede Art der (offiziellen oder inoffiziellen) Indoktrination. Wichtig ist die Stärkung des Selbstbewusstseins von Migrantinnen, um ihnen die freie Entscheidung überhaupt zu ermöglichen und ein gleichberechtigtes Leben von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft sicher zu stellen. Dazu bedarf es gleicher Chancen und gleichen Zugangs von Migrantinnen zu Ausbildungen, Berufen und gesellschaftlichen Ressourcen.

Schutz vor Verfolgung

Die Betreuung von AsylwerberInnen ist mittlerweile Aufgabe der Länder. Die Landesleitstelle Wien ist innerhalb des Fonds Soziales Wien eingerichtet. Ein eigenes Grundversorgungsgesetz soll die EU-Richtlinie zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylwerbenden erfüllen. Allerdings ist darin kein Rechtsanspruch festgeschrieben, obwohl die EU-Richtlinie dies vorsieht.

Wiener Mut zum Schutz vor Verfolgung bedeutet:

- Änderung des Grundversorgungsgesetzes mit Rechtsanspruch für Asylwerbende auf Grundversorgung.
- Ausbau der rechtlichen und psychologischen Betreuung, Wien als best-practice-Modell.

2.8 Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen

Ziel Grüner Politik ist es, Menschen mit Behinderungen ihr Recht auf selbstbestimmtes Leben sicher zu stellen. D. h. der Zugang zu allen Bereichen des täglichen Lebens ist zu gewährleisten. Insbesondere Barrieren, die im Bereich der Mobilität und zu bzw. in Gebäuden noch immer vorhanden sind, müssen beseitigt werden. Menschen mit körperlichen Behinderungen, Sinnesbehinderungen oder psychosozialen Problemen werden von der Gesellschaft und von gesetzlich fehlenden Bestimmungen in ihrer selbstbestimmten Lebensgestaltung nach wie vor diskriminiert. Dies führt zu Ausgrenzung und Isolation und nicht selten auch zu materieller Verarmung. Grüne Stadtpolitik enttabuisiert und thematisiert diese Probleme und sucht Lösungen, die den Betroffenen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und sie nicht aus dem gesellschaftlichen Leben ausgrenzen.

Barrierefreies Bauen und Mobilität

Voraussetzung für die gleichgestellte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist der barrierefreie Zugang zu und die Benutzbarkeit von öffentlichen Orten, Einrichtungen und der Zugang zu Veranstaltungen. Barrierefreie Architektur und Mobilität für Menschen mit Behinderungen müssen eine Selbstverständlichkeit im Stadtbild von Wien werden. Die derzeitigen Rahmenbedingungen grenzen Menschen mit Behinderung hingegen vielfach aus, drängen sie weiter in die Abhängigkeit von anderen Menschen. Die Nutzung eines barrierefreien öffentlichen Verkehrs ist ebenfalls sicher zu stellen.

Wiener Mut zur gleichgestellten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Menschen mit Behinderungen umfasst:

- Verpflichtendes barrierefreies Bauen bei allen Neubauten (dies hat auch für den Wohnbereich zu gelten).
- Maßnahmen zur Beseitigung von Barrieren bei Um- und Zubauten, z. B. Lokale, Geschäfte usw.
- Bis 2010 müssen alle baulichen Barrieren beseitigt sein.
- Öffentliche Verkehrsmittel: Umstellung auf Fahrzeuge mit barrierefreiem Zugang und Benutzbarkeit, barrierefreier Zugang

zu und Benutzbarkeit von allen Stationen öffentlicher Verkehrsmittel muss sicher gestellt werden.

- Verpflichtende Einbindung der Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen in die politische Gestaltung

Selbstbestimmte Wahl der Betreuungs- und Wohn-einrichtungen

Menschen mit Behinderungen müssen das Recht auf ihre selbstbestimmte Lebens-, Wohn- und Assistenzform haben. Das Angebot an individuellen, bedürfnisgerechten Dienstleistungen und die freie Wahlmöglichkeit der Assistenzform durch die Betroffenen ist sicher zu stellen.

Gleichgestellte Chancen auf dem Arbeitsmarkt

(Erwerbs-)Arbeit erfüllt unterschiedliche Funktionen für alle Menschen. Auch für viele Menschen mit Behinderungen ist Arbeit eine Notwendigkeit zur wirtschaftlichen Sicherstellung ihrer eigenen Existenz. Zusätzlich bietet sie auch die Möglichkeit für soziale Kontakte. Menschen mit Behinderungen sind von diesen Prozessen in vielen Bereichen weitgehend ausgeschlossen, da es für viele DienstgeberInnen noch immer attraktiver ist, sich zu Dumpingpreisen von der Einstellungspflicht von Menschen mit Behinderungen frei zu kaufen. Das Recht von Menschen mit Behinderungen, am ersten Arbeitsmarkt tätig sein zu können, ist sicher zu stellen.

Wiener Mut für Menschen mit Behinderungen bedeutet:

- Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen am ersten Arbeitsmarkt
- Erfüllung der Behinderteneinstellungspflicht nach dem Bundesbehinderteneinstellungsgesetz
- Sicherstellung der Arbeitsassistenz
- Unterstützungsmaßnahmen für ArbeitgeberInnen

Bildungsoffensive für Menschen mit Behinderungen

Die gleichgestellte Teilhabe im Bildungsbereich ist nach wie vor nicht gegeben. Dadurch ergibt sich eine eklatante Diskriminierung für Menschen mit Behinderungen. Vom Kindergarten bis zum universitären Abschluss muss ihre Integration sicher gestellt werden. Aus Grüner Sicht ist insbesondere eine Bildungsoffensive für Jugendliche und Erwachsene notwendig, die bereits im Kindergarten und in der Schule beginnt. Integration von Kindern mit Behinderungen in Kindergarten und Schule muss sichergestellt werden. Integration im Bildungsbereich darf nicht vom Engagement von Einzelpersonen abhängen, sondern muss zum Selbstverständnis werden. Die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen sind auch in finanzieller Hinsicht aufzubringen. Der Auf- und Ausbau von flächendeckenden integrativen Kindergärten, Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen ist die Grundvoraussetzung zur Verhinderung und Beseitigung von Diskriminierungen von Menschen mit Behinderungen.

Chancengleichheit für gehörlose Menschen

Gehörlose Menschen sind eine Sprachminderheit, gemeinsam ist ihnen die Gebärdensprache. Ihr Ziel ist es, selbstbewusst und selbstbestimmt zu leben. Eine besondere Problematik ergibt sich aus der Tatsache, dass gehörlose Menschen weder eine Ausbildung als KindergärtnerInnen noch als LehrerInnen machen können. Dies führt dazu, dass gehörlose Kinder bereits im Kindergarten nicht ihre Sprache sprechen können und in der Folge in der Schule ihre Bildung nicht in ihrer Sprache, nämlich in der Gebärdensprache, unterrichtet wird. In der allgemeinen LehrerInnen-Ausbildung

wird die österreichische Gebärdensprache an hörende LehrerInnen wenn überhaupt nur in geringem Ausmaß gelehrt. Das hat zur Folge, dass es kaum gebärdensprachkompetente Fachleute im Bildungssystem gibt und gehörlose Menschen daher nur selten höhere Bildung erwerben können. Diese Tatsache führt zu weiteren Benachteiligungen am Arbeitsmarkt. Wir wollen Chancengleichheit für gehörlose Menschen.

Wiener Mut für Chancengleichheit für gehörlose Menschen bedeutet:

- Gehörlosen Menschen soll eine Ausbildung als KindergärtnerInnen und LehrerInnen ermöglicht werden.
- Einrichtung von bilingualen Klassen

2.9 Kulturelle Vielfalt fördern

Kultur kann irritieren, provozieren und sich gesellschaftspolitisch engagieren. Grüne Kulturpolitik beobachtet deshalb gesellschaftliche Veränderungen, neue künstlerische Positionen und versteht Kunst und Kultur als einen Freiraum, der abseits von ökonomischen Interessen genutzt und finanziert werden muss. Sie fördert die Vielfalt, gibt auch kritischen Minderheitspositionen eine Stimme, setzt Schwerpunkte und bezieht Stellung. Sie beschränkt sich dabei nicht auf reine Geldvergabe, sondern versteht sich als Politik im umfassenden Sinn und eröffnet größeren Bevölkerungsschichten neue Zugänge zu Kultur.

Die Kulturlandschaft Wiens ist zur Zeit von einer großen Undurchlässigkeit und Unausgewogenheit gekennzeichnet. So erhalten 27 von insgesamt etwa 600 Institutionen jeweils mehr als 1 Mio. Euro und somit mehr als 70 Prozent des Budgets für Kunst und Kultur. Musik, Musiktheater und Sprechtheater erhalten zusammen über 60 Prozent der Gesamtförderungssumme, aktuelle künstlerische Herangehensweisen etwa in der Architektur, Netzkunst, Kunst im öffentlichen Raum, Installation, Design, Fotografie, Mode oder Performance erhalten pro Sparte Förderungen um rund 1 Prozent oder noch deutlich weniger. Eine Grüne Budgetverteilung setzt neue Schwerpunkte auf Basis eines Kulturentwicklungsplanes.

Ein Grüner Kulturentwicklungsplan für Wien

Künstlerische Produktion und Präsentation ist in Wien einer Vielzahl von bürokratischen Hürden ausgesetzt. Es bedarf hier der Vereinfachung rechtlicher Rahmenbedingungen. Zuständigkeiten bei spartenübergreifenden Angeboten und Förderungsansuchen müssen klar geregelt werden. Statt automatischer Fortschreibung bestimmter Großsubventionen unter Hinweis auf (schlecht überprüfbare) Umwegrentabilität sind inhaltliche Akzentuierungen und Schwerpunkte erforderlich. Verstärkte Stipendien und Startfinanzierungen für experimentelles und zeitgenössisches Kunstschaffen und die Förderung von Theoriebildung und Diskussionen zu zeitgenössischer Kunst und Kultur sind dazu wichtige Impulse.

Daher legt ein Grüner Kulturentwicklungsplan gemeinsam mit Kulturschaffenden fest, welche Schwerpunkte für Wien gesetzt werden sollen. In diesem Plan sollen nicht nur inhaltliche Ziele definiert werden, sondern auch konkrete Ableitungen für die Budgetgestaltung enthalten sein. Ein Teil dieses Kulturbudgets wird über Jurys und KuratorInnen verteilt. KuratorInnen erfüllen dabei im Gegensatz zu Jurys insbesondere die Aufgabe, eigene Schwerpunkte zu setzen und bestehende Lücken zu füllen. Ein Teil des Budgets bleibt der persönlichen Entscheidung des Stadt-

rates/der Stadträtin vorbehalten. DieseR hat die Verteilung dieser Mittel persönlich zu verantworten. So werden subjektive Entscheidungen transparent. Auch im Kulturbereich gibt ein starkes Ungleichgewicht bezüglich Männern und Frauen. Kunst und Kultur als Mittel der Selbstreflexion können Möglichkeiten geben, bestehende Geschlechterrollen in Frage zu stellen und zu durchbrechen, wozu es ein umfassendes Gender-Mainstreaming braucht.

Kultur in den Bezirken

Besonders in den Stadtteilen außerhalb des Gürtels müssen unter Ausnutzung vorhandener Einrichtungen wie Schulen, Städtische Büchereien, Volkshochschulen, Musikschulen, Bezirksmuseen multifunktionelle, dezentrale Stadtteil- und Kulturzentren geschaffen oder bestehende erweitert werden.

Durch die fast ausschließliche Förderung parteinaher Kulturvereine sind in vielen Bezirken die Kulturbudgets verplant. Statt dessen gilt es, interkulturelle Aktivitäten, die Förderung und Aktivierung von Jugendlichen und Angebote im Sinne des Gender Mainstreaming stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Der öffentliche Raum soll verstärkt thematisiert und für Kunst und Kultur zugänglich gemacht werden, um kulturelle Aktivitäten nicht ausschließlich „hinter verschlossenen Türen“ anzusiedeln. Und: Über die dezentralen Budgets soll jedeR einzelnE die Chance zu eigener kultureller Betätigung erhalten.

Internationale Vernetzung und Zusammenarbeit

Ein neues Verständnis der Stadt als Partnerin in einem internationalen Netzwerk verlangt nach verstärktem Austausch regionaler und internationaler Kunst und Kultur. Voraussetzung dafür sind Strukturen für einen nachhaltigen und selbstverständlichen Austausch in Kultur, Kunst, Bildung und Wissenschaft, vor allem mit Mittel- und Osteuropa.

Kultur in einer weltoffenen Stadt

Knapp ein Drittel der Wiener Bevölkerung hat einen anderen kulturellen/sprachlichen Hintergrund. Dieser große Anteil an der Wiener Bevölkerung muss im kulturellen Bereich stärker miteinbezogen und berücksichtigt werden.

Die Erstellung eines MigrantInnenkulturberichtes und eines interkulturellen Kulturkonzeptes sowie die verstärkte Förderung von Strukturen, von Kulturangeboten für einkommensschwache Gruppen, das Diversifizieren vorhandener Kulturräume und die Förderung fremdsprachiger Film- und Theateraufführungen, mehrsprachiger Ausstellungen und Aufführungen stellen als Teil der Grünen Perspektive eine Abkehr von der folkloristischen Abhandlung der Kultur von MigrantInnen dar.

Vereine, die sich auf internationalem Terrain darum kümmern, das Werk emigrierter KünstlerInnen zu erforschen, zu verbreiten und ins Bewusstsein zu rücken, werden von der Kulturpolitik nur unzureichend gefördert. Eine Aufwertung der Strukturförderung könnte die Aufrechterhaltung bestehender Institutionen ermöglichen und kontinuierliche Arbeit gewährleisten.

Mehr Räume für Kultur

Probe-, Aufführungs-, und Produktionsräume (Ateliers) stellen für alle freien Kulturschaffenden die wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung ihrer Programme/Projekte dar. Zur Entwicklung langfristiger Strategien und für notwendige aktuelle Anpassungen an das sich ständig verändernde Umfeld liefern ein Kulturstättenplan und die Einrichtung einer Koordinationsstelle für im Eigen-

tum der Stadt Wien stehende Gebäude unverzichtbare Hilfestellungen.

Inter- und Transdisziplinarität

Dem internationalen Trend hin zu inter- und transdisziplinärer künstlerischer Arbeit zwischen Tanz und neuen Medien, Musik und bildender Kunst, Kunst im Internet und Interventionskunst ist durch die Förderung von dezentralen Produktionsräumen Rechnung zu tragen. Es sollen dort Proberäume für Musik, Tanz und Theater ebenso zur Verfügung stehen wie hochqualitative Infrastruktur aus dem Bereich der Neuen Medien. Hier ist nicht nur Produktion, sondern auch theoretische Reflexion möglich: es gibt Ausstellungen neben Aufführungen von kleinen Produktionen Platz.

Zugang zu Kunst und Kultur und Kunstvermittlung

Die Kulturpolitik muss der sozialen und altersspezifischen Pluralität der Gesellschaft Rechnung tragen. Vermittlungsmaßnahmen sollen größeren Bevölkerungsschichten einen neuen Zugang eröffnen, die "Schwellenangst" verringern und zur Teilnahme motivieren. Finanzielle Gründe dürfen kein Hindernis für den Zugang zu Kultureinrichtungen, Konzerten oder Museen sein. Ein freier oder reduzierter Eintritt an bestimmten Tagen in Museen und Ausstellungen (Kino-Montag, Theater-Dienstag, Museums-Freitag), der von der Stadt Wien gefördert wird, ist ein notwendiger erster Schritt.

Um Kunst einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, bedarf es aber auch einer adäquaten Vermittlungsarbeit, die auch die unterschiedlichen sozialen Ausgangsbedingungen einbezieht. Anzustreben ist eine Verstärkung und Verbesserung der Kunstvermittlung in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenarbeit, insbesondere auch für Lehrlinge.

Künstlerische Ausbildung

Im Kunst-, Kultur- und Medienbereich entstehen neue Arbeits- und Berufsfelder, die neue Qualifikationen benötigen. Es braucht deshalb die Entwicklung von berufsadäquaten Ausbildungsformen und -einrichtungen (z.B. Management-Weiterbildung für Kulturinstitutionen, flexible Ausbildungsmodulare für elektronische Musik und zeitgenössischen Tanz) und die Förderung interdisziplinärer und flexibler Ausbildung, die den Anforderungen zeitgenössischer Entwicklungen gerecht werden kann.

Kreativ-/Musikschulen

Generell ist die Ausbildungssituation für Kinder im künstlerischen Bereich in Wien schlecht – hier müssen deutlich mehr Angebote, auch im Bereich der bildenden Kunst, geschaffen werden. Derzeit beschränkt sich die Ausbildung nur auf Hochbegabte. Die Grünen geben Kindern wie Erwachsenen die Möglichkeit zu musischer und künstlerischer Ausbildung in den Musikschulen und neu zu schaffenden "Kreativschulen".

Der Wiener Medienvielfaltsfonds

Um dem Trend der medialen Konzentration und Austrocknung intelligenter und kritischer kultureller Medien entgegenzuwirken, sollten Teile des Kulturförderbeitrags in den zu gründenden „Wiener Medienvielfaltsfonds“ eingebracht werden. Aus diesem können jene (kleinere) Medien unterstützt werden, die zur Vielfalt der Meinungsäußerung in Wien beitragen und vor allem kulturelle Inhalte transportieren. Dieser Medienvielfaltsfonds soll mit jährlich 1 Million Euro dotiert werden und in einer Struktur aus einem

unabhängigen mit ExpertInnen besetzten Kuratorium kontrolliert werden.

Theaterreform

Die Wiener Theaterreform ist ein dringend notwendiger Prozess, überholte Förderungsstrukturen bei der Freien Szene und den so genannten Klein- und Mittelbühnen aufzubrechen. Die Reform darf jedoch nicht auf dem Rücken der sozialen Situation der Theaterschaffenden ausgetragen werden. In spezifischen Bereichen, wie etwa dem des interkulturellen Theaters, fordern die Grünen eine verbesserte Entscheidungsstruktur unter Beiziehung von SpezialistInnen. Auch ohne die umgehende Einrichtung der Koproduktionshäuser würde ein zentraler Eckstein der Reform fehlen.

Filmförderung

Film kann sowohl regional als auch international den Zugang breiter Bevölkerungsschichten zu kulturellen Eigenarten und Differenzen ermöglichen. Wien muss sich dabei stärker als bisher als Filmstadt positionieren – sowohl nach innen wie auch nach außen. Hierfür sind jedoch eine Verstärkung der Förderung im Vermittlungsbereich, strukturierte Förderungsmaßnahmen von Ausbildung, Herstellung und Verwertung als auch eine Vernetzung und Zentralisierung im Archiv- und Datenbankbereich notwendig.

Neue Medienkunst

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) bieten vielfältigste neue Möglichkeiten von Produktion und Distribution. Durch zweckgebundene Budgetmittel für Kunstprojekte im Bereich Neuer Medien, verstärkter Breitband-Anbindung von Kulturprojekten, jährlicher Schwerpunktsetzung und der Förderung transdisziplinärer Zusammenarbeit im Bereich neuester Kommunikations- und Informationstechnologien von Kulturschaffenden kann sich Wien als moderne Stadt und Medienstandort etablieren.

Förderung von zeitgenössischen Musikformen

Musikförderung in Wien bedeutet zu einem großen Teil eine ersatzweise Wirtschafts- und Tourismusförderung. Dabei gibt es in Wien eine wachsende musikalische Szene, die in der internationalen Fachwelt als Wiener 'Marke' wahrgenommen wird. Forderungen: Förderung gemeinschaftlicher laborartiger Werkstattstrukturen mit breiter Internettechnologie und individueller Infrastruktur, Förderung von Events mit aktuellem Musikschaffen, Förderung eines Zentrums für Audio Art & Elektronische Musik.

Vereinigte Bühnen Wien

Das sozialdemokratische Wien schenkt dem bürgerlich-staatstragenden Publikum ein neues Opernhaus. Parallel wird das Ronacher um 45 Millionen Euro zu einem vollwertigen Musicaltheater umgebaut. Diese Umbaumaßnahmen sind aus Grüner Sicht nicht notwendig, womit eine Revidierung dieser Vorhaben gefordert wird. Weiters bedarf es einer Transparenz über kaufmännische Gebarung der Vereinigten Bühnen Wien und ihre Ausgabenstruktur.

Büchereien Wien

Die Errichtung neuer Büchereien wird von den Grünen grundsätzlich begrüßt. In Bezug auf die kundenunfreundlichen Öffnungszeiten und das geringe und nicht immer aktuelle Medienangebot braucht es jedoch weitere Optimierungen.

2.10 Sicherheit ist Lebensqualität

Sicherheit ist eine Voraussetzung für Lebensqualität und ein wichtiger Grund, um sich in einer Stadt wohl zu fühlen. Wien genießt nach wie vor einen hohen Sicherheitsstandard. Dieser wird aber im vergangenen Jahrzehnt sowohl durch den sukzessiven Abbau sozialer Standards als auch durch populistische Kriminalitätsdiskurse zunehmend in Frage gestellt. Während sich die öffentlichen sicherheitspolitischen Debatten auf ein paar ausgewählte Bereiche der Kriminalität – wie z. B. Drogenhandel, Terror, Schlepperwesen – konzentrieren, ist die Wahrscheinlichkeit für den/die BürgerIn, Opfer einer dieser Straftaten zu werden, ungleich geringer als das Risiko innerhalb des unmittelbaren Lebensumfeldes. Der Gewalt gegen Frauen und Kinder ebenso wie der Gewalt gegenüber Minderheiten (hier sind Flüchtlingsheime, MigrantInnen oder z. B. auch die LesbiSchwule Community häufig Zielscheiben von Gewalttaten) wird relativ wenig Augenmerk im Vergleich zu oben genannten Bereichen geschenkt. Zusätzlich nehmen in Folge der steigenden Bedrohung durch die organisierte Kriminalität und den internationalen Terror auch in Österreich im Rahmen sicherheitsbehördlicher Maßnahmen Eingriffe in die Grund- und BürgerInnenrechte zu. Diese Eingriffe können aber nicht nur Personen betreffen, die tatsächlich in strafbare Handlungen verstrickt sind, sondern auch unbescholtene BürgerInnen.

Aufgabe Grüner Sicherheitspolitik ist es, einen sinnvollen Ausgleich zwischen Maßnahmen zum Schutz der BürgerInnen vor Bedrohungen vor Kriminalität einerseits und der Wahrung der Menschenwürde und der Achtung der Grundrechte der BürgerInnen andererseits zu finden. Die Grünen begreifen Sicherheit für die Menschen als eine Grundlage für Demokratie und Frieden und treten als Garant für Stabilität und Rechtsstaatlichkeit ein. Sicherheit verstehen wir demnach in einem breiten sozialen und gesamtgesellschaftlichen Kontext. Ökonomische Stabilität, soziale und ökologische Sicherheit sind Grundvoraussetzung zur Vorbeugung gegen Kriminalität. Notwendige Sicherheitsmaßnahmen sind aus Sicht der Grünen nur auf Basis der Grund- und BürgerInnenrechte durchführbar.

Ökonomische und soziale Stabilität als Voraussetzung für innere Sicherheit

Investitionen in den Sozialstaat und eine nachhaltige und sozial gerechte Wirtschaftspolitik gehören zu einer der wichtigsten Voraussetzungen dafür, sich in Österreich sicher zu fühlen und sicher zu leben. (siehe Kap. Wiener Mut zur Grundsicherung und Beschäftigung).

Prävention vor Repression

Sicherheitspolitik und Gesundheit haben eines gemeinsam: Vorbeugen ist besser als Heilen! Posteneinsparungen in der Sicherheitswache Wiens missachten diesen Grundsatz. Gerade im Bereich der Sicherheit von Großstädten heißt die Devise nicht sparen, sondern neu investieren:

Wiener Mut für eine sichere Stadt bedeutet:

- Ausreichend verfügbares Personal in der Sicherheitsexekutive, um die Präventionsaufgaben auch wahrnehmen zu können.
- Öffnung der Polizei: Sonderaktion zur Aufnahme von Personen mit Migrationshintergrund und Förderpläne für Frauen im Polizeidienst.
- Investitionen in die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung der BeamtInnen.
- Gezielte Schulung und Spezialisierung von BeamtInnen, um

Gefährdungs- bzw. Selbstgefährdungspotenziale zu erkennen und dementsprechend handeln zu können.

- Programme zum Umgang mit anderen Kulturen sollten sowohl während der Ausbildung als auch als Fortbildung Pflicht sein.
- Einführung von Supervision im polizeilichen Alltag, Abbau von Überstunden, bessere Arbeitsbedingungen usw.

Einhaltung rechtsstaatlicher Standards

Organisierte Kriminalität und internationaler Terror können in bestimmten Bereichen neue Formen polizeilichen Handelns erforderlich machen. Es gilt vor allem, die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Sicherheitsbehörden im Bereich der grenzüberschreitenden Kriminalität und des Schutzes der Menschen vor Terror zu verbessern. Ein effizientes behördliches Handeln bedarf des notwendigen Austausches von Informationen und Daten. Ob TäterIn oder unschuldig Betroffene/r – rechtsstaatliche Standards wie demokratische und gerichtliche Kontrolle müssen dabei immer eingehalten werden. Aus Sicht der Grünen sind bei der Einräumung von Befugnissen an die Sicherheitsbehörden vor allem folgende Prinzipien zu wahren:

- **Verhältnismäßigkeit polizeilicher Befugnisse:** Zwischen den Befugnissen, die Polizei und Staatsanwaltschaft eingeräumt werden und dem Verbrechen, das aufgeklärt oder verhindert werden soll, muss ein angemessenes Verhältnis bestehen.
- **Grundrechtseingriffe nur bei sicherer Verdachtslage:** Nicht jede Verdachtslage einer Sicherheitsbehörde rechtfertigt einen Grundrechtseingriff. Es muss zumindest ein begründeter Verdacht, tatsächlich eine strafbare Handlung begangen zu haben, bestehen. So genannte Massen-Screenings (also die Abnahme von Mundhöhlenabstrichen von allen in einem bestimmten Gebiet lebenden männlichen BewohnerInnen, unabhängig von jeglicher Verdachtslage gegen sie) zur Aufklärung eines Sittlichkeitsverbrechens, wie sie in Deutschland bereits mehrfach durchgeführt wurden, sind daher abzulehnen.
- **Achtung der Unschuldsvermutung:** Bis zu einer strafgerichtlichen Verurteilung gilt jede/r Verdächtige als unschuldig. Dies gilt insbesondere für die Speicherung und Weitergabe personenbezogener Daten.
- **Sicherheitspolizei ist Kernaufgabe des Staates:** Die Übertragung hoheitlicher Befugnisse im Bereich der Sicherheitspolizei an private Sicherheitsunternehmen wird daher strikt abgelehnt.

3 Wiener Mut zur lernenden und forschenden Stadt

Im Zuge der wirtschaftlichen und technologischen Veränderungen der letzten 30 Jahre (Stichworte: Informations- und Kommunikationstechnologien, Übergang zu einer Wissensgesellschaft, Flexibilisierung der Produktionsweise) gewinnen Bildungs- und Lernprozesse im Bereich des Wirtschafts- und Arbeitslebens aber auch als Voraussetzung für Teilhabe am sozialen und politischen Leben, eine immer größere Bedeutung. Die soziale Frage des 21. Jahrhunderts und die Frage demokratischer und politischer Teilhabe werden wesentlich durch das Bildungsniveau entschieden!

Grüne Politik macht die Stadt als Ort, auch in ihrer räumlichen Vielfalt, zum Lernort. Wissen ist ein öffentliches Gut und muss für alle verfügbar sein. Möglichst viele Menschen sollen dafür gewonnen werden, den Lernort Stadt und die darin angebotenen Lernmöglichkeiten in allen Lebenslagen zu nutzen.

3.1 Kinder und Kindergarten

Der wissenschaftliche Diskurs in der Entwicklungspsychologie hat gezeigt, dass Kinder im Vorschulalter mehr als Betreuung im Sinne von Aufbewahrung brauchen. In dieser Lebensphase muss das soziale, emotionale und kognitive Entwicklungspotential der Kinder entsprechend unterstützt werden.

In der politischen Praxis haben sich diese Erkenntnisse bislang jedoch kaum niedergeschlagen. Maßnahmen in diesem Bereich orientieren sich kaum an den Bedürfnissen der Kinder und ihrem Lern- und Entwicklungspotential.

Die Grüne Perspektive hingegen sieht in den Kindern die Zukunft dieser Stadt und fordert daher ein Umdenken in der politischen Praxis. Kindern soll jener Stellenwert eingeräumt werden, den sie brauchen und verdienen. Der erste Schritt in diese Richtung liegt in der Verankerung der UN-Kinderrechtskonvention in der Stadt- und Landverfassung. Der zweite in ihrer Umsetzung.

Für Kinder spielt Betreuung und vor allem auch Förderung und Lernen eine wichtige Rolle. Diese müssen kindgerecht gestaltet sein. Deswegen muss der Kindergarten als Bildungseinrichtung wahrgenommen und anerkannt werden. Dieser wichtigen Funktion entsprechend müssen den Kindergärten ausreichende Mittel zugesprochen werden. Ohne entsprechende Ressourcen ist individuelle Förderung und an Spaß und Freude orientiertes Lernen nicht umsetzbar.

Neben den unmittelbaren Bedürfnissen der Kinder sind auch die Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, denen sich arbeitende Eltern im Berufsleben unterwerfen müssen. Grüne Politik versucht beide Perspektiven zu verbinden, um Kindern ein glückliches Aufwachsen und Eltern eine möglichst reibungslose Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen.

Kinderbetreuung

Unter den verschiedenen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder hat der Kindergarten eine besondere Rolle inne. Er ist für viele Eltern, die sich keine Tagesmütter/-väter oder kleinere Kindergruppen leisten können, aus finanziellen Gründen die erste Wahl unter den Betreuungseinrichtungen. Umso wichtiger ist es, ihn an den Bedürfnissen der Kinder auszurichten und dafür zu sorgen, dass sie sich frei entfalten und entwickeln können. Der Kindergarten ist jener Ort, wo viele Kinder ihre sozialen Fähigkeiten erlernen

und ausprobieren können. Er muss daher als Bildungseinrichtung anerkannt und entsprechend finanziert und organisiert sein. Neben dem Kindergarten müssen jedoch auch andere Betreuungsmöglichkeiten geschaffen bzw. verstärkt gefördert werden, damit Eltern die Betreuungsart den Bedürfnissen ihrer Kinder entsprechend wählen können. Wiener Mut für unsere Kinder heißt:

- Die Schaffung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Unter-3-Jährige.
- Anerkennung des Kindergartens als Bildungseinrichtung.
- Recht eines jeden Kindes auf einen Kindergartenplatz unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern.
- Herabsetzen der Kinderhöchstzahlen in Kindergärten.
- Sichere und transparente Finanzierung von Privatkindergärten und Kindergruppen.
- Leistbare Kinderbetreuung für alle.
- Möglichkeit zur bilingualen Erziehung durch muttersprachliche PädagogInnen.
- Sichergestellte Integration von Kindern mit Behinderung
- Ausbau der Betreuung durch Tagesmütter/-väter.

BetreuerInnen und PädagogInnen

Kinderbetreuung ist eine wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe. Kinder verbringen einen großen Teil ihres Lebens in außerfamiliären Betreuungssituationen und Bildungseinrichtungen. Um eine optimale Versorgung zu gewährleisten, muss eine ausreichende Zahl gut ausgebildeter und motivierter BetreuerInnen zur Verfügung stehen. Unverzichtbar sind hierfür geschulte PädagogInnen, deren tagtägliche Leistung anerkannt und ihrer Verantwortung entsprechend honoriert wird. Wiener Mut im Bereich der Betreuungsarbeit bedeutet:

- Supervision und Zeit für Aus- und Weiterbildung für KindergartenpädagogInnen.
- Ausbildung für HelferInnen: HelferInnen im Kindergarten werden längst nicht mehr ausschließlich für organisatorische und administrative Tätigkeiten eingesetzt. Sie sind als Unterstützung der PädagogInnen auch für die Kinderbetreuung unkömmlich. Daher ist für sie eine entsprechende Ausbildung zu verankern.
- Muttersprachliche PädagogInnen, PädagogInnen für Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache, PädagogInnen mit Gebärdensprachkenntnissen: Für die emotionale und kognitive Entwicklung ist die Sprache wesentlich. Das Erlernen einer Fremdsprache wird durch das Beherrschen der Muttersprache erleichtert. Vor allem für Kinder mit Migrationshintergrund ist es daher unbedingt erforderlich, dass sie in der außerfamiliären Betreuung auch in ihrer Muttersprache kommunizieren können.

3.2 Schule

Die Schule ist jene zentrale Einrichtung, in der Kinder und Jugendliche einen Großteil ihrer Zeit verbringen und die maßgeblich an der Förderung des Entwicklungspotenzials, aber auch an der Entscheidung über den künftigen Berufs- oder Ausbildungsweg beteiligt ist. Die Anforderungen an die schulische (Aus-)Bildung steigen zunehmend an, während gleichzeitig die Budgets gekürzt, LehrerInnenstellen abgebaut und Klassenhöchstzahlen wieder hinauf gesetzt werden. Die Ergebnisse der PISA-Studie haben den enormen Handlungsbedarf offengelegt, eine innenpolitische Diskussion ausgelöst und gezeigt, dass umfassende Maß-

nahmen erforderlich sind, damit Österreichs Schulen ihre vielfältigen Aufgaben erfüllen können und SchülerInnen eine hochwertige (Aus-)Bildung erhalten. Weder die schwarz-orange Bundesregierung noch die rote Stadtregierung in Wien scheinen jedoch Interesse an umfassenden Reformen im Schulbereich zu haben. Seit 2001 wurden über 1400 LehrerInnenstellen abgebaut, was einer Kürzung um 14,5 Prozent entspricht. Die Diskussion um die Abschaffung der 2/3 Mehrheit für Schulgesetze auf Bundesebene war ein parteipolitischer Schlagabtausch zwischen Rot und Schwarz mit dem ernüchternden Ergebnis, dass die Gesamtschule weiterhin nicht mit einfacher Mehrheit eingeführt werden kann.

Wir fordern einen drastischen Kurswechsel in der Bildungs- und Schulpolitik. Grünes Ziel ist eine ganzheitliche Schule, in der Lernen und Lehren Spaß machen, in der individuelle Begabungen der SchülerInnen gefördert werden und in der neben fachlichem Wissen auch soziale Kompetenz, demokratische Teilhabe und Kritikfähigkeit einen hohen Stellenwert haben.

Aus Grüner Sicht kann Schule nicht nach einem strengen zentralen Plan ablaufen, sie braucht Bewegungsfreiheit und die Kreativität der SchülerInnen und PädagogInnen. Die Neugier der Kinder, ihre Fragen und Interessen sollen aufgegriffen werden. Alle Begabungen sollen gefördert werden. Es geht darum, die „Stärken zu stärken“, denn der Zuwachs von Wissen und Kompetenz erfüllt Kinder und Jugendliche mit Stolz und Freude und motiviert zu Anstrengung und Leistung. „Die Pädagogik vom Kind aus“ ersetzt so viel Belehrung wie möglich durch Erfahrung und selbständiges Arbeiten. Der Frontalunterricht muss daher mehr und mehr durch Methoden der Reformpädagogik ersetzt werden.

Ja zur Gesamtschule im Pflichtschulbereich

Die Zukunftskommission hat den zahlreichen Differenzierungsformen in Österreichs Schulsystem eine klare Abfuhr erteilt (Gymnasium, Hauptschule und Allgemeine Sonderschule). Die dadurch betriebene Selektion „sortiert“ SchülerInnen nach absurden Gesichtspunkten und schafft ein Zwei-Klassen-Bildungssystem. Die Trennung im Alter von 10 Jahren widerspricht allen entwicklungspsychologischen Erkenntnissen, wonach Kinder in diesem Alter unterschiedliche Lerntempi haben, was über ihre Begabung allerdings nichts auszusagen vermag. Die internationalen Vergleiche unterstreichen dieses Urteil: Ein flächendeckendes Gesamtschulsystem ist die beste Lösung, um hohe Bildungsstandards zu erreichen. Die Einführung einer Gesamtschule und die damit verbundene Abschaffung der Differenzierung in Gymnasium, Haupt- und Allgemeine Sonderschule schafft zweifellos heterogene Klassen mit SchülerInnen unterschiedlicher Ansprüche und Möglichkeiten. Daher bedarf es weiterer Maßnahmen, um eine Individualisierung des Unterrichts bzw. des Lernens zu ermöglichen. Wiener Mut steht für

- Rücknahme aller Kürzungen der letzten 5 Jahre.
- Kleine Klassen (20 SchülerInnen), damit innere Differenzierung möglich wird.
- Reformpädagogischer Unterricht.

Mehrsprachiger Unterricht, mehrsprachige Schule

Wien ist eine mehrsprachige Stadt. Mehrsprachiger Unterricht, wie er etwa in den modernen Europaschulen fixer Bestandteil des Schulalltags ist, muss zum allgemeinen Standard in Wiens Schulen werden. Dadurch werden nicht nur die Bedingungen für SchülerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache und interkulturelles Lernen verbessert, sondern auch das große Sprachpotenzial von Kindern durch „learning by doing“ gefördert. Und nicht

zuletzt schafft dies die optimalen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Berufskarriere, da Mehrsprachigkeit in unserer vernetzten Welt zunehmend an Bedeutung gewinnt. Wiens Schulen sollen zu Hochburgen der Mehrsprachigkeit werden, Wiener Mut muss daher folgendes bedeuten:

- Gesetzlicher Anspruch auf muttersprachliche Förderung.
- Die Unterrichtsprinzipien der interkulturellen Bildung und der Gleichwertigkeit von Muttersprache und Zweitsprache sollen in die Praxis umgesetzt werden. Dem Bedarf entsprechend sollen mehr bilinguale Klassen eingerichtet werden.
- Förderstunden für SchülerInnen mit Deutschproblemen statt – wie bisher – Abschiebung in die Sonderschule. Bei der Benotung muss außerdem berücksichtigt werden, ob Deutsch Erst- oder Zweitsprache ist.
- Errichtung eines dreisprachigen Schulversuchs, z. B. Deutsch-Englisch – Türkisch.
- Jedes Kind soll beim Schulabschluss zwei lebende Fremdsprachen beherrschen.

Spaß am Lernen durch demokratische Teilhabe

Eine Stadt, die sich als lernende und forschende Stadt versteht, muss die Schulen als Experimentierfeld für Demokratie begreifen. Denn demokratische Prozesse und die Möglichkeit zur Teilhabe müssen erlernt werden. Gleichzeitig wird durch aktive Teilhabe der SchülerInnen in einer demokratischen Schulkultur die Lernkompetenz weit mehr und vor allem nachhaltiger gefördert, als durch hierarchisierte Praktiken, die maximal passive Beteiligung ermöglichen und für SchülerInnen von geringem Interesse sind. Eine Grüne Schulvision hat keine Angst vor der Partizipation der SchülerInnen, sondern versteht sie als Chance für alle Beteiligten, den Schulalltag nachhaltig so zu verändern, dass SchülerInnen und LehrerInnen nicht gegeneinander, sondern miteinander lernen und arbeiten. Wiener Mut heißt aber auch, dass den SchülerInnen mehr Rechte zugesprochen werden müssen:

- Feedback von SchülerInnen an LehrerInnen: Die SchülerInnen können selbst am besten beurteilen, was sie gelernt haben, was ihnen gefehlt hat, was sie interessant und wichtig finden. Feedback muss daher selbstverständlicher Teil einer neuen und demokratischen Schulkultur werden.
- Klassenrat: Auf Klassenebene soll ein Klassenrat eingeführt werden, in dem SchülerInnen und LehrerInnen zu Beginn des Schuljahres Wissensschwerpunkte und Projekte des Erweiterungstoffes sowie die Lernmethoden miteinander ausarbeiten.
- Errichtung eines Schulgremiums, das umfassende Kompetenzen zur Unterrichts- und Schulgestaltung hat. SchülerInnen aller Schulstufen sollen an diesem Gremium teilnehmen können.
- Klar definierte Rechte und Entscheidungskompetenzen für SchülerInnenvertreterInnen; Zeit und Räumlichkeiten für SchülerInnenvertreterInnen, damit sie Informationen weitergeben und mit den anderen SchülerInnen in Dialog treten können.
- Das Wiener SchülerInnenparlament soll mehr Gewicht bekommen. Seine Anträge müssen von einem zuständigen Gremium verbindlich bearbeitet werden.

Zu einer demokratischen Schulkultur gehört auch eine von allen anerkannte, fair und transparent ausgewählte Schulleitung. Die DirektorInnen werden zur Zeit nach dem Parteibuch ausgewählt, „rote Schulen“ werden rot nachbesetzt, „schwarze Schulen“ schwarz. Diese Vorgangsweise ist schleunigst zu beenden. Mit

zunehmender Bedeutung der Schulautonomie wächst auch die Rolle der DirektorInnen. Daher ist es dringend notwendig, ein tatsächlich objektiviertes Testverfahren bei der Bestellung von DirektorInnen einzuführen, bei dem die Schulen ohne Mitwirkung roter oder schwarzer DirektorInnen und InspektorInnen aus den besten BewerberInnen ihren Wunschkandidaten / ihre Wunschkandidatin wählen können. Ein Grüner Leitfaden zur DirektorInnenbestellung liegt vor. Ziele sind Entparteiopolitisierung, Demokratisierung und Transparenz des Verfahrens.

Ausbildung und Rolle der LehrerInnen

Eine demokratisierte, multikulturelle und multilinguale Schule schafft neue Aufgaben. Vor allem auf die LehrerInnen kommen große Herausforderungen zu. Eine umfassende Ausbildung mit neuen Schwerpunkten, insbesondere jedoch die regelmäßige Chance zu Weiterbildung sind notwendig, damit LehrerInnen ihre umfassenden Funktionen im Schulalltag künftig bewältigen können. Gleichzeitig muss die Stadt Wien eine ausreichende Anzahl an Lehrpersonal zu Verfügung stellen, damit individuelle Förderung verstärkt und besser umsetzbar ist. Zwingende Voraussetzung dafür ist die Rücknahme aller Kürzungen im Pflichtschulbereich. Auch das alte Zahlenverhältnis LehrerInnen zu SchülerInnen muss wiederhergestellt werden. Die Stadt Wien kann nicht darauf warten, dass die Bundesregierung endlich tätig wird. Die Stadtregierung muss selbst aktiv werden und aus eigener Tasche die notwendigen Mittel bereitstellen. Wiener Mut im Bereich der Ausbildung von LehrerInnen steht für:

- Gravierende Änderungen in der LehrerInnenausbildung: Soziales Lernen, Interkulturelles Lernen, Integration behinderter Kinder, gendersensible Schule und Reformpädagogik müssen eine zentrale Rolle in der Ausbildung aller PädagogInnen spielen. Um auf Schulentwicklung und Qualitätssicherung vorbereitet zu sein, sollen systematische Konzepte und Erkenntnisse der Organisationsentwicklung ebenso angeboten werden wie Kompetenzen zur Feedbackkultur und Selbstevaluationstechniken.
- Legasthenie ist biogenetisch bedingt und drückt sich unabhängig von der Intelligenz durch das Vorhandensein von unterschiedlichen Sinneswahrnehmungen aus. Dadurch kommt es, wenn legasthene Menschen mit Symbolen (Zahlen, Buchstaben) arbeiten, zu einer massiv schwankenden Aufmerksamkeit, es entstehen „unerklärbare“ Rechtschreibfehler, auch Wahrnehmungsfehler genannt. Die Teilleistungen im Bereich der Sinneswahrnehmung können im Kindesalter durch gezieltes Training massiv verbessert werden. Dazu ist es allerdings nötig, dass eine Legasthenie erkannt wird. Die Sensibilisierung von PädagogInnen bezüglich dieser Problematik ist daher in der Ausbildung von LehrerInnen unbedingt verpflichtend vorzusehen, damit Eltern von LehrerInnen zumindest einen Anstoß erhalten können, ihr Kind von qualifizierten Spezialisten testen zu lassen und Fördermaßnahmen eingeleitet werden können.
- Verpflichtende Ausbildungsmodule zu Interkulturalität und Mehrsprachigkeit.
- Universitäre Ausbildung aller PädagogInnen an einer Hochschule mit einer gemeinsamen zweijährigen Grundausbildung mit hohem Praxisanteil. Nach dem ersten Jahr parallel Beginn der Spezialisierungsausbildung. Kompetenzen in Gesprächsführung, Beratung, Mediation und Konfliktbearbeitung haben große Bedeutung. In der Ausbildung sind daher großzügige Zeitressourcen für diese Bereiche zu reservieren, ebenso wie für vernetztes Denken und Entwicklung demokratischer Kulturen.

- Orientierungsgespräche statt punktuelle Aufnahmetests: Nicht JedeR ist für einen pädagogischen Beruf geeignet. Orientierungsgespräche nach dem ersten halben Jahr und am Ende des ersten Jahres sollen hier Abhilfe schaffen.

Ein Maßnahmenpaket zur Durchsetzung von Chancengerechtigkeit

In Österreich haben Kinder aus ärmeren Familien und Kinder von MigrantInnen geringeren Schulerfolg. Dieser soziale Missstand hat sich in den letzten 30 Jahren kaum verändert. Um hohe Bildungsstandards für alle erreichen zu können, ist es notwendig, bestimmte Bedürfnisse und spezifische Projekte gezielt zu fördern. Nur so kann auf unterschiedliche Lerntempi, Lernentwicklung und unterschiedlichen Lernrhythmus eingegangen werden. Ungleiche sozioökonomische Rahmenbedingungen, die Kinder und Jugendliche zu Hause und in ihrem unmittelbaren Umfeld vorfinden, dürfen keine Vorverurteilung zu geringerem Schulerfolg sein. Die Kürzungen in zahlreichen Feldern der Bildungsausgaben steuern allerdings in die entgegengesetzte Richtung. Statt Chancengleichheit und gleichberechtigter Teilhabechancen werden Fördermaßnahmen gestrichen, statt Integration wird so Segregation vorangetrieben. Grüne Politik muss Maßnahmen vorsehen, die in einer lernenden und forschenden Stadt unverzichtbar sind. Wiener Mut bedeutet daher:

- Fördermaßnahmen für benachteiligte Kinder: SchülerInnen aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten sind in der Schule immer noch weniger erfolgreich als andere. Niedrigere Bildung und geringes Einkommen der Eltern prädestinieren nach wie vor zu geringem Schulerfolg. In Österreich geht die Schere zwischen den „besten“ und den „schwächsten“ SchülerInnen wesentlich weiter auseinander als in vielen anderen Ländern. Dem muss Abhilfe verschafft werden:
 - Starke Individualisierung des Lernangebots und Senkung der Dropout-Raten.
 - Ausbau statt Abbau der Fördermaßnahmen für benachteiligte Kinder.
 - Ausbau des ganztägigen Schulangebots.
 - Auflösen der Allgemeinen Sonderschule.
- Geschlechtssensible Pädagogik: Geschlechtssensible Pädagogik blieb bisher dem Engagement einzelner LehrerInnen überlassen. Die vereinzelt vorhandenen Strukturen, die mühsam geschaffen wurden, fallen durch die Einsparungen wieder weg. Das vorhandene und wichtige Unterrichtsprinzip „Erziehung zur Gleichstellung von Frauen und Männern“ kann so in der Praxis nicht umgesetzt werden. Stattdessen braucht es ein Bündel an Maßnahmen, um die Umsetzung zu erleichtern.
 - Errichtung einer Stelle im Stadtschulrat: Anlaufstelle und Unterstützung für Lehrende, die geschlechtssensibel arbeiten wollen (Bereitstellung von Materialien, Methoden und Möglichkeiten zur Fortbildung).
 - Mädchen- und Bubenbeauftragte in Schulen, die durch ein entsprechendes Stundenkontingent ermöglicht werden.
 - Finanztopf im Stadtschulrat für geschlechtssensible Projekte, die ein lustvolles Experimentieren ermöglichen.
- Weisungsfreie Ombudsstelle: Im Schulbereich gibt es eine Vielzahl an Konflikten und Rechtsunsicherheiten, sowohl für SchülerInnen als auch für LehrerInnen und Eltern. Hilfe im Einzelfall wird oft benötigt, ist in der Regel jedoch nicht verfügbar. Es soll eine weisungsfreie Ombudsstelle eingerichtet werden, die alle SchulpartnerInnen für Rechtsauskünfte und

Beratung in Anspruch nehmen können und die auch von sich aus tätig werden kann. Es soll ein jährlicher Bericht erstellt werden, der dem Kollegium im Stadtschulrat und dem Landtag vorgelegt wird.

- **Alternative Schulprojekte:** Alternativschulen sind wichtige Impulsgeberinnen im pädagogischen Bereich. Sie orientieren sich an reformpädagogischen Konzepten und bieten die Möglichkeit, neues im Schulalltag auszuprobieren. Diese Schulprojekte werden meist mit großem Engagement und unter starker Beteiligung von Eltern und SchülerInnen geführt. Häufig stehen ihnen jedoch nur sehr knappe finanzielle Mittel zur Verfügung, da sie keine ausreichende oder gar keine Förderungen erhalten.
 - Volle Finanzierung alternativer Schulprojekte, im Gegenzug darf kein Schulgeld verlangt werden.
 - Integration aller Kinder: Die geförderten Schulen sollen versuchen, 50 Prozent der Kinder aus der Region aufzunehmen.
 - Qualitätssicherung durch regelmäßige Feedback- und Evaluationsverfahren

3.3 Wissenschaft und Forschung

Sechs Universitäten sowie zahlreiche Akademien und Forschungsinstitute sind für das akademische, aber auch für das kulturelle Leben der Stadt von großer Bedeutung. Die Wiener Grünen kritisieren nicht nur, dass die Universitätspolitik der schwarz-orangen Bundesregierung Studiengebühren eingeführt und die universitäre Mitbestimmung weitgehend abgeschafft hat. Auch das finanzielle Aushungern der Universitäten wurde von der Regierung weiter vorangetrieben. Österreichs Universitäten benötigen rund 20 Prozent mehr Geld, um auf internationales Finanzierungsniveau zu kommen. Das heimische Hochschulbudget beträgt derzeit 1,1 Prozent des BIP, der OECD-Schnitt liegt bei 1,6 Prozent, die USA geben 2,5 Prozent des BIP für ihre Universitäten aus.

Gleichzeitig werden seitens der in Wien allein regierenden SPÖ und seitens der Bundesregierung verstärkt Pläne unterstützt, welche die Errichtung einer „Excellenz-Universität“ auf Wiener Boden mit einem Investitionsvolumen von über 80 Mio. Euro Startkapital unterstützen. Die Wiener Grünen stellen sich nicht prinzipiell gegen eine solche Eliteuniversität. Klar ist aus unserer Sicht aber auch, dass die Finanzierung der öffentlichen Universitäten Vorrang hat. Erst müssen dort die fehlenden Mittel zur Verfügung gestellt werden, dann kann die Politik die Etablierung einer Elite-Universität unterstützen.

Trotz der Vielzahl seiner universitären Einrichtungen und seiner rund 120 000 Studierenden versteht sich Wien bislang zwar als Kultur-, nicht aber als Wissenschafts- oder Universitätsstadt. Entsprechend gering bewertet und ausgestattet ist die Wissenschaftsabteilung der Stadt, forschungsrelevante Gelder fließen in weit größerem Ausmaß im Finanz- und Wirtschaftsressort.

Gerade vor dem Hintergrund der immer wieder betonten großen zukünftigen Bedeutung von Wissen (Stichworte: Wissensgesellschaft, Lebensbegleitendes Lernen) für die Zukunft der Stadt sollte diesem Politikbereich jedoch ein entsprechender Stellenwert eingeräumt werden. Die Wiener Grünen sehen Handlungsbedarf insbesondere in folgenden Bereichen:

Entwicklung einer klaren, nachvollziehbaren und breit getragenen Wiener Strategie für Wissenschaft/ Forschung/ Technologie

Derzeit stehen einzelne Teilstrategien von Wissenschaftsabteilung, Wirtschaftsförderung und Bürgermeister nebeneinander. Die vereinzelt wissenschafts- und forschungspolitischen Schwerpunkte (z. B. Biotechnologie/Life Sciences, Creative Industries in WWTF und WWFF), sind so gewählt, dass keine breit akzeptierte politische Strategie dahinter erkennbar ist.

Beispiel Biotechnologie: Seit einigen Jahren stellt Biotechnologie/Life Sciences einen finanzintensiven Förderschwerpunkt der Stadt Wien dar, dennoch liegt keine Evaluierung dieser Maßnahmen vor. Eine Strategiefindung würde vorsehen, dass die klar festgelegten Ziele nun einer Überprüfung zu unterziehen sind; jedoch sind nicht einmal die Ziele der Stadt klar formuliert. Aus unserer Sicht ist es aber notwendig, klar zu definieren a) welche Ziele die Stadt mit ihren Schwerpunkten (Beschäftigung, Wachstum, Spitzenforschung, Patente) verfolgt, b) wie diese Ziele erreicht werden sollen und c) wie und nach welchen Kriterien (z.B. Entwicklung des Beschäftigungsstands, ökonomische Kennzahlen etc.) die gesetzten Maßnahmen und Investitionen evaluiert werden sollen.

Erst der politische Wille solche Klärungen und Definitionen hervorzubringen macht einen öffentlichen Diskurs über die Ausrichtung und Strategie von Wissenschaft und Forschung in der Metropole Wien möglich. Eine solche Strategiediskussion auf breiter Basis muss gestartet werden, und zwar unter Einbeziehung von ExpertInnen ebenso wie Betroffenen und interessierter Öffentlichkeit. Zudem sind Begleitforschungen für Strategieentwicklungsprozesse einzuplanen und umzusetzen.

Diese FTI Strategie soll eine nachvollziehbare Grundlage für Maßnahmen bilden und dabei politische Willkür bei der Förderungsvergabe verhindern.

Öffnung des WWTF für sozial-, kultur- und geisteswissenschaftliche Themen

Der WWTF hat mit Life Sciences und Creative Industries zwei Schwerpunkte gewählt, die Schwerpunkten des WWFF entsprechen und auf wirtschaftliche Verwertbarkeit ausgerichtet sind. Die wirtschaftliche Verwertbarkeit spielt auch für den dritten Schwerpunkt – ‘Mathematik und...’ – eine wesentliche Rolle. Geistes-, kultur- und sozialwissenschaftliche Forschungsbereiche, die auf soziale Problemlagen sowie die kulturelle und soziale Entwicklung der Stadt ausgerichtet sind, bleiben – entgegen ursprünglichen Ankündigungen – ausgeklammert. Wir fordern, den WWTF gerade für diese Bereiche zu öffnen!

Förderung einer breiten Basis von jungen WissenschaftlerInnen

Grüne Wissenschaftspolitik steht zur Förderung von Vielfalt und Breite in der wissenschaftlichen Landschaft. Zum einen verlangen vielfältige gesellschaftliche Anliegen – von einer integrativen Gesellschaft bis zu ökologischen Lösungen, von technischen Hilfen für Menschen mit Behinderung bis zu medizinischen Fragen – nach vielfältigen wissenschaftlichen Ansätzen. Zum anderen braucht auch (zukünftige) Spitzenforschung eine breite Basis von Grundlagenwissenschaft, aus der sie hervorgehen kann.

Die Beschränkung auf heute Aktuelles und heute etablierte Institutionen und bekannte „Stars“ erschwert die Entdeckung von tatsächlich Neuem und ganz anderen Zugängen. Zudem werden durch „Starkult“ (teure Stiftungsprofessuren, teure Preise und

Institute für Stars) Abhängigkeiten junger ForscherInnen gefördert, die der Kreativität und kritischen Zugangsweisen abträglich sind.

Wir fordern daher eine öffentliche Diskussion zur kritischen Abwägung von Großinvestitionen in etablierte Player im Vergleich zu alternativen Projekten.

Wiener Mut bedeutet, dass die diversen Förderungsinstrumente der Stadt Wien und ihrer Fonds ausreichend Spielraum für die Vielfalt der Wissenschaft und insbesondere für junge und freie WissenschaftlerInnen schaffen:

- bei Calls soll durch die Einladungspolitik sowie Rahmenbedingungen der Antragsstellung (kurze Anträge, Antragsfinanzierung) dafür gesorgt werden, dass ForscherInnen auch ohne institutionelle Verankerung reale Chancen zur Beteiligung haben.
- neben themenspezifischen Calls muss als zweite Schiene auch eine kontinuierliche Antragsstellung (bottom up) mit klaren Rahmenbedingungen und Entscheidungsstrukturen möglich sein.
- Jährliche Ausschreibung eines Forschungsschwerpunktes für junge WissenschaftlerInnen im sozial-, geistes- und kulturwissenschaftlichen Bereich mit Fokus auf soziale und kulturelle Zukunftsfragen der Stadt.

WissenschaftlerInnenhaus für Wien

Die breite Szene freier WissenschaftlerInnen leistet viel für die soziale, intellektuelle, kulturelle Identität der Stadt – dies jedoch zum Großteil unter höchst prekären Bedingungen, mit geringen Möglichkeiten der Vernetzung, vielfach wenig sichtbar.

Die vor Jahren in der Szene der freien Wissenschaft entstandene und weit ausgereifte Idee des WissenschaftlerInnenhauses soll dringend umgesetzt werden. Die Einrichtung eines Wiener „WissenschaftlerInnenhaus“ umfasst die materielle und immaterielle Infrastruktur (Räumlichkeiten, erweiterte Büroinfrastruktur, Vernetzungs- und Publikationsunterstützung etc.) und soll die Arbeitssituation „Freier WissenschaftlerInnen“ nachhaltig verbessern.

3.4 Weiterbildung/ Lebensbegleitendes Lernen

Die wirtschaftlichen und technologischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte haben dazu geführt, dass Bildung und Lernen im Bereich des gesellschaftlichen Lebens, aber auch im Bereich Wirtschaft und Arbeit, immer wichtiger werden. Unter dem Titel „Life long learning/lebensbegleitendes Lernen“ oder der These des Übergangs zur ‚Wissensgesellschaft‘ darf die Bildung von Erwachsenen auch in kaum einer Sonntagsrede zur Zukunft der Gesellschaft mehr fehlen.

Tatsächlich werden diese Ansprüche von der Politik bislang allerdings weitgehend ignoriert, es fehlt sowohl an übergeordneten Konzepten als auch an finanziellen Mitteln. Das Ergebnis ist ein unregulierter Markt an Einzelanbietern, die unterschiedliche (Eigen-)Interessen vertreten und kaum Qualitätsstandards erfüllen müssen. Durch die Fragmentierung des Bildungsangebots für Erwachsene ist es weder für BildungsberaterInnen noch für KonsumentInnen möglich, einen detaillierten Überblick über das vorhandene Angebot und die Qualität der Leistungen zu erhalten.

Die Stadt Wien investiert zwar unter dem Titel „Volksbildung“ jährlich ca. 20 Millionen Euro in die Erwachsenenbildung, die Summe fließt jedoch fast vollständig an die Wiener Volkshoch-

schulen. Für andere Bildungseinrichtungen und -projekte gibt es meist keine Möglichkeit zur Subventionierung. Für die Qualifizierung der ArbeitnehmerInnen leisten in Österreich die Unternehmen einen beträchtlichen Teil. Dies hat wiederum zur Folge, dass vor allem jene, für die Weiterbildungsangebote besonders wichtig wären, wie etwa Frauen und niedrig Qualifizierte, stark benachteiligt werden und die Bildungsschere sich zunehmend vergrößert.

Grüne Bildungspolitik geht hingegen von einem ganzheitlichen Bildungsverständnis aus, das die Menschen mit ihrem Wissen, ihren Erfahrungen, ihren konkreten Lebenslagen und Lebenswelten ernst nimmt und auf die Erweiterung des Horizontes und von Handlungsoptionen abzielt. Bildung und Lernen hören nicht mit Ende des Schulbesuchs auf, auch erwachsene Menschen haben den Anspruch, sich weiterzubilden, um ihren beruflichen (Wieder-)Einstieg oder Umstieg zu erleichtern, ihre Karrierechancen zu verbessern oder aber einfach, weil sie am Puls der Zeit bleiben und ihren Horizont erweitern wollen. Ziele sind daher der nachholende Erwerb von Grundkompetenzen ebenso wie berufliche Fortbildung, Angebote zur Persönlichkeitsstärkung und die Reflexion gesellschaftlicher Zustände – also ein umfassendes Konzept von lebensbegleitendem Lernen.

Wiener Weiterbildungsnetzwerk als zentrale Koordinationsstelle

Der Mangel an politischen Strategien und die fehlende Koordination durch die Politik sowie die mangelnde Kooperation und Kommunikation zwischen Bildungsakteuren und Politik sind die Hauptverursacher für den unzureichenden Status Quo im Bereich der Erwachsenenbildung. Vor allem auf Bundesebene besteht diesbezüglich massiver Handlungsbedarf.

Dennoch ist es Aufgabe der Wiener Stadtpolitik, sich für Verbesserungen einzusetzen und nicht darauf zu warten, dass die Probleme auf einer anderen Ebene endlich bearbeitet werden. Die Grüne Forderung nach der Schaffung eines Wiener Weiterbildungsnetzwerkes stellt eine sinnvolle Möglichkeit dar, aktiv an der Gestaltung und Verbesserung der Weiterbildungsangebote zu arbeiten. Ein solches Netzwerk kann unterschiedliche Akteure zusammenführen und bessere Koordination schaffen. Durch die Netzwerkstruktur wird außerdem gewährleistet, dass möglichst alle Handelnden und Betroffenen in Entscheidungen einbezogen werden und nicht einige Wenige „von oben“ die Entscheidungen (vorbei an den Bedürfnissen der Betroffenen) diktieren. Das Netzwerk soll außerdem am Gemeinwohl orientiert sein, latenten und zukünftigen Bildungsbedarf beachten und von einem offenen Bildungsverständnis ausgehen, das berufsbildende und allgemeine Erwachsenenbildung gleichermaßen berücksichtigt. Zentrale Aufgaben des Wiener Weiterbildungsnetzwerkes:

- Überblick über bestehendes Angebot im Bereich Weiterbildung organisieren.
- Formen der Qualitätskontrolle und Transparenz entwickeln und Kooperation von AkteurInnen ermöglichen.
- Nachfrage anregen (sowohl bei Unternehmen als auch bei Menschen).
- Finanzierungsprogramme entwickeln, im Rahmen derer verschiedene Einrichtungen (Vereine, Unternehmen, usw.) Projekte einreichen können.

5000 Euro Bildungskonto

Das Grüne Modell des Bildungskontos ist eine konkrete Grüne Alternative. Es ermöglicht einerseits das Prinzip des lebensbegleitenden Lernens und gewährleistet eine sozial verträgliche

Finanzierung. Es ist auch geeignet, eine sinnvolle Kombination aus Solidarität und individueller Verantwortung, aus Markt und öffentlicher Hand zu gewährleisten.

Lebensbegleitendes Lernen verlangt eine enorme Erhöhung der Bildungsmittel. Wir wissen, dass künftig nicht jede Aus- und Weiterbildung vom Staat vollständig finanziert werden kann. Wichtig ist jedoch, dass die Politik auf die soziale Ausgestaltung des lebensbegleitenden Lernens achtet, d.h. den Fokus auf niederschweligen Angeboten hat und die Zugangsmöglichkeiten für alle sicherstellt. Vom Modell 'Bildungskonto' sollen in erster Linie einkommensschwächere bzw. bildungsferne Schichten profitieren. Durch eine Verstärkung der Bildungsnachfrage soll auch das Bildungsangebot verbreitert werden.

Das Bildungskonto kombiniert eine persönliche Bildungsinvestition mit öffentlichen Anteilen. Klar ist für Grüne jedoch, dass nach unseren Vorstellungen die Erstausbildung bis hin zum akademischen Abschluss jedenfalls gebührenfrei sein muss. Das Modell Bildungskonto setzt erst nach allen Ebenen der Erstausbildung an. Klar ist für uns auch, dass das Bildungskonto nicht dazu gedacht ist, dass firmeninterne Weiterbildungskosten auf Privatpersonen und den Staat ausgelagert werden. Das Bildungskonto soll tatsächlich zusätzliche Bildung finanzieren um Mitnahmeeffekte seitens der Unternehmen zu vermeiden, sind geeignete Begleitmaßnahmen zu ergreifen.

Wie läuft das Modell Bildungskonto in der Praxis ab?

In der Praxis kann es so ablaufen, dass der/ die betreffende ArbeitnehmerIn ein personalisiertes Bildungskonto bei einer Bank seiner/ ihrer Wahl eröffnet. Damit verpflichtet er/ sie sich, über 5 Jahre hinweg mindestens 2% des Brutto-Jahreseinkommens einzuzahlen.

Die Gemeinde Wien (aus Mitteln des WAFF und des AMS) oder Bund und Wien gemeinsam verpflichten sich, die Differenz auf jährlich EUR 1000 dazuzuzahlen. Der/ die KontoinhaberIn kann sofort ab Vertragsabschluss auf die vereinbarte Vertragssumme von EUR 5000 zurückgreifen und für seine/ ihre persönlichen Weiterbildungspläne in Anspruch nehmen.

Maßnahmenpaket zur Erleichterung des Zugangs zu Weiterbildung

Die Inanspruchnahme von Weiterbildungsmöglichkeiten ist eng verknüpft mit finanziellen Möglichkeiten, beruflichen Rahmenbedingungen und dem Stellenwert, den Weiterbildung als lebensbegleitendes Lernen innerhalb einer Gesellschaft genießt. Daher setzt sich in der Erwachsenenbildung fort, was bereits in der Jugend(aus-)bildung beginnt: Je niedriger Bildungsabschluss und Einkommen, desto weniger werden Weiterbildungsangebote genutzt – die Bildungsschere vergrößert sich weiter. Grünes Anliegen ist es, die Schere zwischen Menschen mit hohem und geringem Bildungsniveau nicht weiter aufgehen zu lassen, um auch jenen Bildung zu ermöglichen, die finanziell weniger gut gerüstet sind. Das Bildungskonto ist da ein richtiger Schritt, aber nicht ausreichend! Bildungspolitik muss noch weitere Rahmenbedingungen und Maßnahmen schaffen, um die „Bildungskluft“ zu reduzieren und einen leichteren, finanzierbaren Zugang zu Weiterbildungsangeboten zu ermöglichen. Wiener Mut heißt daher auch:

- Bildungskarenz: Ein Recht auf Teilzeit soll eine Art Bildungskarenz ermöglichen. Der daraus resultierende Einkommensausfall soll von der öffentlichen Hand durch eine Grundsicherung abgedeckt werden.
- Bildungsurlaub: Ein kollektivvertraglich verankerter Bildungs-

urlaub, der gesetzlich vorgeschriebene Mindeststandards vorsieht.

- Bildung in der Arbeitszeit: Ein kollektivvertraglich verankertes Recht auf Bildung in der Arbeitszeit, das gesetzlich vorgeschriebene Mindeststandards vorsieht.
- Bildungskredit: Geförderter Kredit (z. B. durch ein zinsloses Darlehen oder steuerliche Absetzbarkeit der Rückzahlungsraten) mit sozialer Staffelung: So können Weiterbildungskosten leichter und risikofreier getragen werden. Bei geringfügigem Einkommen soll ein Aussetzen der Rückzahlungspflicht ermöglicht werden, um bei etwaigen Bildungsfehlinvestitionen nicht die Existenz zu gefährden.

Bildungsberatung für Menschen und Unternehmen

Bildungsberatung kann nicht allein dem Markt überlassen werden. Unabhängige Beratungsstellen sind stattdessen notwendig, um den Menschen Orientierungshilfen unter den Bedingungen der individualisierten Gesellschaft und der unüberschaubaren Bildungsangebote zu bieten. Die Beratung muss dabei stark an den Individuen, ihren Lebensbedingungen, Erfahrungen und Wünschen orientiert sein und niederschwellig sowie aufsuchend angeboten werden.

Auch Unternehmen brauchen Bildungsberatung, um Bildungsbedarf und Bildungsdefizite in Betrieben und gesamten Branchen aufzuzeigen und ein Bewusstsein zu stärken, das die Bedeutung gut qualifizierter MitarbeiterInnen für die wirtschaftliche Zukunft des eigenen Betriebes erkennt.

Anreizmodelle für Unternehmen

Die Unternehmen leisten in Österreich einen beträchtlichen Beitrag zur Qualifizierung ihrer ArbeitnehmerInnen. Allerdings zeigt sich hier ein starkes Gefälle bezüglich höherer und niedriger qualifizierter ArbeitnehmerInnen sowie zwischen Frauen und Männern. Um dieses Gefälle zu entschärfen, können Maßnahmen gesetzt werden, die Unternehmen dahingehend motivieren, nicht nur ihre ohnehin schon hoch qualifizierten MitarbeiterInnen zu fördern, sondern Weiterbildung für alle zu ermöglichen.

Ein Weiterbildungsfonds der Unternehmen könnte ein Instrument sein, die Weiterbildungsbereitschaft zu erhöhen. Dieser Fonds soll aus einer Abgabe gespeist werden, die die Unternehmen entsprechend ihrer Lohnsumme oder ihrer Wertschöpfung zu leisten hätten. Aus diesem Geld werden Bildungsangebote finanziert, auf die Unternehmen dann für ihre ArbeitnehmerInnen zugreifen können.

Nachholen von Grundbildung

Ein weltweit, aber auch für Österreich und Wien relevantes Thema ist die Basisbildung. Dazu gehört einerseits das Nachholen von (Schul-)Abschlüssen, vor allem aber auch Maßnahmen zu Alphabetisierung. Laut PISA-Studie sind in Österreich 6 Prozent der SchulabgängerInnen funktionale AnalphabetInnen, das heißt, sie können zwar Buchstaben erkennen und ihren Namen schreiben, den Sinn zusammenhängender Texte jedoch nicht oder nur teilweise verstehen. Rechnet man SchulabbrecherInnen und SchülerInnen des Polytechnikums dazu, sind es mehr als doppelt so viel (14 Prozent). Alphabetisierungsmaßnahmen und die Möglichkeit zum Nachholen von Schulabschlüssen müssen dringend ausgebaut werden. Wer nicht schreiben oder lesen kann, wird in unserer Gesellschaft schnell zum Außenseiter und fehlende Schulabschlüsse können die gesamte Berufslaufbahn negativ beeinflussen.

- Alphabetisierungskampagne: Nicht Lesen oder Schreiben zu

können, ist immer noch ein gesellschaftliches Tabu. Dadurch ist es auch schwieriger, dem Phänomen aktiv entgegenzuwirken. Umfassende Sensibilisierungs- und Informationskampagnen können hier Abhilfe verschaffen. Durch anonyme, kostenfreie und lokal zugängliche Angebote kann die Nachfrage gesteigert und somit das Problem in Angriff genommen werden.

- Nachholen von Abschlüssen: Zum Nachholen des Hauptschulabschlusses muss es kostenfreie und zielgruppenspezifische Angebote geben, die auf die Gründe für den fehlenden Abschluss eingehen und in Zusammenarbeit mit Sozial- und Jugendarbeit organisiert sind. Der Zugang zu Universitäten, Akademien und Fachhochschulen muss ebenfalls erleichtert und die Vorbereitung auf die Berufsreife- sowie die Studienberechtigungsprüfung durch öffentliches Angebot mit erwachsenengerechter Methodik bereitgestellt werden.

Lebensbegleitendes und lebensumspannendes Lernen

In der internationalen Diskussion wird neben dem „lebenslangen Lernen“ auch das „lebensumspannende Lernen“ betont, das auf die Entfaltung der individuellen Talente und auf ein rundum gelingendes Leben abzielt. Die Breite dieses Bildungsbegriffes entspricht auch dem Grünen Bildungsverständnis, das neben der Bildung durch Kurse oder andere institutionalisierte Formen auch Bildung durch Teilhabe assoziiert. Grünes Anliegen sind daher auch Bildungsangebote in den Bereichen Freizeit, Kommunikation, Philosophie, Psychologie usw. Außerdem verstehen wir Partizipationsmöglichkeiten bei politischen Entscheidungen als Chance für die Menschen, über konkrete Anlässe zu lernen, wie das Gemeinwesen funktioniert und Interessen artikuliert und verhandelt werden können. Diese Form des Lernens ist nachhaltig und stärkt einerseits die individuellen Kompetenzen der Beteiligten sowie andererseits die Gemeinschaft durch vielfältige Sichtweisen und Ideen.

4 Wiener Mut zur Grund- sicherung und Beschäftigung

Grüne bekennen sich zu einem Gesellschaftsmodell, in dem es möglich sein muss, dass alle Menschen sozial abgesichert leben können. Jeder Mensch hat das Recht, in ein soziales Netz eingebettet zu sein, das ihn/sie in besonderen Lebenssituationen oder Krisen auffängt und trägt. Soziale Sicherheit muss aber mehr leisten, stellt sie doch eine wesentliche Grundlage für jede weiter- und tiefergehende Ausübung von demokratischer Mitbestimmung und Mitgestaltung sowie von gesellschaftlicher Teilhabe dar. Um selbstbestimmt leben zu können, bedarf es sowohl einer finanziellen wie auch infrastrukturellen Existenzsicherung. Wesentlich für die finanzielle Absicherung von Menschen sind existenzsichernde und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze sowie eine Grundsicherung, die im Falle der Armutsgefährdung greift.

Eine „Wiener Grundsicherung“ muss allen Menschen, die sie brauchen, nicht nur die finanziellen Grundbedürfnisse abdecken; sie muss – und zwar vor allem – sie darüber hinaus in die Lage versetzen, akute Problemlagen ohne Existenzangst angehen zu können, dafür – nicht irgendeine, sondern die wirklich benötigte – Unterstützung zu finden und die ganz persönlichen, aktuellen Lebensziele angehen zu können.

Die „Wiener Grundsicherung“ hat die Rahmenbedingung etwa dafür zu schaffen, dass

- in ihrer Beziehung von Gewalt bedrohte Frauen ohne Rücksicht auf eventuelle Existenzsorgen den einzigen Schritt setzen können, der ihre Lage verbessert: Die Beziehung zu beenden und den gewalttätigen Ex-Partner vor die Tür zu setzen.
- freie DienstnehmerInnen oder euphemistisch als „Neue Selbständige“ bezeichnete Menschen (und zwar egal, ob es sich nun um FahrradbotInnen, Unterrichtende in Erwachsenenbildungseinrichtungen, Dauer„PraktikantInnen“ oder „Kreative“ handelt) nicht gezwungen sind, aus Angst vor dem Verlust von Aufträgen und AuftraggeberInnen die gegenwärtig üblichen und de facto nicht finanziell abgegoltenen Zusatzarbeiten akzeptieren zu müssen.
- Menschen, die Zeit in Weiterbildung oder auch in berufliche Auszeiten investieren wollen (oder müssen), nicht vom Gutdünken einer ArbeitgeberIn, vom AMS etc. abhängig sind.

Kurz: Der zentrale Gedanke der Grundsicherung ist es, Menschen von der Sorge nach der rein physischen Existenz zu befreien und ihnen so Raum, Zeit und Ort zu bieten, sich um ihre eigentlichen Probleme, aber auch Wünsche und Ziele zu kümmern.

Die Festsetzung eines Anspruchs auf EUR 800,- im Monat in Wien durch die Erhöhung der Sozialhilfe wäre nicht der volle, aber ein entscheidender erster Schritt in die richtige Richtung: Wer weniger als diese EUR 800,- im Monat zur Verfügung hat, und zwar völlig unabhängig davon, ob dieses Geld aus einer Sozialleistung, aus Arbeitslosengeld/Notstandshilfe oder aus Erwerbsarbeit stammt, bekommt die Differenz hinzugezahlt – als Rechtsanspruch, nicht als Almosen.

Die EUR 800,- orientieren sich dabei an jenem Wert, der in der Armutsforschung als Armutsgefährdungsgrenze betrachtet wird. Von dieser Regelung unmittelbar profitieren würden knappe 15 Prozent der Menschen, die in Wien leben und deren Einkom-

men regelmäßig oder dauerhaft unter diesem Betrag liegen. Davon profitieren würden aber auch jene Menschen, deren Einkommen – aus welchem Grund auch immer (Auftragsausfälle, Krankheit, Regenerationsphase, Bildungsphase, ...) – zeitweise unter diesen Betrag fallen.

Wir schaffen in Wien ein Modell, das nicht allein glückseligmachend und ganz sicher optimierbar ist, das aber klar eine Richtung vorgibt: Im siebtreichsten Land der Welt darf kein Mensch mehr von Existenzsorgen geplagt werden. Im siebstreichsten Land der Welt werden Menschen die finanzielle Absicherung vorfinden, ihre Vorstellungen von Leben umzusetzen.

Die dabei anfallenden Kosten sind geradezu erstaunlich gering: Wien müsste, statt wie gegenwärtig etwa ein Prozent, zukünftig zwei Prozent seines Budgets für Grundsicherung aufbringen.

Aber: Die gesellschaftliche Entwicklung und die Notwendigkeit der Verbesserung sozialer Standards sowie der Standards der gesellschaftlichen Partizipation ist nicht abgeschlossen, wenn es EUR 800,- im Monat gibt. Unsere Forderung ist ein Einstieg in eine Entwicklung, nicht ein Endpunkt ...

Leistbarer Wohnraum für alle sowie Qualitätssicherung im Gesundheitsbereich und Zugang aller zu medizinischen Leistungen sind neben dem öffentlichen Verkehr, frei zugänglichen Kulturangeboten, einem kostenfreien Ausbildungssystem, öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen usw. zentrale Bestandteile einer hochwertigen öffentlichen Infrastruktur. Doch immer mehr Menschen sind trotz Arbeit oder Einbindung in ein (unzureichendes) soziales Netz akut armutsgefährdet und dadurch vom gesellschaftlichen Ausschluss bedroht. Grüne Beschäftigungs- und Sozialpolitik – auch auf Wiener Ebene – sieht sich daher dem Ziel verpflichtet, qualitativ hochwertige, sozialrechtlich abgesicherte und existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen, Armut zu bekämpfen, leistbaren Wohnraum für alle zu schaffen und allen Menschen Zugang zu einem hochwertigen Gesundheitswesen zu sichern.

4.1 Grüne Jobs für Wien

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für Existenzsichernde Arbeitsplätze ist eine der wichtigsten wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Aufgaben auf allen politischen Ebenen (EU, nationale und lokale Ebene). Arbeitslosigkeit ist aber nur ein Problem. Infolge der Veränderung der Arbeitswelt, die von Kurzlebigkeit, Unsicherheit, Druck usw. geprägt ist, entstehen immer mehr atypische und prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die die Existenz oft nicht sichern können. Gleichzeitig werden in Österreich jährlich rund 200 Millionen Überstunden erbracht und immer mehr Menschen arbeiten durchschnittlich mehr als 40 Stunden in der Woche. Arbeit ist also höchst unterschiedlich verteilt: nicht nur zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen, sondern auch zwischen Frauen und Männern und zwischen den Generationen. Die Ungleichverteilung wird noch sichtbarer, wenn auch die unbezahlte Arbeit wie z.B. Pflegeleistungen miteinbezogen wird. Betroffen von unbezahlter Arbeit sind in erster Linie Frauen. Zum ‚Fair-teilen‘ von Arbeit gehört deshalb, dass Bereiche reproduktiver Arbeit wie beispielsweise Hausarbeit oder Kinder-

betreuung mit öffentlicher Unterstützung professionalisiert, qualifiziert und bezahlt werden, und Voraussetzungen und Möglichkeiten geschaffen werden, dass Pflege- und Versorgungsarbeit zwischen den Geschlechtern geteilt werden können.

Vor dem Hintergrund des Strukturwandels in der Arbeitswelt ist Ziel Grüner Politik die soziale Absicherung aller Menschen unabhängig davon, ob sie erwerbstätig sind oder nicht. Einerseits müssen deshalb soziale Sicherungssysteme auf flexibilisierte Erwerbsbiografien jenseits des Normalarbeitsverhältnisses aufgebaut werden (Grüne Grundsicherung). Andererseits muss jedes Erwerbsarbeitsverhältnis arbeits- und sozialrechtlich abgesichert sein. Grüne Politik steht auch für die Schaffung von qualitätsvollen Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen. Grüne Jobs zeichnen sich deshalb durch drei wesentliche Merkmale aus:

- Sie sind existenzsichernd, d. h. sie sind arbeits- und sozialrechtlich abgesichert, wodurch Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird.
- Sie stehen für Lebensqualität (z. B. keine Gesundheitsbelastung am Arbeitsplatz, lebensadäquate Arbeitszeiten, Vereinbarung von Lebens- und Arbeitszeit).
- Sie tragen zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung bei, da Arbeitsplätze nach sozialen und ökologischen Kriterien geschaffen werden sollen.

Ein arbeitsmarktpolitisches Konzept für Wien

Die Durchführung arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischer Maßnahmen liegt in erster Linie im Kompetenzbereich des Bundes, der Reformmaßnahmen zur sozialen Absicherung, Umverteilung von Arbeit, Schaffung von Arbeitsplätzen usw. verabsäumt. Im Rahmen der Selbstverwaltung der Gemeinden verfügt Wien über Handlungsspielräume in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die derzeit jedoch nicht zur Beseitigung der strukturellen Probleme des Wiener Arbeitsmarktes (z. B. Langzeitarbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen, Frauenerwerbsquote, die zu einem großen Teil auf Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen ist) ausgeschöpft werden. Auch wenn seitens der Stadt Wien jährlich ein territorialer Beschäftigungspakt für Wien verabschiedet wird, ist dieser unzureichend und unverbindlich. Was fehlt ist ein umfassendes arbeitsmarktpolitisches Konzept mit innovativen Lösungswegen für die Probleme des Wiener Arbeitsmarktes. Voraussetzung für die Erarbeitung eines arbeitsmarktpolitischen Konzepts ist jedoch die regelmäßige Erstellung eines Berichts über die Lage am Arbeitsmarkt in Wien, der die Realität auch nachvollziehbar wiedergibt. Eine Arbeitsmarktpolitik, in der Statistikverschönerung durch sinnentleerte Kurzurse, das Verstecken älterer Menschen im „Pensionsvorschuss“ oder Verschleierung von Langzeitarbeitslosigkeit ihren Platz haben, kann die Lebenssituation der betroffenen Menschen nicht verbessern.

Mit der Gründung des WAFF (Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds) wurde zwar ein eigener Fonds für Arbeitsmarktpolitik geschaffen, gleichzeitig wurde mit dieser Konstruktion aber Arbeitsmarktpolitik aus dem Gemeinderat ausgegliedert. Sämtliche arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen erfolgen seither auf Beschluss des WAFF und nicht nach Diskussion und Beschlussfassung im Gemeinderat. Reformbedarf des WAFF besteht einerseits darin, seine Strukturen zu demokratisieren und allen im Gemeinderat vertretenen Parteien demokratische Mitsprache- und Kontrollrechte einzuräumen (nicht nur, wie derzeit, unverbindliche Empfehlungsrechte im Rahmen eines 2mal jährlich tagenden Kuratoriums). Dazu zählt auch, die Mittelvergabe des

WAFF transparent und nachvollziehbar zu gestalten. Andererseits sollte der WAFF stärker experimentelle Arbeitsmarktpolitik betreiben, was die ursprüngliche Intention bei seiner Gründung gewesen ist, mehr niederschwellige Maßnahmen anbieten und seine Leitungsgremien geschlechterparitätisch besetzen. Die Mittel des WAFF sind in erster Linie für die direkte Unterstützung der ArbeitnehmerInnen einzusetzen, erst in zweiter Linie als Unterstützung von Unternehmen (für diese steht der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds zur Verfügung).

Beschäftigungspolitik macht aber nicht an der Stadtgrenze Halt. Ein grenzüberschreitender territorialer Beschäftigungspakt zwischen Wien und den Städten der benachbarten EU-Mitgliedsländer ist zu erstellen, der die Zusammenarbeit der Arbeitsmarktverwaltungen und Bildungseinrichtungen zum Inhalt hat und gemeinsame regionale Beschäftigungsstrategien entwirft. Der Wiener Landeshauptmann soll sich in seiner Eigenschaft als Mitglied des EU-Ausschusses der Regionen für eine Weiterentwicklung verbindlicher beschäftigungspolitischer Kriterien auf EU-Ebene einsetzen.

Schaffung Grüner Jobs – Aktion 10.000

Aus Grüner Sicht geht es nicht nur darum, ausreichend Arbeitsplätze und (neue) Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen, sondern qualitätsvolle und im Sinne der Nachhaltigkeit zukunftsträchtige. Die Wirtschaftsstruktur der Stadt Wien ist daher auf nachhaltige Beine zu stellen, damit Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden: Wir brauchen ein Experimentierfeld und ein Versuchslabor zur Entwicklung der Zukunft!

(Nicht nur) Junge Menschen haben Wissen, Können, Ideen und Hoffnungen. Was sie brauchen, ist Unterstützung bei der Realisierung ihrer Vorstellungen. Die Grünen treten daher für eine „Aktion 10.000“ ein, mit der neu zu schaffende Arbeitsplätze für ein Jahr finanziert werden. Auf diese Weise finden Menschen in den Arbeitsmarkt (zurück), erhalten Berufspraxis und soziale Absicherung, entwickeln aktiv und selbstbestimmt eigene Ideen, die sie auch selbst umsetzen.

Als Arbeitsfelder bieten sich an:

- Sozialbetreuung (z. B. Pflege)
- Umwelt (Information, Projektentwicklung, aber auch praktische Umsetzung von Umweltzielen wie etwa die Reduktion bestimmter regionaler Umweltbelastungen)
- Kinderbetreuung
- Jugendprojekte
- Kooperationsnetze für gemeinsame Lebensrealität verbundener Bevölkerungsgruppen (Menschen mit besonderen Bedürfnissen; Menschen in besonderen Lebenslagen, ...)
- Neue Technologien (z. B. Bildungsangebote Internet für Generation 55+ o. Ä.)
- Aufbau lokaler und regionaler Kooperationsnetze (gemeinsame betriebliche Nutzung von Infrastruktur; GründerInnenzentren, ...)
- Bildung
- Dienstleistungszentren in zentrumsentfernten Stadtteilen (Post, Nahversorgung, Taxi-Zubringer-Dienste, ...)
- Stadt-Land-Vermarktungsk Kooperationen für spezialisierte Produkte bzw. Produktarten
- Forschungsprojekte von regionaler Bedeutung
- Forschungsk Kooperationen (etwa in der Entwicklung regionaler Verkehrskonzepte usw.)
- Förderung erneuerbarer Energieträger: Wien sollte im Gegensatz zur Bundesebene Ökostrom, Ausbau der Windenergie,

Biomasse, Biogas und sonstige Ökostromanlagen fördern.

- Herausbildung und Unterstützung eines Ökoenergie Clusters für Wien
- Förderungen im Bereich Energieeffizienz (z. B. Solar Cooling), biologisch-ökologischer Bauberatung, thermischer Gebäudesanierung
- Nahversorgungsförderung in Wien soll stärker auf Nachhaltigkeit, Öko-AnbieterInnen, Gendergerechtigkeit usw. ausgerichtet werden: Förderung von Klein- und Mittelunternehmen, die die lokalen Märkte versorgen
- Das vorhandene Potenzial an kreativen Geschäftsideen soll in Wien systematisch unterstützt werden. Es braucht eine Kultur, die die systematische Förderung neuer Ideen ermöglicht, bei der Umsetzung unterstützt und die den Austausch von jenen, die Ideen haben, und jenen, die bereit sind, Ideen umzusetzen, forciert.

Davon profitieren alle: Die Betroffenen, weil sie im Erwerbsleben (wieder) Fuß fassen und ihre Ideen testen sowie umsetzen können; das Sozialsystem, weil es nicht nur entlastet wird, sondern auch zusätzliche Beiträge erhält; der Arbeitsmarkt, der über das Ausmaß der unmittelbar im Rahmen der Aktion 10.000 neu geschaffenen Arbeitsplätze hinaus entlastet wird; der Wirtschaftstandort Wien, dem zusätzliche Kaufkraft zufließt; die Gesellschaft, weil in dieser Aktion Arbeitsfelder der Zukunft vorbereitet und entwickelt werden.

Qualifizierungsmaßnahmen auf Wiener Ebene

Insbesondere Menschen mit niedriger Qualifikation oder ohne Bildungsabschlüsse sind von Arbeitslosigkeit betroffen, obwohl Arbeitslosigkeit auch in den höheren Bildungsschichten steigt (z. B. steigende Arbeitslosigkeit unter AkademikerInnen). Wiener Mut für eine Qualifizierungsoffensive bedeutet:

- Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, die auf Probleme der/des Einzelnen abgestimmt sind und keine Pseudoausbildung und unsinnige Billigkurse darstellen.
- Modulartiger Aufbau von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen: Beratung, Qualifizierung, Beschäftigungserprobung, sozialpädagogische Begleitung.
- Ausbau der arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Maßnahmen des WAFF für atypisch Beschäftigte, Frauen und spezielle Zielgruppen (z. B. Menschen mit Behinderung, MigrantInnen, KünstlerInnen etc.).

Sozial-ökonomische Betriebe fördern

Sozial-ökonomische Betriebe stellen Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere für Langzeitarbeitslose, ältere ArbeitnehmerInnen, Menschen mit Behinderung usw. zur Verfügung und leisten einen wesentlichen Beitrag zur beruflichen und sozialen Integration dieser Menschen. Denn die Beschäftigungsmöglichkeit in einem SÖB führt bei den Betroffenen zu einer sich verstärkenden persönlichen Entwicklung. Derzeit werden in Wien sozial-ökonomische Betriebe nur über TrägerInnenvereine und Beteiligung des AMS und des WAFF errichtet. Beschäftigungsideen der Betroffenen selbst fließen wenig ein.

Die bestehenden bürokratischen Strukturen hinsichtlich der Gründung von SÖBs müssen aufgebrochen werden und ein entsprechender Fördertopf für die Gründung von SÖBs ist einzurichten.

Stadt Wien als Arbeitgeberin

Beim Magistrat der Stadt Wien und den gemeindeeigenen Unternehmen inkl. der LandeslehrerInnen sind ca. 80.000 Menschen beschäftigt. In dieser Rolle als Arbeitgeberin stehen der Gemeinde Möglichkeiten offen, a) Arbeit umzuverteilen und eine Vorreiterrolle in diesem Bereich zu übernehmen, b) Beschäftigung zu erhöhen und c) Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen zu setzen.

Arbeit umverteilen

Maßnahmen zur Umverteilung von Arbeit bei der Gemeinde Wien reichen von der Prüfung von Möglichkeiten zur Umsetzung einer 35-Stunden-Woche, Ausbau von Sabbaticals für Gemeindebedienstete, Einführung von biografieorientierten Arbeitszeitmodellen bis hin zur Förderung bestimmter Gruppen.

Wiener Mut zur Umverteilung von Arbeit bedeutet:

- Mehr Frauenförderung insbesondere in Berufen und Arbeitsbereichen, die für Frauen schwer zugänglich sind, Gender Mainstreaming im Magistrat, Verbesserungen im Wiener Gleichbehandlungsgesetz.
- Mehr Förderung von Menschen mit Behinderung: Die Gemeinde muss zumindest ihre Einstellungspflicht erfüllen bzw. diese Vorgaben als positives Vorbild übertreffen (derzeit sind ca. 800 Behinderten-Arbeitsplätze bei der Gemeinde nicht besetzt).
- Erhöhung der Beschäftigung von MigrantInnen: insbesondere bei der Wiener Polizei, bei den Wiener Linien etc.
- Die Gemeinde Wien soll verstärkt Lehrlinge ausbilden und insbesondere auch benachteiligte Jugendliche fördern.

Beschäftigung erhöhen

Wien sind durch den innerösterreichischen Stabilitätspakt die Hände für die Ankurbelung der Nachfrage in zukunftsträchtige Bereiche weitgehend gebunden, da die Stadt Überschüsse erwirtschaften muss. Aus Grüner Sicht muss der innerösterreichische Stabilitätspakt abgeschafft und die frei werdenden Mittel für die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Schulen und für Kinderbetreuung, für Investitionen im Wohnbereich (z. B. thermische Sanierung), im Gesundheits- und Pflegebereich, im öffentlichen Verkehr usw. verwendet werden.

Das Leben endet nicht am Arbeitsplatz

Die Stadt hat als größte Arbeitgeberin in Wien die Möglichkeit, sowohl im Bereich interner Demokratie als auch bei unterschiedlichen Modellen der Arbeitszeitverkürzung und Biografie orientierter Arbeitszeitmodelle eine Vorreiterinnenrolle und auch Vorbildwirkung hinsichtlich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu übernehmen. Das Personal der Stadt Wien soll aktiv an der Gestaltung ihrer Arbeitsplätze, -inhalte, des Arbeitsumfeldes usw. – in allen Bereichen beginnend beim Pflegebereich bis hin zu den Magistratsabteilungen – beteiligt werden.

Errichtung einer Wiener Arbeitslosenanzwaltschaft

Ein Zehntel der Wiener Erwerbsbevölkerung ist arbeitslos – aber ohne Vertretung: Arbeitslose haben nicht nur keinen Job, sondern auch keine Lobby, keine kompetente Servicestelle und keine Interessenvertretung. Bestehende Bundeseinrichtungen wie das AMS leisten Rechtsberatung nur unzureichend und oft nicht im Interesse der Arbeitslosen. Beratungsbedarf gibt es genug. Sei es wegen Unklarheiten im Paragraphenschwermel des Arbeitslosengeldes oder infolge Unsicherheiten über die verpflichtende Annahme von Schulungen oder Jobs (wer kennt nicht die zahllosen Geschichten von „unsinnigen“ Kursmaßnahmen, die den Be-

treffenden nix bringen und nur die Arbeitslosenstatistik schönen?). Auf Wiener Ebene ist daher eine Arbeitslosenanzwaltschaft einzurichten. Aufgabe dieser ist die Beratung und die Bereitstellung von Informationen für Arbeitslose, die Durchführung von Informationskampagnen über die Rechte Erwerbsarbeitsloser und die Möglichkeit der Rechtsvertretung. Die Wiener Arbeitslosenanzwaltschaft soll das Recht auf Stellungnahme zu Gesetzesvorhaben bekommen und generell eine Vermittlungsfunktion zwischen den Betroffenen und den Behörden ausüben.

Für ausgewählte Zielgruppen müssen konkrete Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung gesetzt werden

Frauen

- Bekämpfung der Frauenarmut: allen voran der Kampf gegen die alarmierenden Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, die Schaffung von Vollzeitarbeitsplätzen statt nichtexistenzsichernder Teilzeitjobs und die Umsetzung eines geschlechtergerechten Budgets
- Ausbau der Wiedereinstiegs Hilfen für Frauen
- Betriebe fördern, die Frauen fördern, Bindung öffentlicher Aufträge an Frauenförderpläne

Jugendliche

- Förderung von Schulabschlüssen für Jugendliche, die die Schule abgebrochen haben – besondere Berücksichtigung von jugendlichen MigrantInnen
- Einrichtung eines Lehrlingsfonds nach Vorarlberger Vorbild
- Ausweitung bestehender Arbeitsmarktprojekte für Jugendliche
- Einrichtung von Produktionsschulen (nach dänischem und Linzer Vorbild)
- Schaffung von Ausbildungspools und Lehrwerkstättenverbänden
- Maßnahmen gegen die frühe geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation: Mädchenförderung in nicht traditionellen Berufen

MigrantInnen

Drei Viertel aller ausländisch Beschäftigten in Wien konzentrieren sich auf nur fünf Branchen, angeführt vom Gastgewerbe und der Baubranche. Dort verrichten sie mehrheitlich unqualifizierte Hilfsarbeiten. Den Arbeitslosigkeitsrisiken von MigrantInnen ist vorzubeugen. Wiener Mut für Beschäftigungsmöglichkeiten von MigrantInnen bedeutet:

- Gezielte Qualifikations- und Förderprogramme für MigrantInnen
- Steigerung des MigrantInnen-Anteils bei der Gemeinde Wien und gemeindeeigenen Unternehmungen
- Förderungen für Betriebsgründungen

Langzeitarbeitslose

- Verminderung des Armutsrisikos durch ausreichende finanzielle Absicherung (Grüne Grundsicherung)
- Konkret auf die jeweiligen Probleme angepasste beschäftigungspolitische Lösungen und keine Zwangselemente zur Integration in den Arbeitsmarkt
- Hochwertige Schulungsangebote und nicht kurzfristige Sympombekämpfung
- Förderung von Handwerker- und Reparaturpools

Menschen mit psychischen, körperlichen bzw. geistigen Beeinträchtigungen

- Unterstützungsmaßnahmen für ArbeitgeberInnen, um Vorurteile und Angst vieler ArbeitgeberInnen gegenüber Menschen mit Behinderungen abzubauen.
- Aufwertung von Beschäftigungsinitiativen für Menschen mit Behinderung: Jobberatungs- und -vermittlungsinstitutionen

müssen stärker und an längere Zeiträume gebunden subventioniert werden.

- Mehr Druck auf öffentliche und private ArbeitgeberInnen, ihre Behinderteneinstellquote zu erfüllen.

Maßnahmenpaket für ältere ArbeitnehmerInnen

- Ausbau von Teilzeitarbeitsmodellen auch im öffentlichen Dienst
- Entwicklung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen für ältere ArbeitnehmerInnen
- Schaffung von Arbeitsplätzen für ältere Menschen in sozial-ökonomischen Betrieben, in Einrichtungen des Dritten Sektors (z. B. Tauschbörsen, Nachbarschaftsnetzwerke, gemeinnützige Organisationen)
- Gezielte Weiterbildungsmaßnahmen für ältere ArbeitnehmerInnen

4.2 Armutsbekämpfung

Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander. Arbeitslosigkeit, atypische Beschäftigung, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse usw. führen dazu, dass immer mehr Menschen auf Sozialleistungen angewiesen sind. Die Zahl der Menschen, die um Sozialhilfe ansuchen, ist daher in den letzten Jahren rasant angestiegen. Die Grünen vertreten die Position, dass niemand in Armut leben darf und alle Menschen sozial abgesichert sein müssen. Deshalb treten die Grünen für die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung für alle in Österreich lebenden Menschen ein. Solange eine derartige Grundsicherung nicht existiert, drängen wir darauf, das bestehende System der Sozialhilfe zu verbessern. Um Armut zu vermeiden bzw. zu bekämpfen müssen auf Wiener Ebene folgende Maßnahmen gesetzt werden:

Sozialhilfe Neu – Wiener Grundsicherung

Durch anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, aber auch durch das immer stärker werdende Phänomen der „working poor“, sind immer mehr Menschen auf das soziale Netz, insbesondere auf die Leistungen der Sozialhilfe angewiesen (ca. 70.000 Menschen in Wien). Sparmaßnahmen im Bereich der zuständigen Magistratsabteilung haben in der Vergangenheit zu Wartezeiten von sechs bis acht Wochen für die Auszahlung der Sozialhilfe geführt. Auch die Belastung der SachbearbeiterInnen stieg dadurch stark an. Streichungen von „Kann-Bestimmungen“ und finanzielle Ausdünnung verschärfen die Situation für Betroffene in Wien erheblich. Anstatt die Ursachen zu bekämpfen, erschweren die politischen Vorgaben der SPÖ in Wien den Menschen in Not durch schlechte Information, viel Bürokratie und Degradierung der Hilfesuchenden zu ‚BittstellerInnen‘, den Zugang zur Sozialhilfe. Wien versucht auf diesem Weg, die steigenden Kosten einzudämmen. Wir Grüne sind jedoch der Meinung, dass der finanzielle Druck der Stadt nicht auf notleidende Menschen abgewälzt werden darf: Sozialhilfe muss Existenz sichernd sein!

Wiener Mut zur existenziellen Absicherung von SozialhilfeempfängerInnen bedeutet:

- Einführung eines individuellen Rechtsanspruchs auf Sozialhilfe für alle Menschen, die in Wien leben, ungeachtet ihrer StaatsbürgerInnenenschaft
- Sockelung der Sozialhilfe auf das Mindestsicherungsniveau der Einkommensarmut-Schwelle von 60 % des Median-Haushaltseinkommens – derzeit ca. 800 Euro 12x jährlich im Ein-

personenhaushalt

- Einführung eines Rechtsanspruchs auf qualitativ hochwertige und flächendeckende soziale Dienstleistungen, wie Schuldenberatung, Hilfe für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, Delogierungsprävention, niederschwellige Gesundheitsangebote, MigrantInnenberatung, Frauenberatung, etc.
- Recht auf Sozialhilfe für Frauen in familiären Krisensituationen unabhängig vom Haushaltseinkommen
- Verbesserung der Leistungen für Kinder
- Einführung von klar definierten Rechten und einfachen Berechnungsmethoden (keine "Kann-Bestimmungen")
- Vollständige Aufhebung der Regressbestimmungen in der Sozialhilfe
- Zusätzliches qualifiziertes Personal für einen leistungsfähigen, service- und klientInnenorientierten Vollzug

Wiener AktivCard

Armut heißt nicht nur wenig Geld zu haben, sondern auch nicht am sozialen und kulturellen Leben teilhaben zu können. Diesem Umstand trägt auch das Wiener Sozialhilfegesetz Rechnung, das die Sicherstellung der „Pflege der Beziehungen zur Umwelt und die Teilnahme am kulturellen Leben“ als eine Aufgabe des Sozialhilfeträgers definiert. Das bereits 1989 begonnene Linzer Modell des „Aktivpasses“ zeigt, dass Armutsprävention und Empowerment ohne Stigmatisierung der Betroffenen und mit großem Erfolg durchgeführt werden kann.

Wiener Mut zur Einführung einer Wiener AktivCard bedeutet:

- Die AktivCard umfasst: Ermäßigungen auf Einrichtungen, die von der Stadt Wien gefördert werden: öffentliche Verkehrsmittel, Museen, Theater, Kinos, Bibliotheken und sonstige kulturelle Einrichtungen, Bäder und Sportstätten der Stadt Wien, sowie Fort- und Weiterbildungsangebote.
- Alle Menschen, deren Einkommen unter dem Wert Armutsgefährdungsschwelle + 15 % – derzeit ca. 900 Euro – liegt, sollen auf jeden Fall vom AktivPass profitieren.
- Allen Menschen, deren Einkommen unter dem Betrag erhöhte Armutsgefährdungsschwelle + 15 % – derzeit ca. 800 Euro – liegt, soll die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel und anderer öffentlicher, kultureller und sozialer Einrichtungen zum Nulltarif ermöglicht werden.
- Der AktivCard benötigt: Aktives Marketing, um möglichst viele weitere private oder öffentliche Institutionen und Unternehmen dazu anzuregen, Vergünstigungen für InhaberInnen des Begünstigtenausweises zu gewähren.

Armutsbericht für Wien

Das Risiko von Armut bedroht zu sein, wächst. Immer stärker gefährdet sind die sogenannten „working poor“, also Menschen, die trotz voller Erwerbstätigkeit armutsgefährdet sind. Auch atypisch Beschäftigte sind überdurchschnittlich von Armut bedroht: Genaue Daten und Untersuchungen über Armut und Armutsgefährdung in Wien gibt es derzeit nicht.

Deshalb fordern wir Grüne die Erstellung eines ‚Wiener Armutsberichts‘, in den alle in Wien lebenden Menschen, unabhängig von Herkunft und Staatsbürgerschaft, einbezogen werden. Einen besonderen Stellenwert in einem Wiener Armutsbericht müssen die Entwicklung in der Sozialhilfe, der Schuldnerberatung, der Delogierungen und der kommunalen Behindertenpolitik einnehmen. Von besonderem Interesse ist weiters die Lage der von Armut bedrohten Kinder sowie die soziale Lage der Frauen in

Wien. Dabei sollen neben dem Einkommen auch andere Faktoren berücksichtigt werden, um festzustellen, ob jemand unter Armut und Ausgrenzung leidet. Dieser Bericht soll die Grundlage für die Erarbeitung eines Reformkonzepts zur Bekämpfung von Armut darstellen. Priorität haben Armutsprävention und alle Maßnahmen des Empowerments.

Verankerung einer Sozial-Klausel in der Wiener Verfassung

In die Wiener Stadtverfassung soll eine Sozial- Klausel aufgenommen werden, die ein dezidiertes Bekenntnis der Stadt zu sozialer Gerechtigkeit und der Beseitigung von sozialer Ungerechtigkeit darstellt.

Wiener Mut zu einer sozialen Stadtverfassung beinhaltet folgende Bestimmungen:

- Wien ist eine sozial engagierte Stadt. Gesetzgebung und Vollziehung berücksichtigen die soziale Sicherheit und Chancengleichheit aller Bewohnerinnen und Bewohner, unabhängig von Herkunft, Sprache, Hautfarbe, Staatsbürgerschaft, Religion, sexueller Orientierung und Geschlecht.
- Vor Beschluss von Gesetzen, Tarifen und Maßnahmen wird geprüft, wie sich diese auf die soziale Lage der Betroffenen, die Gleichstellung von Frauen und Männern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die soziale Inklusion von Benachteiligten auswirken.
- Es gibt ein Recht auf Wohnen sowie auf Bildung und eine bedarfsorientierte Grundsicherung.
- Wien setzt sich für das Recht der Teilhabe aller am kulturellen und sozialen Leben der Stadt ein.
- Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben.

Niemand darf in Wien obdachlos sein

Immer mehr Menschen in Wien sind auf Grund wirtschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen von Obdachlosigkeit betroffen. Zwar gibt es in Wien eine Clearingstelle für Wohnungslose, die Schlafplätze vermittelt, aber diese sind nicht für alle ausreichend. Immer wieder müssen Menschen, die sich an diese Stelle wenden, weggeschickt werden, weil es an Schlafplätzen mangelt. Wir sind der Meinung, dass in einer so reichen Stadt wie Wien niemand obdachlos sein darf und alle Menschen in einer eigenen Wohnung leben können müssen. Als Sofortmaßnahme ist die Zahl der Dauerwohnplätze für mittellose und arme Menschen auf den bestehenden Bedarf anzuheben. Jeder obdachlose Mensch, der sich an die Clearingstelle wendet, muss sofort untergebracht werden. Selbstverwaltungsprojekte von Obdachlosen sind im Rahmen der Hilfe zur Selbsthilfe besonders zu fördern. Zusätzlich ist das Recht auf optimale Gesundheitsvorsorge und Betreuung im Krankheitsfall auch für Obdachlose zu sichern. Ein besonderes Problem besteht seit Jahren bei der Unterbringung von psychisch kranken Obdachlosen in Wien. Zahlreiche Anträge von Seiten der Wiener Grünen wurden bisher nicht in der geeigneten Form umgesetzt.

Ein spezifisches Problem im Zusammenhang mit Obdachlosigkeit ist die verdeckte Wohnungslosigkeit insbesondere von Frauen und Kindern. Frauen suchen nach privaten Lösungen, die sie sehr oft in neue Abhängigkeiten führen. Aus Grüner Sicht findet dieses Problem in der öffentlichen Wahrnehmung kaum Berücksichtigung und es gibt auch keine seriösen Schätzungen, wie viele Frauen und Kinder obdachlos sind. Wir setzen uns daher dafür ein, dass eine Bestandsaufnahme der Problemlage woh-

nungsloser Frauen erfolgt und daran anschließend konkrete Maßnahmen gesetzt werden. Wesentlich in diesem Zusammenhang ist eine Verstärkung von Sozial- und Beratungsinstitutionen für die spezifischen Probleme von Frauen sowie der massive Ausbau von Wohnheimen für Frauen und Kinder.

Dringend erforderlich ist der Ausbau der Delogierungsprävention, die nicht nur Leid verhindert, sondern auch noch um bis zu sieben mal kostengünstiger ist, als Delogierungsmaßnahmen. Es ist daher völlig unverständlich, warum die Stadt Wien nicht konsequent auf Delogierungsprävention setzt.

4.3 Leistbares Wohnen für alle

Wohnen stellt eine wesentliche Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben, für die Integration in die Gesellschaft und für die Möglichkeit zur Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen dar. Qualitätsvolles Wohnen ist zentraler Bestandteil von Lebensqualität und zufriedener Lebensgefühl. Da Wohnen ein wesentlicher Lebensbestandteil ist, zielt Grüne Wohnpolitik darauf ab, allen Bevölkerungsschichten leistbaren Wohnraum, der auch modernen Wohnstandards und moderner Wohnqualität entspricht, zur Verfügung zu stellen. Doch die Probleme auf dem Wiener Wohnungsmarkt sind vielfältig: übertriebene Mieten, menschenunwürdige Wohnungen, Wohnungsspekulationen, baufällige Häuser usw. All diese Probleme erfordern spezifische Maßnahmen.

Gemeindewohnungen für jene, die sie benötigen

Gemeindewohnungen sind in dieser Stadt ein zentrales Element einer sozialorientierten Wohnpolitik. Bei der Vergabe und Verwaltung dieser Wohnungen existieren jedoch seit langer Zeit Probleme, an deren Lösung die Stadtregierung kein Interesse zeigt. Seit Jahren ist die illegale Untervermietung von Gemeindewohnungen durch HauptmieterInnen, die ihre Wohnungen nicht mehr benötigen, ein bekanntes Problem. Eine beachtliche Dunkelziffer von Gemeindewohnungen wird auch von MieterInnen, die diese nicht mehr benötigen, aufgrund des günstigen Mietzinses leer gelassen und für etwaige, zukünftige Eintrittsberechtigte „aufgehoben“. Laut österreichischem Mietrechtsgesetz besteht die Möglichkeit, eine Wohnung unter bestimmten Voraussetzungen an nahe Verwandte weiter zu geben. Eine dieser Voraussetzungen besteht im Nachweis, dass die/der alte und die/der neue MieterIn für eine bestimmte Zeit in der betreffenden Wohnung einen gemeinsamen Haushalt geführt haben. Wiener Wohnen ermöglicht seinen MieterInnen auch ohne Vorliegen des gemeinsamen Haushaltes die Weitergabe des Mietrechts innerhalb der Familie. Diese sogenannte „erweiterte Weitergabe“ geht am Unternehmenszweck von Wiener Wohnen vorbei, der in der Bereithaltung und Schaffung von einem modernen Standard entsprechenden Mietwohnungen für einkommensschwächere, wohnungsbedürftige Personen und Familien liegt. Insgesamt führen alle genannten Entwicklungen dazu, dass für Menschen, die dringend eine leistbare Gemeindewohnung benötigen, diese Möglichkeit vorenthalten ist bzw. deren Wartezeiten auf eine Gemeindewohnung unnötig verlängert werden.

Wiener Wohnen ist gefordert, die „erweiterte Weitergabe“ von Gemeindewohnungen abzustellen und Strategien zu entwickeln, damit Missstände wie illegale Untervermietungen behoben werden und diese Wohnungen wieder ihren sozialen Zweck erfüllen und zum vorgesehenen Preis an Wohnungssuchende weitergegeben werden können. Im Sinne einer gerechteren Verteilung leist-

barer, kommunaler Wohnungen muss die in den Mietvertrag ein-tretende Person ein dringendes Bedürfnis an den Mietrechten an der Wohnung haben.

Personen müssen mindestens zwei Jahre eine Wohnung in Wien als Hauptwohnsitz ohne Nebenmeldung bewohnen, um einen Vormerkschein für eine Gemeindewohnung zu erhalten. Diese Regelung trat mit Jahresbeginn 2004 in Kraft und wirkt sich besonders prekär auf Personen aus, die erst nach Anmietung einer Wohnung feststellen, dass von dem von ihnen bewohnten Objekt eine akute Gefahr für ihre Gesundheit, z. B. durch Feuchtigkeit und Schimmel, ausgeht. Sie müssen zwei Jahre dort verbleiben, um überhaupt einen Vormerkschein für eine Gemeindewohnung zu erhalten und dann dauert die tatsächliche Wartezeit bis zur Zuteilung oft noch Jahre. Die Mindestmeldedauer an der Einreichadresse, um einen Vormerkschein zu erhalten, ist zu verkürzen.

Zugang zu Gemeindewohnungen für MigrantInnen

Ein spezifisches Problem ist die Wohnsituation von MigrantInnen. Aufgrund der Diskriminierung von Drittstaatsangehörigen beim Zugang zu Gemeindewohnungen sind ärmere MigrantInnenfamilien vielfach auf Wohnungen angewiesen, die menschenunwürdig und auch viel zu teuer sind. In diesen Wohnhäusern haben die HauseigentümerInnen kein Interesse an einer Sanierung, da sie auch so genügend MieterInnen, die auf diese Wohnungen angewiesen sind, für ihre Objekte finden. Die daraus resultierende Lage ist trist: ZuwanderInnenhaushalte, aber auch MindestpensionistInnen-, StudentInnenhaushalte wohnen auf engstem Raum bei z. T. gesundheitsgefährdenden Bedingungen. Durch die Bereitstellung von "Notfallwohnungen" für Drittstaatsangehörige wurde ein erster positiver Schritt gesetzt. Nun muss die Stadt rasch weitere Initiativen setzen. Voraussetzung für eine ernstgemeinte und greifende Integrationspolitik in Wien bleibt daher die Öffnung des Gemeindebaus für Wiener MigrantInnen. Zur Erarbeitung eines Modells zur Öffnung der Gemeindebauten für MigrantInnen soll eine Arbeitsgruppe aus MandatarInnen aller im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien und VertreterInnen des Wiener Magistrats gebildet werden.

Ausbau der Dachgeschosse bei Sanierungen von Gemeindebauten

Die Möglichkeit in dichtverbauten Gebieten durch den Ausbau von Dachgeschossen in Gemeindewohnungen neue und attraktive Wohnungen teilweise in Zentrumsnähe ohne große Zusatzaufwendungen zu den ohnehin durchzuführenden Haus-sanierungen zu schaffen, muss verstärkt genützt werden.

Sanierungsmaßnahmen für baufällige Häuser

Hunderte Altbauten, die sich in teilweise bedenklichem Zustand befinden und deren EigentümerInnen entweder keine Mittel oder kein Interesse daran haben, diese Wohnhäuser zu revitalisieren, verschandeln Wien. Einige dieser Häuser dienen ihren EigentümerInnen als reine Spekulationsobjekte, die verbliebenen MieterInnen müssen unter teilweise menschenunwürdigen Bedingungen wohnen. Andere werden abgesiedelt und an gutgläubige KäuferInnen ins Wohnungseigentum abverkauft, die oft horrenden Folgekosten für die ordnungsgemäße Sanierung der Gebäude tragen müssen, weil sich die verkaufenden Firmen in Konkurs befinden oder sonst nicht mehr greifbar sind. Folge davon ist, dass es in Wien viele finanzschwächere Haushalte in Häusern mit schlechter Bausubstanz und deutlich überhöhten Mieten gibt. Eine Offensive zur Sanierung baufälliger Häuser ist zu

ergreifen, wobei zu berücksichtigen ist, dass die sanierten Wohnungen trotzdem leistbar bleiben müssen. EigentümerInnen, die ihre Häuser vernachlässigen, ist jedenfalls auf Antrag durch die Stadt Wien durch das Gericht oder die Schlichtungsstelle die Vornahme dieser Arbeiten aufzutragen. Diese Maßnahme steht der Stadt Wien nach dem Mietrechtsgesetz seit Jahren offen, sie wurde aber bisher kein einziges Mal eingesetzt. Die äußersten Mittel, die rechtlich bezüglich Sanierung baufälliger Häuser zur Verfügung stünden, sind Ankäufe durch die Stadt Wien oder Enteignungen nach dem Stadterneuerungsgesetz. Die Stadt und deren Organe müssen sich hier endlich ihrer Verantwortung bewusst werden und handeln.

Informations- und Aufklärungskampagne bezüglich überhöhter Mietzinse und Betriebskosten

In Wien verlangen zahlreiche VermieterInnen von Altbauwohnungen Mietzinse, die weit über dem gesetzlich vorgeschriebenen Richtwertmietzins liegen. Diese unberechtigten Mietzinsforderungen werden aber nur zu einem sehr geringen Teil von den Betroffenen vor den dafür eingerichteten Schlichtungsstellen der Stadt Wien bekämpft. Zusätzlich bezahlen Tausende MieterInnen in Wien jährlich zu hohe Betriebskosten an Hausverwaltungen und HausbesitzerInnen, die sich mit unkorrekten Abrechnungen ein nettes „Körpergeld“ verdienen. Auch Betriebskostenabrechnungen können von den Schlichtungsstellen überprüft und etwaige Überzahlungen zurückgefordert werden. Die Möglichkeiten der Überprüfung und Rückforderung werden von zu wenigen MieterInnen in Anspruch genommen, weil diese entweder gar nichts davon wissen oder aus unbegründeter Angst vor Konsequenzen durch ihre Hausverwaltungen den Gang zur Schlichtungsstelle scheuen. In einer Informations- und Aufklärungskampagne der Stadt Wien sollen MieterInnen über ihre Rechte aufgeklärt und dafür gesorgt werden, dass diese Rechte auch in Anspruch genommen werden.

Ausreichendes Angebot an geförderten Wohnungen

Der Neubau geförderter Wohnungen war in den letzten Jahren in Wien rückläufig. Die von der Stadtregierung derzeit pro Legislaturperiode fertiggestellten Wohnungen sind nur dann genug, wenn Wien so bleibt, wie es immer war. Ein ausreichendes Angebot an geförderten Wohnungen stellt ein wirksames Mittel dar, um vor allem auch für junge Familien nicht nur leistbares, sondern auch modernes Wohnen zu gewährleisten. Ein ausgewogenes Angebot an geförderten Wohnungen trägt überdies zur Entspannung der Angebotssituation des gesamten Wohnungsmarktes bei, was wiederum zu moderateren Preisen in allen Bereichen führt. Die ausreichende Verfügbarkeit geförderter Wohnraums muss durch vermehrte und gezielte Förderung ökologisch sinnvoller Wohnungsneubauten – die Passivhaussiedlung im 21. Bezirk könnte Weg weisend sein – und der Sanierung von Nachkriegswohnhausanlagen mittels ökologischer Methoden und Materialien sichergestellt werden.

Ökologische Kriterien für den geförderten Wohnungsneubau und die -sanierung

In den Ausschreibungskriterien für geförderte Wohnbauten wird zu wenig auf familienfreundliche und ökologische Kriterien Wert gelegt. Es liegt an der Stadt selbst, die Kriterien für den geförderten Wohnungsneubau und die geförderte Wohnungssanierung so zu gestalten, dass diese eine Minimierung des Energieeinsatzes zur Folge haben und Wien zur Erreichung der Kyoto-

Ziele unter anderem auch in diesem Bereich seinen Beitrag leistet.

Kontrolle der Mietzinse von gefördert sanierten Altbauten

Werden in Wien Zinshäuser mit öffentlichen Fördermitteln saniert, so dürfen die VermieterInnen nur die, durch die jeweiligen Förderbedingungen vorgegebenen, konkreten (Höchst-)Mietzinse von MieterInnen verlangen. Es gibt aber derzeit keinerlei Kontrolle, ob sich VermieterInnen an diese Vorgaben halten. Die Schaffung einer Kontrolleinrichtung, die überprüft, ob die vorgeschriebenen Mietzinse bei gefördert sanierten Wohnungen auch eingehalten werden, ist dringend notwendig.

Transparente Vergabe von geförderten Wohnungen

Wohnungssuchende beklagen oft die Undurchsichtigkeit der Vergabe von geförderten Mietwohnungen durch private und gemeinnützige Bauträger. Die besser ausgestatteten und besser gelegenen Wohnungen sind bereits vergeben, wenn die Bauprojekte sich zum Teil noch im Planungs-, also nicht einmal im Baustadium, befinden. Betroffene erlangen auf Nachfragen bei den Bauträgerfirmen keine zufriedenstellenden Antworten über den Verbleib dieser Objekte und die betreffenden Vergabekriterien. Ein transparentes Vergabesystem für alle von der Stadt Wien geförderten Wohnungen im Alt- und Neubaubereich soll – natürlich unter Berücksichtigung des Datenschutzes – aus einer öffentlich einzusehenden Reihungsliste der BewerberInnen und der angebotenen Objekte (z. B. im Internet oder beim Wohnservice Wien) bestehen.

Berechnung der Allgemeinen Wohnbeihilfe vom Bruttomietzins

Die Allgemeine Wohnbeihilfe in Wien wird vom Nettomietzins (ohne Betriebskosten und Umsatzsteuer) bemessen, wodurch finanziell Schwächere benachteiligt werden. Wir fordern die Berechnung der Wohnbeihilfe vom tatsächlich monatlich zu leistenden Bruttomietzins.

Wohnungsspekulation unterbinden

Die Stadtregierung konnte auch in den Jahren, als sich der Wohnungsmarkt in Wien relativ entspannt zeigte, der Wohnungsspekulation nie ganz Herr werden. Nicht nur die Innung der Immobilienverwalter geht davon aus, dass die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt das Angebot in naher Zukunft wieder weit übersteigen könnte; eine neuerliche Verschärfung der Situation – auch im Hinblick auf die Anreize für Spekulanten, die mit der Wohnungsnot der Bevölkerung schnelles Geld verdienen wollen – scheint zumindest nicht ausgeschlossen. Auch leichtgläubige KäuferInnen von Eigentumswohnungen finden sich unter den Opfern der SpekulantInnen. In der Meinung, eine günstige Altbauwohnung zu erwerben, sehen sie sich nach Verschwinden oder Konkurs der VerkäuferInnen und MehrheitseigentümerInnen des Hauses plötzlich einem Schuldenberg gegenüber, der oft den Wert der eigenen Wohnung bei weitem übersteigt. Die Stadt Wien muss ihre Bemühungen gegen Wohnungsspekulationen ausbauen und rechtliche Hilfe und Information für Betroffene anbieten.

Zweckbindung der Rückflüsse aus den Wohnbaudarlehen

Bis 2001 mussten Rückzahlungen von Wohnbauförderdarlehen wieder für den geförderten Wohnbau verwendet werden. Mit

Aufhebung dieser Zweckbindung durch die Bundesregierung konnten die Bundesländer plötzlich die Rückzahlungen auch zur Abdeckung von Budgetlöchern in anderen Bereichen verwenden. Die Grünen fordern von der Stadt Wien die freiwillige Zweckbindung der Rückflüsse aus den Wohnbaurdarlehen, denn diese Maßnahme stellt eine gewisse Speisung der Wohnbaumittel sicher, auch wenn der Bund in Zukunft Kürzungen in der Wohnbauförderung vornehmen sollte.

4.4 Leistbare Gesundheit für alle

Grüne Politik steht für ein solidarisches und zukunftsorientiertes Gesundheitswesen, das eine medizinisch hochwertige Versorgung aller BürgerInnen unabhängig von Einkommen, sozialer Stellung, Wohnort, StaatsbürgerInnenstatus usw. garantiert. Die Realität sieht derzeit aber anders aus: Das österreichische Gesundheitswesen wird von der schwarz-blauen Regierung immer weiter spitalsreif gespart. Zunehmende "Selbstbehalte" strafen Versicherte im Krankheitsfall, Leistungskürzungen in der gesetzlichen Krankenversicherung treffen vor allem sozial Schwache und chronisch Kranke. Die Rahmenbedingungen, die zu den Verschlechterungen führen, werden vom Bund gesetzt, doch Wien nützt diesen Spielraum ungeniert (z. B. Erhöhung des Spitalskostenselbstbehalts auf 10 Euro pro Tag). Die Stadt Wien, die mit ihren Pflegeheimen und Krankenanstalten die größte Anbieterin von Gesundheitsleistungen in Österreich ist, hat Gestaltungsspielräume, die kaum genutzt werden. Im Wiener Gesundheitswesen wurden jahrelang enorme Beträge oft nicht dazu verwendet, um Verbesserungen in der PatientInnenbetreuung, der Ausbildung oder der Forschung zu finanzieren, sondern um Partikularinteressen verschiedener Gruppierungen zu befriedigen. Ergebnis dieser verfehlten Politik sind verkrustete Strukturen, die einflussreichen Lobbys im Gesundheitssystem Privilegien bescherehen und sich in konkreten Verschlechterungen für die PatientInnen niederschlagen. Das Gesundheitswesen leidet aus unserer Sicht in erster Linie an einem Struktur- und Qualitätsproblem und nicht an einem Finanzierungsproblem. Lösungsansätze liegen in der Behebung von strukturellen Mängeln (z. B. Überangebot an Akutbetten, Übermedikalisierung des Pflegeheimbereiches), einer konsequenten Qualitätssicherung und der Forcierung von Prävention. Die demographische Entwicklung und der technische Fortschritt werden auch zukünftig mit einer moderaten Steigerung der Gesundheitsausgaben beantwortet werden müssen.

Betreuung im Alter

Ein besonderes Anliegen ist uns die Betreuung alter Menschen in Wien. Der Pflegeskandal im Geriatriezentrum am Wienerwald (Lainz) hat den unmenschlichen Charakter von Großinstitutionen deutlich gemacht. Im Wiener Pflegeheimbereich wurden Jahrzehnte an europäischen Entwicklungen verschlafen. Die Stadtregierung muss sich entschließen, das neue Wiener Wohn- und Pflegeheimgesetz auch im eigenen Verantwortungsbereich ernst zu nehmen: Alle Pflegeheime Wiens auf höchstens 350 Betten verkleinern, Ausbau kleiner, Wohnort-naher Betreuungseinrichtungen, Errichtung von nur Ein- und Zwei-Bett-Zimmern. Wiener Mut zu menschengerechter und qualitätsvoller Betreuung im Alter bedeutet:

- Vorrang der ambulanten Betreuung vor der Heimeinweisung: Ausbau ambulanter Dienste
- weg von der medikalisierten „Warm-Satt-Sauber“ Pflege, hin

zur Gestaltung einer Bedürfnis orientierten Lebenswelt für Pflegebedürftige und Stärkung der BewohnerInnenrechte

- Verpflichtender Rehabilitationsversuch vor jeder Pflegeheimaufnahme mit dem Ziel, Menschen so lange als möglich ein Leben zuhause zu ermöglichen

Wiener Pensionistenwohnhäuser

Eine große Bedeutung bei der Entwicklung von Alternativen zu den Großheimen kommt dem Kuratorium Wiener Pensionistenwohnhäuser zu. In den dezentralen Häusern sind Pflegewohnungen und Betreuungsstationen auszubauen. Eine bereits bestehende Pflegebedürftigkeit darf nicht weiterhin einen Ausschlussgrund für die Aufnahme darstellen. Vor der Aufnahme ist ein geriatrisches Assessment (pflegerisch-medizinischer und/oder sozialer Bedarf) verpflichtend vorzusehen.

Qualitativ hochwertige soziale Dienste

Ein qualitativ hochwertiges und mengenmäßig bedarfsdeckendes Angebot an Sozialen Diensten (z. B. Hauskrankenpflege, Heimhilfe, Sozialarbeit) ist Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Leben mit Krankheit und Behinderung in den eigenen vier Wänden. Aufgrund der demographischen Entwicklung (starke Zunahme der Hochbetagten, von Demenzerkrankungen, von Single-Haushalten) sind die Herausforderungen an diesen Bereich enorm. Die Sozialen Dienste sind in den Fonds Soziales Wien (FSW) übergeführt worden. Für die Betroffenen drohen mit dieser Lösung eine Reihe von entscheidenden Nachteilen: Die Stadt und der FSW ziehen sich hinsichtlich der Verantwortung aus der Betreuung der Pflegebedürftigen immer weiter zurück. Die alten Menschen sind künftig nämlich „KundInnen“ von privaten Dienstleistungsunternehmen, mit denen sie Verträge abschließen müssen. Beschwerden über schlechte Qualität oder unzureichende Versorgung muss die Stadtverwaltung nicht mehr zum Handeln im Einzelfall zwingen. Sie beschränkt sich auf die An- oder Aberkennung der Unternehmen als Anbieter der Dienste. Die postulierte Wahlfreiheit für die KundInnen unter den verschiedenen Anbietern ist im Fall von Pflegebedürftigkeit wohl eher eine Fiktion als ein KonsumentInnenrecht. Die Wiener Grünen fordern daher, dass die Versorgungsverantwortung durch die Stadt beibehalten bleibt und auf das Konzept der „Förderung“ für jeden individuell Bedürftigen verzichtet wird. Statt dessen sollen die Dienstleistungsverträge zwischen Stadtverwaltung und Dienstleister beibehalten werden.

Palliativmedizinische Einrichtungen ausbauen

Palliativmedizinische Einrichtungen dienen der Versorgung von unheilbar kranken und sterbenden Menschen. Zentrales Ziel dieser Einrichtungen ist die Erhöhung der Lebensqualität und die Entlassung der PatientInnen in ihre vertraute Umgebung. Die Betreuung hat sich neben der Linderung von Krankheitssymptomen (in erster Linie Schmerzbekämpfung) auch auf die psychosoziale Versorgung von PatientInnen und deren Angehörige zu konzentrieren. Die im Wiener Krankenanstaltenplan festgelegte Anzahl der Palliativbetten muss endlich umgesetzt werden. Die ambulante Hospizbetreuung ist bedarfsdeckend auszubauen und finanziell abzusichern.

Qualitätsvolle Ausbildung der AltenbetreuerInnen

Essentiell für den gesamten Bereich der Betreuung alter Menschen ist die Ausbildungsqualität und Motivation aller MitarbeiterInnen. Je verletzlicher und wehrloser die Betreuten sind, desto besser muss die Qualifikation der BetreuerInnen und insbesondere der Führungskräfte sein. Leitende MitarbeiterInnen in der Altenbetreuung müssen nicht nur fachlich, sondern auch menschlich besonders kompetent sein. Auf ihre Ausbildung, ihre

Auswahl, ihre Weiterbildung und ihre berufsbegleitende Supervision ist deshalb allergrößter Wert zu legen.

Umstrukturierung des Krankenanstaltenbereichs

Eine weitreichende Reform des Wiener Gesundheitswesens ist für die Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen Versorgung für alle, die medizinischer Leistungen bedürfen, unumgänglich. Ein verbindlicher Wiener Krankenanstaltenplan (für alle Häuser Wiens und das AKH) ist zu erstellen, der einen zehnjährigen Planungshorizont gewährleistet und eine klare Leistungsbeschreibung der einzelnen Krankenhäuser enthält. Der kostenintensive Krankenanstaltenbereich ist durch Abbau von Überkapazitäten (Akutbetten, ambulante Leistungen) und Umwidmung von Betten (Rehabilitation, Nachsorge, Tagesklinik) zu reduzieren. Dem gegenüber muss der niedergelassene Bereich finanziell gestärkt werden. Erst wenn der niedergelassene Bereich durch entsprechende Strukturen und Qualität die Spitalsambulanzen in der Basisversorgung ersetzen kann, sind Maßnahmen zur Steuerung der PatientInnenströme weg vom kostenintensiven Krankenhausbereich hin zum niedergelassenen Bereich gerechtfertigt. Zur Finanzierung dieser Umstrukturierung muss die strikte Trennung der Finanztöpfe zwischen stationärem und niedergelassenem Bereich aufgelöst werden.

Qualitätsvolle medizinisch-pflegerische Leistungen

Alle ExpertInnen sind sich einig: Qualitätssicherung bei den medizinisch-pflegerischen Leistungen ist ein MUSS, um hochwertige Versorgung mit effizientem Mitteleinsatz zu verbinden. Gesetzlich ist Qualitätssicherung vorgeschrieben, doch die Realität sieht anders aus. Nicht einmal für die Kernprozesse innerhalb der Krankenhäuser und für die Diagnose/Behandlung der häufigsten Krankheiten (z. B. Diabetes, koronare Herzerkrankung) gibt es verbindliche Qualitätsstandards. Das Land als Träger der Krankenanstalten und die Unternehmung KAV müssen Qualitätssicherung endlich als einen wesentlichen Beitrag zur Rationalisierung des Gesundheitswesens begreifen.

Wiener Mut zu qualitätvollen medizinisch-pflegerischen Leistungen bedeutet:

- Etablierung standardisierter Leitlinien/Klinischer Pfade für Diagnostik und Therapie mit Ergebniskontrolle für die häufigsten Krankheiten.
- Zur Weiterentwicklung von Qualitätssicherung und -kontrolle ist eine unabhängige ExpertInnenkommission für Wien mit Berichtslegungspflicht gegenüber dem Gemeinderat einzusetzen.

Arbeitszeiten, die leben lassen

Der Pflegeheimskandal hat ans Licht gebracht, dass Pflegepersonen mit überlanger Dienstzeit burn-out gefährdet sind. Eine körperlich und psychisch zumutbare Arbeitszeit steigert die Qualität der geleisteten Arbeit und das Wohlbefinden enorm und kann die Verweildauer im Beruf positiv beeinflussen. Um Konflikten mit dem Personal und der Gewerkschaft auszuweichen, beharrt die Gemeinde Wien – entgegen aller Expertise – auch für die Zukunft auf dem gesundheitsschädigenden 12 Stunden-Dienst. Die Grünen fordern Acht-Stundentage auch für Pflegekräfte. Die Arbeitszeit der ÄrztInnen muss hingegen grundsätzlich reformiert werden, um überlange Dienste wirksam zu verhindern.

Aus- und Weiterbildungsoffensive

Die Ausbildung von TurnusärztInnen wurde in Wien in den letzten Jahren skandalös vernachlässigt. Die Grünen fordern die Entwicklung und Sicherstellung eines nachhaltigen Ausbildungskonzepts sowie regelmäßige Qualitätskontrollen der Umsetzung. Das Lehrpraxenangebot ist auszubauen. TurnusärztInnen sollen

verpflichtend in Ambulanzen tätig sein, da dies ihrer späteren Tätigkeit als AllgemeinmedizinerInnen in eigener Praxis am stärksten entspricht.

Reform des Wiener Krankenanstaltenverbands(KAV)

Seit 1.1.2001 ist der KAV als Unternehmung der Stadt Wien ausgegliedert. Für Personal und PatientInnen addieren sich zwei Nachteile aus dieser Entscheidung: Die Stadt Wien hat sich in den vergangenen vier Jahren weitgehend aus der politischen Steuerung der Krankenhäuser zurückgezogen, was einen weiteren Reformstau zur Folge hatte. Die Generaldirektion agierte nicht als innovative Unternehmensführung, sondern verabsäumte die Implementierung effizienter Strukturen. Aus Grüner Sicht ist daher dringendst eine Reorganisation des KAV durch Verschlan- kung der Führungsebene und dem Einräumen von mehr Autonomie und Verantwortung für die Krankenhäuser notwendig.

Transparente Postenbesetzung von PrimärärztInnen

PrimärärztInnen haben im System Krankenhaus eine zentrale Funktion inne. Sie sind verantwortlich für die fachliche und organisatorische Steuerung ihrer Abteilungen, für Personalentwicklung und die Ausbildung der JungmedizinerInnen. Ihrer Bestellung muss daher ein sorgfältiges und objektives Auswahlverfahren vorangehen. Der Landessanitätsrat – als entscheidendes Gremium – muss grundsätzlich reformiert werden.

Straffung der AKH-Strukturen

Das AKH Wien ist das teuerste Krankenhaus Österreichs. Der Mischauftrag des AKH, einerseits Lehre und Forschung zu betreiben und andererseits für die gesundheitliche Versorgung der Wiener Bevölkerung zu sorgen, fördert Überkapazitäten. So standen 2004 ca. ein Drittel der Betten leer, kosteten aber dennoch Geld. Gleichzeitig ist die Führungs- und Organisationsstruktur des AKH auf Grund der Doppelstruktur mit den beiden Trägern Bund und Stadt Wien ineffizient, eine sparsame und wirtschaftliche Betriebsführung wird dadurch verunmöglicht. Die Verhandlungen mit dem Bund zur Schaffung eines AKH-Trägers, der eine klare Entscheidungskompetenz und Weisungsstruktur besitzt, müssen daher intensiviert werden. Außerdem hat das AKH bis heute keinen klaren Versorgungsauftrag.

Geschlossene Spitäler für den Gesundheits- und Sozialbereich nutzen

Die in den letzten Jahren geschlossenen bzw. vor ihrer Abspaltung befindlichen Häuser befinden sich in bester Lage und dürfen der kommunalen Nutzung (und hier insbesondere dem Gesundheits- und Sozialbereich) nicht verloren gehen. Es gibt gravierend unterversorgte Bereiche auf dem ambulanten Sektor, für die diese Liegenschaften genützt werden könnten. Ein sinnvolles Nutzungskonzept ist unter Einbindung von ExpertInnen und BewohnerInnen der betroffenen Bezirke zu erstellen.

Psychotherapie: Der Mensch hat auch eine Seele

Psychische Erkrankungen nehmen stetig zu und stellen bereits einen hohen Prozentsatz aller Diagnosen. Der Auftrag des Kuratoriums Psychosozialer Dienste (PSD), der aus dem Jahr 1979 stammt, ist nicht mehr zeitgemäß, um der Behandlung der ständig wachsenden Gruppe von psychiatrischen LangzeitklientInnen, gerontopsychiatrischen KlientInnen, Kindern/Jugendlichen und obdachlosen KlientInnen mit psychiatrischen Erkrankungen gerecht zu werden. Der PSD hat den Paradigmenwechsel in Richtung neuer Betreuungskonzepte nur unzureichend vollzogen.

Wiener Mut für neue Betreuungskonzepte in der Psychiatrie bedeutet:

- Gemeinderätlicher Auftrag zur Neu-Ausrichtung des PSD hin zu mehr Vernetzung, nachfolgender und mobiler Versorgung,

Ausbau rehabilitativer Strukturen usw.

- Einrichtung eines Psychiatrie-Beirates zur Weiterentwicklung der gesamten Psychiatrie
- Erstellung eines „globalen Psychiatriebudgets“, aus dem sowohl stationäre, ambulante, rehabilitative und Pflegeleistungen bezahlt werden. Die Spaltung der Leistungsentgelte (in ein getrenntes Gesundheits- und Sozialbudget) erschwert eine Reform.

Selbstbehalte

Der Beschluss der derzeitigen Bundesregierung, Selbstbehalte zu erhöhen, statt Strukturreformen durchzuführen, straft besonders sozial Schwache, chronisch Kranke und alte Menschen. Die Wiener SPÖ setzt diese Gesetze bereitwillig um. Die Stadt Wien erhöht den Spitalskostenbeitrag auf 10 Euro/Tag und weigert sich gleichzeitig beispielsweise die erhöhten Kosten für Fahrtendienste für sozial Schwache zu übernehmen.

Sonderklassegebühren neu regeln

Die Einkünfte aus Sonderklassegebühren stellen für viele Abteilungs- bzw. Institutsvorstände das eigentliche Einkommen dar. Je nach Fachrichtung, Größe der Abteilung bzw. des Instituts sowie Anteil an PrivatpatientInnen ergeben sich für die ÄrztInnen sehr unterschiedliche Einkommensverhältnisse. Von den Sonderklassegebühren müssen die Primarii/ae 40 Prozent an das nachgeordnete ärztliche Personal der Abteilung abgeben sowie zwölf Prozent als Infrastrukturbeitrag für die „Benutzung“ von gemeindefinanzierter Infrastruktur und gemeindefinanziertem nicht-ärztlichem Personal an den KAV abführen. Insbesondere die Abrechnung fürs nachgeordnete ärztliche Personal ist intransparent.

Wiener Mut zur Reform der Sonderklassegebührenregelung bedeutet:

- Erhöhung des Infrastrukturbeitrages aus den Sondergebühren an den KAV
- Gerechte und transparent nachvollziehbare Aufteilung der Sondergebühren unter dem Personal nach erbrachter Leistung und nicht nach Hierarchie
- Einbeziehung des AKH in diese Regelung

4.5 Sucht & Suchtprävention

Sucht stellt in all ihren verschiedenen Ausprägungen eine schwere Krankheit dar. Zentrale Problematik im Zusammenhang mit DrogenkonsumentInnen stellt die Kriminalisierung und die strafrechtliche Verfolgung des Konsums von Drogen dar. Denn wenn Suchtkranke kriminalisiert, bestraft und vielleicht sogar eingesperrt werden, führt dies zu Stigmatisierung, sozialer Ausgrenzung, kann sogar Jobverlust und sozialen Abstieg bedeuten. Zudem bewirkt Kriminalisierung negative Begleitumstände wie Beschaffungskriminalität und Elendsprostitution. Da wir Sucht als Krankheit begreifen, sind die obersten Prinzipien Grüner Suchtpolitik:

- Der umfassende Ausbau suchtpreventiver Maßnahmen auf allen Ebenen.
- Der bedarfsgerechte Ausbau von Hilfsangeboten für suchtkranke Menschen sowie
- Die konsequente Entkriminalisierung aller Suchtmittel-KonsumentInnen.

Suchtprävention hat bei den Grünen Priorität

Selbstbewusste Kinder und Jugendliche, die gut kommunizieren können und Konflikten nicht aus dem Weg gehen, sind weniger suchtgefährdet. Es ist wichtig, dass Eltern, PädagogInnen und

StadtplanerInnen wissen, was suchtpreventiv wirkt. Die Grünen fordern daher die Umsetzung eines umfassenden Präventionskonzeptes, das eine Vielzahl von Einflussbereichen wie Familie, Kindergarten, Schule, soziale Rahmenbedingungen und Stadtplanung umfasst und einbezieht.

Junge KonsumentInnen, die bereits Suchtmittel konsumieren, benötigen rasche und tabulose Hilfe, Information und Beratung, um problematische Konsummuster vermeiden oder zumindest frühzeitig erkennen zu können – auch das sind wichtige Präventionsangebote, weil sie schlimmere Suchterkrankungen verhindern können.

Leider steckt die Suchtprävention aus Geldmangel noch sehr in den Kinderschuhen – dabei würde es an erfolgreichen internationalen Beispielen und vielversprechenden Konzepten nicht mangeln. Die Grünen schlagen vor, in den Bereich Suchtprävention kräftig zu investieren und versprechen sich davon nicht zuletzt große Einsparungen bei Folgekosten im Gesundheits- und Sozialbereich.

Therapiekonzept neu

Suchtkranke Menschen erklären sich erst nach einem langen Leidensweg bereit, eine Therapie zu beginnen. Umso schlimmer, wenn dann – wie derzeit in Wien – kein Therapieplatz oder zumindest kein adäquater vorhanden ist und Menschen bis zu vier Monate auf einen solchen warten müssen. Es ist daher sicher zu stellen, dass JedeR, der /die eine Therapie beginnen möchte, dies auch innerhalb von maximal ein bis zwei Wochen tun kann.

In der Wiener Drogentherapie finden sich gute Ansätze und viele hervorragende ExpertInnen aber zu wenig Mittel und deshalb unzureichende Angebote. So gibt es etwa derzeit kein adäquates Angebot für Jugendliche mit einem beginnenden problematischen Suchtmittelkonsum. ExpertInnen verweisen darauf, dass sie quasi „darauf warten müssen“, dass diese Jugendlichen ein ernsthaftes Problem aufweisen, damit sie einer Einrichtung zugewiesen werden können. Ein vorbeugendes Angebot ist in Wien nicht vorhanden. Auch die traditionellen Angebote von Langzeit- und Kurzzeittherapien für suchtkranke Menschen entsprechen nicht mehr den aktuellen Anforderungen und bedürfen einer Reform. Ein neues Konzept zur Gestaltung des Drogentherapieangebots ist unter Einbeziehung von ExpertInnen zu erarbeiten.

Konsumräume für Suchtkranke

Öffentlich wahrnehmbarer Konsum und zunehmende Verelendung gehören seit jeher zu medialer Berichterstattung und politischer Wahrnehmung, wenn über „Fixer“ und „Junkies“ gesprochen wird. Der öffentliche Konsum bedeutet nicht nur eine hohe Belastung für den öffentlichen Raum, sondern auch enorme gesundheitliche Risiken für konsumierende Menschen. Erfahrungen in vielen europäischen Ländern – allen voran Schweiz, Holland und Deutschland – haben gezeigt, dass Konsumräume, also geschützte Räume, in denen suchtkranke Menschen unter hygienischen und betreuten Bedingungen Suchtgifte konsumieren können, Leben retten und den gesundheitlichen Zustand der KlientInnen stabilisieren bzw. verbessern können. Durch den (oft erstmaligen) Kontakt zu neuen Zielgruppen werden außerdem die Chancen auf eine soziale Reintegration massiv erhöht. Zahlreiche Wiener ExpertInnen und die Wiener Grünen fordern seit geraumer Zeit die Einführung solcher Konsumräume für schwer suchtkranke Menschen in Wien. Konsumräume sind eine wichtige Hilfe für suchtkranke Menschen und entlasten gleichzeitig den öffentlichen Raum (Telefonzellen, Parks, Stiegenhäuser).

Erweiterte Substitutionstherapie

Ein Großteil der Problematiken des Heroinkonsums bzw. des Opiatkonsums allgemein entsteht nicht durch die Substanz selbst, sondern durch die Umstände von Beschaffung und Konsum. Die soziale Ächtung und das Abdrängen in die Illegalität führen zu massiver Verelendung. Die hohen Preise am Schwarzmarkt wiederum zwingen viele KonsumentInnen zu kriminellen Beschaffungsvorgängen bzw. zur Prostitution. Durch die Kriminalisierung werden suchtkranken Menschen von jedweder Hilfe abgeschnitten und den Mechanismen des organisierten Verbrechens und des Schwarzmarktes ausgesetzt.

Viele ExpertInnen verweisen darauf, dass die Verbannung von Heroin aus dem therapeutischen Kontext eine politische Entscheidung darstellt und keine medizinisch begründbare. Internationale Versuche – wie die enorm erfolgreiche heroingestützte Behandlung (HegeBe) in der Schweiz – bestätigen das eindrucksvoll: Menschen, denen unter kontrollierten wissenschaftlichen Bedingungen Heroin verabreicht wurde, konnten ihre gesundheitliche, soziale und auch berufliche Situation enorm verbessern – teilweise besser als im Methadon-Programm. Wir fordern daher die Aufnahme von Heroin in den therapeutischen Kontext, auch als Erweiterung der etablierten Substitutionsbehandlung. Ziel muss aber sein, ein umfassendes Präventionskonzept für Wien zu erarbeiten.

Soziale und Berufliche Reintegration

Neben den körperlichen Symptomen im Rahmen einer Abstinenz- oder Substitutions-Therapie stellt die soziale und berufliche Reintegration den schwierigsten Teil einer erfolgreichen therapeutischen Behandlung dar. Es gibt in Wien zahlreiche Institutionen, die sich in diesem wichtigen Feld mit sehr innovativen Ansätzen beschäftigen. Wie in vielen Bereichen kämpfen diese Einrichtungen aber mit massiven finanziellen Engpässen. Fehlende Angebote, aber auch unzulängliche Koordination der einzelnen Therapiestationen sind in diesem Fall besonders dramatisch – können doch so Menschen, die einen langen Leidensweg hinter sich haben, wieder um Jahre zurückgeworfen werden. Wir fordern daher, dass ein integratives Gesamtkonzept zur lückenlosen Betreuung von suchtkranken Menschen von der Therapie über Arbeitsplätze im sekundären Arbeitsmarkt bis hin zur Vermittlung und Betreuung in den regulären Arbeitsmarkt erarbeitet und umgesetzt wird. Gleichzeitig ist eine ausreichende finanzielle Unterstützung für Einrichtungen, die sich um die soziale und berufliche Reintegration von (ehemals) suchtkranken Menschen kümmern, sicher zu stellen.

Drogen weder verharmlosen noch kriminalisieren

Weltweit erkranken und sterben an den Folgen von Nikotinkonsum mehr Menschen als durch alle anderen legalen und illegalen Drogen zusammen. Mehrjähriger, regelmäßiger, intensiver Alkoholkonsum führt zu schwerer psychischer und physischer Abhängigkeit. In Österreich leiden 300 000 Menschen an Alkoholismus. Chronischer Cannabiskonsum kann zu einer psychischen Abhängigkeit führen. Bei langfristigem, täglichem Gebrauch können Aktivitätsminderung und Interessenverlust auftreten. Die Grünen treten daher dafür ein, aufklärend zu wirken und ausreichend geeignete Präventions- und Behandlungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Keinesfalls aber soll unerwünschtes Konsumverhalten kriminalisiert werden. Die Tatsache, dass der Konsum von Cannabis immer noch kriminalisiert wird, lehnen wir entschieden ab.

4.6 Fonds Soziales Wien

Kommunale Sozialpolitik ist eine öffentliche Aufgabe. Diesem Prinzip sehen sich die Wiener Grünen verpflichtet. Die Stadt Wien ist daher verantwortlich, gerade in diesem Bereich qualitativ hochwertige Leistungen allen Menschen dieser Stadt – sofern sie diese benötigen – zur Verfügung zu stellen.

Mit der Neustrukturierung des Fonds Soziales Wien hat sich die Stadt Wien dieser sozialen Verantwortung zumindest teilweise entledigt und sozialpolitische Kernbereiche wie Pflege, Behindertenhilfe und Obdachlosenbetreuung aus der Magistratsverwaltung ausgegliedert und in den Fonds überführt. Durch diesen Schritt wurde der gesamte Sozialbereich in Wien umgekrempelt. Von einer Verbesserung des Leistungsangebotes für die davon betroffenen Menschen sind wir jedoch weiter entfernt denn je. Gleichzeitig wurden hingegen demokratische Kontroll- und Mitgestaltungsmöglichkeiten durch den Gemeinderat auf ein Minimum reduziert.

Dies erscheint insofern bedenklich, da politische Gestaltungsspielräume für kommunale Sozialpolitik dadurch erheblich eingeschränkt werden. Von mehr Demokratie und Mitsprache im Vergleich zur früheren Magistratsverantwortung kann keine Rede sein. Ein existierender „Alibibeirat“, in dem alle Fraktionen vertreten sind, ersetzt keinesfalls Beschluss und öffentliche Diskussion der bislang zuständigen politischen Gremien. Dient doch der Beirat, ausgestattet mit einem „zahnlosen“ Anfragerecht an den Geschäftsführer, lediglich der Information seiner Mitglieder. Alle wesentlichen Entscheidungen, wie z. B. Förderrichtlinien, Satzungsänderungen, Stellenplan, Budgetvoranschlag usw. werden entweder vom Kuratorium, das aus Bediensteten der Stadt Wien besteht, oder dem Präsidium getroffen. Der politische Einfluss auf die nunmehr privatrechtlich organisierten Aufgaben in den genannten Bereichen beschränkt sich auf die Genehmigung des Budgets und die Abnahme des Rechenschaftsberichts der Geschäftsführung alle zwei Jahre durch den Gemeinderat sowie die Informationen an den Beirat.

Aus Grüner Sicht ist eine Demokratisierung der Fondsstruktur dringend notwendig, da Leistungen, die durch die öffentliche Hand finanziert werden, auch politisch hinterfragt, verbessert und kontrolliert werden müssen. Politische Mehrheitsverhältnisse müssen sich daher auch im Entscheidungsgremium des Fonds – dem Kuratorium – wiederfinden. Weiters ist zu gewährleisten, dass auch ArbeitnehmerInnen-VertreterInnen Zugang zu allen Gremien des FSW erhalten.

Bislang erbrachte die Stadt Wien Leistungen im Sozialbereich selbst oder sie beauftragte Dritte. Im letzteren Fall wurden Leistungsverträge mit den Dienstleistungserbringern abgeschlossen oder Subventionen gewährt und an diese direkt bezahlt. Mit dem Fonds Soziales Wien wird nun alles anders: So ist die Umstellung von Leistungsverträgen auf Individualförderung in allen zentralen Zuständigkeitsbereichen geplant. Förderverträge sollen in Zukunft unmittelbar zwischen dem privaten Anbieter und Menschen, die Unterstützung brauchen – und vielfach nur mehr als KundInnen bezeichnet werden – abgeschlossen werden. Diese Umstellung führt gleichermaßen für alle Beteiligten zu erheblichen Verschlechterungen.

- Leistungsanbieter können auf Grund unsicherer Finanzierungsannahmen keine langfristige Planung mehr vornehmen. In einem Bereich mit einem sehr hohen Anteil an Personalkosten erscheint dies insbesondere aus dem Blickwinkel der Beschäftigten mehr als bedenklich. Der Deregulierung bestehender Arbeitsverhältnisse und Lohndumping in Sozialein-

richtungen wird Tür und Tor geöffnet.

- Menschen, die bei privaten Anbietern Leistungen in Anspruch nehmen, haben oft keinen Gesamtüberblick über die vorhandenen Einrichtungen, insbesondere über unterschiedliche Qualitätsstandards. Gerade im Sozialbereich ist es unsinnig, vom „souveränen Kunden“ mit Marktüberblick auszugehen. Menschen, die in Notlagen sind oder Hilfestellungen benötigen, haben ein Recht auf Vertrauensschutz, vor allem wenn die Leistungen von der öffentlichen Hand finanziert werden.

Selbstverständlich stehen die Grünen jedoch dafür, dass gerade auch im Sozial- und Pflegebereich Aufträge der öffentlichen Hand an Dritte transparent vergeben werden. Dabei ist es nebensächlich, ob es sich um Subventionen, Förderungen, Leistungsverträge oder eine Berechtigung zur Führung von Einrichtungen handelt. Wichtig ist vielmehr, dass im Sinne der betroffenen Menschen eine hohe Qualität der Leistungserbringung sichergestellt wird und ArbeitnehmerInnen aus diesem Bereich nicht in ihren Rechten beschränkt und in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt werden. Die Entscheidung über die Rahmenbedingungen für soziale Arbeit in der Kommune ist eine sozialpolitische und muss daher auch politisch getroffen werden. Dies gilt für den Fonds Soziales Wien in noch stärkerem Maße als für die Subventionsvergabe der Magistratsabteilungen, da der Fond der direkten politischen Kontrolle bei der Auftragsvergabe gleich welchen Volumens entzogen ist.

Wiener Mut für Transparenz und Qualität im Sozial- und Pflegebereich bedeutet :

- Demokratische Erarbeitung von Qualitätsrichtlinien unter Einbeziehung der privaten Anbieter, Gemeinnützigkeit als Förderbedingung bei Pflege und Betreuung.
- Nutzung von sozial- und genderpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten sowie Transparenz bei der Erteilung von Aufträgen an Dienstleister des Sozialbereichs und der Erstellung von Richtlinien.
- Sicherstellung der Infrastruktur im Sozialbereich durch langfristige Objektförderung (Leistungsverträge), kein weiterer Ausbau der Subjektförderung, Umstieg auf Subjektförderung nur in Bereichen, in denen die Mehrheit der Betroffenenverbände diesem Umstieg zugestimmt haben (z. B. Behindertenbereich).
- Sicherstellung der Qualität in Versorgung und Beratung durch flächendeckende Gesundheits- und Sozialzentren mit ausreichend Personal für Qualitätssicherung und Kontrolle.
- Ausweitung der politischen Gestaltungs- und Kontrollmöglichkeiten über die Gebarung des Fonds Soziales Wien auf alle im Gemeinderat vertretenen Parteien.

5 Wiener Mut zum Grünen Wirtschaften

Grüne Wirtschaftspolitik gestaltet und ist umweltverträglich. Sie schafft Arbeitsplätze, sozialen Ausgleich, ist demokratisch und strebt nach Geschlechtergerechtigkeit. Grüne Wirtschaftspolitik bringt Wohlstand für Viele und nicht für immer Wenigere, sie bekämpft Armut und greift überall dort ein, wo ein Eingreifen der Politik notwendig ist.

Im Gegensatz dazu steht die Politik der vergangenen Jahrzehnte. Sie ist weder ökologisch noch sozial. Wie europaweit zu erkennen, werden ökonomische Probleme – wie geringes Wirtschaftswachstum und hohe Arbeitslosigkeit – verschärft, anstatt gelöst. Zudem werden die Interessen kleiner und mittlerer Unternehmen zunehmend vernachlässigt. Eine auf die Spitze getriebene Wettbewerbsphilosophie zerstört nicht nur die Lebensqualität von Einzelnen, vielmehr drängt sie auch Städte und Gemeinden im gegenseitigen Kampf um die besten Standortbedingungen an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Die Folgen sind bekannt: Armut, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Umweltverschmutzung.

Grüne Wirtschaftspolitik stellt daher dem Prinzip des Wettbewerbs ein zweites – altbewährtes – zur Seite: Kooperation und Zusammenarbeit.

Ebenso verhält es sich mit der absoluten Marktgläubigkeit. Ja zur Marktwirtschaft, wo diese funktioniert – Nein zum Markt als ausschließliche Wirtschaftsform. Märkte können in vielen Wirtschaftsbereichen zu einer effizienten Erstellung und Verteilung von Gütern und Leistungen führen. Allerdings nur dann, wenn ein durchdachtes Set an Spielregeln und Anreizen für MarktteilnehmerInnen besteht, welches geeignet ist, den vielfältigen Formen des Marktversagens entgegenzuwirken. Darüber hinaus kommt gerade Ländern und Gemeinden insbesondere im Bereich von Dienstleistungen des öffentlichen Interesses (Bildung, Gesundheit, Öffentlicher Verkehr, Wasserversorgung u. v. m.) eine zentrale Aufgabe zu. Grüne Wirtschaftspolitik bekennt sich daher zum Vorrang der Politik gegenüber – nur angeblich existierenden – ökonomischen Sachzwängen.

Staat, Land und Gemeinden erfüllen verschiedene wichtige Aufgaben im ökonomischen Prozess (z. B. die Bereitstellung von Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Umverteilung, Nachfragefunktion). Dabei muss die öffentliche Hand danach trachten, dass alle Menschen an einer sozial ausgewogenen, ökologischen und ressourceneffizienten Wirtschaft und an einer Verbesserung der Lebensqualität teilhaben können. Dennoch stehen die Grünen staatlichem Handeln nicht unkritisch gegenüber und nehmen Phänomene des Staatsversagens sehr ernst. Staatsversagen soll dabei aber nicht durch Marktversagen ersetzt werden. Vielmehr ist es notwendig diesem durch verstärkte Demokratisierung, Teilhabe und Transparenz entgegen zu wirken.

Jenseits von Markt und Staat sieht Grüne Wirtschaftspolitik in den Non-Profit-Organisationen (NPOs) und im sogenannten „Dritten Sektor“ ein wesentliches Element einer aktiven Wirtschaft und Gesellschaft. Dieser Sektor weist im Dienstleistungsbereich hohe Innovationskraft auf, er hat hohe integrative Wirkungen und er zeichnet sich durch Effektivität und BürgerInnennähe aus. Dennoch gehen mit diesem Sektor auch Risiken einher: In NPOs wird

häufig das Arbeitsrecht umgangen. Oft hängen Organisationen des Dritten Sektors all zu eng am Gängelband der Politik. Sie fungieren dann als Bekämpfer offensichtlicher Symptome und verdecken damit auch den Blick auf die Ursachen der Probleme. Ebenso wie für den Markt gilt es auch für den Dritten Sektor einen geeigneten politischen und institutionellen Rahmen herzustellen, der den negativen Auswirkungen und Risiken, die mit dem NPO-Sektor verbunden sind entgegenwirkt.

Die Entscheidung über die Organisationsform der Leistungserstellung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen hängt davon ab, wie die damit verbundenen Ziele am besten erreicht werden können.

Die Wiener Grünen erwarten daher, dass zukünftig Entscheidungen über die Art der Bereitstellung von Gütern und von Dienstleistungen im öffentlichen Interesse einerseits nach dem Subsidiaritätsprinzip sowie andererseits jeweils möglichst von den betroffenen Bürgern und Bürgerinnen selbst, auf demokratische Art und Weise getroffen werden.

5.1 Grüne Wirtschaftspolitik für Wien

Kommunale Wirtschaftspolitik kann sich nicht von globalen Rahmenbedingungen abkoppeln, Der bestehende Handlungsspielraum ist demnach enorm eingeschränkt. Um dennoch gestaltend einzugreifen, orientieren sich Grüne Forderungen und Verbesserungsvorschläge für Wien daher am real möglichen, wissend, dass es notwendig ist, auf europäischer und nationaler Ebene Veränderungen politisch einzufordern, um auf kommunaler Ebene Wirtschaftspolitik wieder nachhaltig gestalten zu können.

Ressourcenschonendes Wirtschaften und innovative Technologien sind aus unserer Sicht für den Erhalt der Lebensgrundlagen in der Stadt eine Notwendigkeit. Darüber hinaus ruht eine Grüne Wirtschaftspolitik auf den Fundamenten von Teilhabe und „Fairteilen“. Einem zunehmenden Auseinanderbrechen der Gesellschaft wird der Zugang aller zum gesellschaftlichen Reichtum entgegengesetzt. „Fairteilen“ als gerechte Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum und verfügbarer Arbeit kann Wien zu einer Stadt machen, in der Lebensqualität für alle gesichert ist.

Seit Mitte der 70er Jahre entstehen in Wien keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Damit liegt Wien im Vergleich der Beschäftigungsentwicklung mit anderen Metropolen in Europa im letzten Drittel. Insbesondere in Zukunftsbranchen wie Multimedia und „Creative Industries“ bzw. in den aus Grüner Sicht so wichtigen Umweltsektoren mangelt es an Produktion und Beschäftigung. Hohe Investitionen erfolgen oft in Bereichen, die nicht beschäftigungswirksam oder einer traditionellen Wirtschaftsstruktur verhaftet sind. So wird in den Straßen- und Garagenbau kräftig investiert, öffentliche Verkehrsmittel (ausgenommen U-Bahn Bau) werden vergleichsweise vernachlässigt.

In den letzten fünf Jahren ist daher auch die Arbeitslosigkeit in der Stadt spürbar gestiegen. Gleichzeitig hat sich die Einkommensschere erweitert. Jede sechste Wienerin, jeder achte Wiener ist armutsgefährdet. Menschen mit geringem Einkommen haben kaum Möglichkeiten und Ressourcen, am immer wichtiger werdenden „lebensbegleitenden Lernen“ teilzuhaben. Qualifikation

und Fähigkeiten werden jedoch immer wichtiger. Die soziale Frage des 21. Jahrhunderts wird wesentlich durch das Bildungsniveau entschieden. Jene mit geringem Einkommen drohen im Zuge der momentanen Entwicklung auch von der Wissensgesellschaft ausgeschlossen zu werden.

Nur wenn es gelingt soziale Spaltungen zu verringern und lebensbegleitendes Lernen für alle zu ermöglichen, wird es uns auch gelingen Wien zu einem nachhaltigen Zukunftsstandort auszubauen. Grüne Wirtschaftspolitik für Wien muss diese Herausforderung mit einer Vielzahl an Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen annehmen.

5.2 Budgetäre Spielräume eröffnen

Das Wiener Budget gerät durch steigende Ausgaben und geringer werdende Einnahmen immer stärker unter Druck. Die Abhängigkeit vom Bund ist groß. Die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben bestimmen zu mehr als 30 Prozent das Wiener Budget. Senkt der Bund die Steuern (wie etwa vor kurzem Körperschafts- und Lohnsteuer), so bedeutet dies für Wien einen Entfall von Einnahmen in bedeutender Größenordnung.

Aus Grüner Sicht geht es darum, neue budgetäre Spielräume zu eröffnen, um Bildungs-, Gesundheits- und Sozialdienstleistungen ebenso wie den öffentlichen Verkehr auszubauen und auf hohem Niveau aufrecht zu erhalten. Insbesondere für von Armut betroffene Menschen bzw. zur Überwindung von Armut sind diese öffentlichen Dienstleistungen neben einer finanziellen Grundversicherung von zentraler Bedeutung.

Im Zuge des Finanzausgleichs müssen neue Verteilungskonzepte entwickelt werden. In der politischen Debatte muss die Wirkung des innerösterreichischen Stabilitätspaktes aufgezeigt werden (trotz steigender Arbeitslosigkeit und Bildungsmisere „erwirtschaftet“ Wien für Finanzminister Grasser einen jährlichen Überschuss von mehr als 300 Mio. Euro). Stattdessen werden reale Probleme durch Finanzmystik verschleiert und die Budgetvernebelungspolitik des Bundes unterstützt. Neben der Erweiterung von Spielräumen ist für die Verwendung der Budgetmittel verstärkt die Bevölkerung mit einzubinden. Zusätzlich sind Budgets geschlechtsspezifisch zu analysieren, um daraus resultierende Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Wiener Mut für mehr politisches Handeln bedeutet:

- Die politische Handlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte ist sicherzustellen. Die dazu notwendige Steuerpolitik soll unter dem Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit und Lenkungswirkung erfolgen.
- Gebühren und Tarife liefern zwar Spielräume für eigene Einnahmen, diese treffen von der Wirkung her jedoch meist kleinere Einkommen. Es muss daher verstärkt darauf bedacht genommen werden, Gebühren und Tarife nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten zu gestalten.
- Verteilungspolitischen Spielraum hat Wien in erster Linie über die Gestaltung der Tarife für öffentliche Dienstleistungen. Diese wiederum sind umso eher beeinflussbar, je enger die Erbringung der Dienstleistung an die öffentliche Hand gebunden ist. Ausgliederungen sind daher auch unter diesem Gesichtspunkt kritisch zu betrachten.
- Umfassende geschlechtsspezifische Analyse des Budgets, um

bestehende Ungerechtigkeiten zu erkennen und zu beseitigen. (Stichwort Genderbudgeting)

- Demokratisierung des Budgetstellungsprozesses, durch Einbindung der Bevölkerung, beginnend auf Bezirksebene.

5.3 Grüne Wirtschaftsförderung im Zeichen der Nachhaltigkeit

Grüne Wirtschaftsförderung gibt einen Anstoß zur Herbeiführung einer ressourcenschonenden und nachhaltigen Wirtschaftsweise und schafft damit Arbeitsplätze. Grüne Wirtschaftsförderung ist darauf ausgerichtet, die qualitativen Standortfaktoren (Wissen, Bildung, Umwelt, Lebensqualität) zu verbessern und nicht daran orientiert, kurzfristige Kostenvorteile im Rahmen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen. Dennoch investiert Grüne Wirtschaftsförderung in zukunftsträchtige Branchen.

Wien hat eine Unzahl von Fördermaßnahmen entwickelt, welche meist vom Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) abgewickelt werden. Von Technologie-Calls bis zur Förderung der Weihnachtsbeleuchtung, von der Grundstücksbereitstellung bis zu Nahversorgungsförderung. Und dennoch: Der allergrößte Teil im Rahmen der Wirtschaftsförderung ist die Subvention von Parkgaragen. Grüne Wirtschaftsförderung hinterfragt diese Prioritätenliste ebenso wie das in vielen Fällen noch angewandte Gießkannenprinzip.

Wiener Mut zur Wirtschaftsförderung bedeutet:

- Einrichtung einer eigenen Förderstruktur für kleine Firmen und Kleinstunternehmen, die derzeit nur sehr geringe Chancen auf Zugang zur Wirtschaftsförderung haben.
- Ausrichtung der Wirtschaftsförderung an Kriterien der Nachhaltigkeit. Damit verbunden ist die Erstellung eines Katalogs von Mindeststandards von arbeitsrechtlichen, sozialen, demokratischen, gendergerechten und ökologischen Kriterien als Voraussetzung des Bezugs von Wirtschaftsförderung.
- Mehr Demokratie und Transparenz in der Organisation des Wirtschaftsförderungsfonds: Aus grüner Sicht ist eine Beteiligung aller Parteien in den Entscheidungsgremien anzustreben, um nicht nur im Nachhinein informiert zu werden.
- Systematische Evaluierung von erwünschten und nichtintendierten Wirkungen der Wirtschaftsförderungsmaßnahmen durch unabhängige Institute und Veröffentlichung der Ergebnisse.

5.4 Innovationen fördern – Technologie und Wissensgesellschaft

Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik (FTI) gewinnt immer stärker an Bedeutung. Sie fördert Innovationsprozesse in Unternehmen und Organisationen und trägt damit zu Beschäftigung, ressourcenschonendem Wachstum und Produktivität bei. Grüne Wirtschaftspolitik hat daher prinzipiell eine positive und bejahende Haltung zur Förderung von Innovation. Zweifellos spielt die Stärkung der Innovationskraft der Unternehmen und ihre Entwicklung zu lernenden Organisationen eine wesentliche Rolle im Rahmen Grüner FTI-Politik.

Innovation darf allerdings nicht auf technologische Prozesse oder Wettbewerbs- und Wachstumsziele reduziert werden. Vielmehr geht es um eine umfassende ökonomische und soziale Erneuerung, die sich an demokratischen und gesellschaftlich wünschenswerten Zielen orientiert. Innovation braucht daher Freiraum, Öffentlichkeit und insbesondere die Teilhabe von mehr Frauen.

Wiener Mut zu Forschung, Technologie und Innovation bedeutet:

- Förderung der öffentlichen Diskussion zur gesellschaftlichen Relevanz von Forschung, Technologie und Innovation sowie in die Ziel- und Strategieentwicklung. Betroffene Akteure, ExpertInnen, Wirtschaftstreibende, Interessensgruppen etc. sind mit einzubeziehen.
- Wien soll eine aktive Rolle bei der Etablierung eines mittel- und osteuropäischen FTI-Netzwerks in Bereichen mit hohem Entwicklungspotential einnehmen. Nachhaltige Entwicklung von Netzwerken und Partnerschaften sowie die Förderung regionaler und transnationaler Kooperationen stehen im Vordergrund und nicht die klassischen Repräsentationen Wiens im Ausland.
- Nutzung neuer Technologien als Demokratieinstrument.
- Grünes Leitprojekt – Kompetenzzentrum Open Source (OS): Ein zumindest auf drei Jahre befristeter und finanzierter „Think-Tank“ nimmt dabei folgende Aufgaben wahr:
 - Vernetzung der kleinteiligen, großteils aus Kleinstunternehmen bestehenden Wiener und zu einem späteren Zeitpunkt österreichischen OS-Szene
 - Entwicklung von Projektausschreibungen, die aus den Bedürfnissen der Stadt für ihren eigenen Umstieg resultieren (Stichwort: e-Government/e-Democracy, aber auch e-Learning)
 - Vorantreiben innovativer Forschung und Entwicklung an neuen OS-Produkten („Center of Excellence“)
 - nationale und internationale Vermarktung der Vorteile von OS, der Wiener (österreichischen) Unternehmen und ihrer Produkte bei Konferenzen, Messen, Vorträgen und Workshops
- Wien als AuftraggeberIn – Ein starker öffentlicher Sektor ist eine Chance für FTI. Wien und die Unternehmungen im Eigentum der Stadt Wien können als AuftraggeberInnen und NutzerInnen eine entsprechende fördernde Rolle einnehmen, z. B. durch die Entwicklung moderner Fahrgastinformationssysteme, Energietechnologien (siehe z. B. Biomassekraftwerk), im öffentlichen Beschaffungswesen u. v. m.
- Ökoenergie Cluster: Wien beherbergt eine Reihe von Institutionen mit hoher Kompetenz im Bereich erneuerbarer Energie. Um auch entsprechend wirtschaftliche Dynamik mit Unternehmen in und um Wien zu erzeugen, wäre die Herausbildung und Unterstützung eines Ökoenergie Clusters für Wien sinnvoll. Schwerpunkte könnten hier z. B. bei der Photovoltaik, Biomasetechnologien (Biomassekraftwerk) und bei der Kraftwärme-Kopplung liegen.
- Errichtung eines Wiener „WissenschaftlerInnenhauses“, welches die Arbeitssituation „Freier WissenschaftlerInnen“ nachhaltig verbessert (Räumlichkeiten, erweiterte Büroinfrastruktur, Vernetzungs- und Publikationsunterstützung, etc.)

5.5 Nahversorgung sichern

Eine funktionierende (inner)städtische Nahversorgung schafft Lebensqualität und trägt zur Belebung von Stadtgebieten/Grätzeln und zur Erhaltung des historisch gewachsenen Ortsbildes bei. Sie fördert die soziale Kommunikation und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, lässt kleinräumige Wirtschaftsstrukturen aufleben und schafft Arbeitsplätze. Nahversorgung reduziert das private Verkehrsaufkommen und entspricht somit dem Prinzip der Nachhaltigkeit.

Die Wiener Grünen betrachten eine funktionierende Nahversorgung als öffentliches Gut, das Nutzen für die gesamte Bevölkerung erzeugt. Insbesondere spiegelt der Stand der Nahversorgung den Umgang einer Gesellschaft mit weniger mobilen Menschen wider. Betroffen davon sind meist ältere Menschen, oft auch alleinerziehenden Frauen mit Kindern, ganz allgemein Personen ohne Kraftfahrzeug oder sozial Benachteiligte, deren Abhängigkeit von einer funktionierenden Nahversorgung naturgemäß höher ist.

Ziel aktiver Nahversorgungspolitik auf kommunaler Ebene ist daher, Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. politische Interventionen zu setzen, die zur Erhaltung und Sicherung des öffentlichen Gutes „Nahversorgung“ beitragen.

Obwohl Nahversorgung in der öffentlichen Meinung einen hohen Stellenwert besitzt, sind wir dennoch seit Jahren mit einem Ausdünnen bzw. einer Verschlechterung ihrer Qualität konfrontiert.

Eine aktive und umsichtige Politik zur Erhaltung und Sicherung von Nahversorgung im (inner)städtischen Bereich kann sich nicht – wie gegenwärtig der Fall – auf ausschließlich finanzielle Förderungsprogramme beschränken. Die Erhaltung und Schaffung einer funktionierenden Nahversorgung muss vielmehr als Querschnittsmaterie gedacht und über verschiedene Politikbereiche beeinflusst werden.

Die Wiener Grünen fordern daher einen Mix aus verschiedenen Maßnahmen: Neben der Nahversorgungsförderung im engeren Sinne sollen dabei auch gezielte Interventionen im wirtschaftspolitischen und fiskalischen Bereich erfolgen und gleichzeitig stadtplanerische Aspekte, Verkehrsplanung und die Strukturentwicklung im Umland stärker berücksichtigt werden. Wiener Mut zur Nahversorgung bedeutet:

- Aufstockung der Mittel für Nahversorgungsförderung und ihre klare Bindung an Kriterien der Nachhaltigkeit. Zur besseren Illustration: Der Garagenbau in Wien wurde 2004 mit 45 Mio. Euro gefördert, für Nahversorgung wurden 2,4 Mio. Euro ausgegeben.
- Reform der Einkaufsstraßenförderung: Statt Gießkannenprinzip erwarten die Grünen eine Bevorzugung nachhaltiger Aktivitäten mittels klarer Förderrichtlinien – qualitativ hochstehende Kultur-Events, Oberflächengestaltung, Qualitäts-offensiven, Förderung von Infrastruktur.
- Vorrangige Förderung von umsatzschwachen Einkaufsstraßen bzw. Geschäftsvierteln in wirtschaftlich und sozial benachteiligten Gebieten, sowie Umsetzung von strategischen Gesamtkonzepten (Mischnutzungen, Verkehrsanbindung/Verkehrsberuhigung, anzusiedelnde Branchen, Image).
- Die Stärkung regionaler und lokaler Wirtschaftsverflechtun-

gen und –kreisläufe, sowie die Reduzierung unnötiger Transporte. Auf Wiener Ebene sollten diesbezüglich auch die Bezirke eine prominente Rolle einnehmen.

- Ein offensives Marktmanagement und eine Reform der Marktordnung.
- Umdenken in der Stadtplanung: statt neuer großer Einkaufspaläste, wie z. B. beim Praterstadion, eine Aufwertung der Bezirksentwicklungspläne zu verbindlichen Plänen mit besonderem Fokus auf die jeweilige Nahversorgungssituation.
- Gemeinsam mit den BewohnerInnen der Umgebung werden Nahversorgungsbedürfnisse erarbeitet. Damit werden gewünschte Entwicklungsszenarien festgeschrieben und in die Bezirksentwicklungspläne aufgenommen.
- Umdenken in der Verkehrsplanung: Statt neuer hochrangiger Straßenprojekte, die meist große Einkaufszentren in der grünen Wiese nach sich ziehen, ein verstärkter Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel (insbesondere des Oberflächenverkehrs), mehr FußgängerInnenzonen sowie breitere Gehsteige.
- Schaffung finanzieller Anreizsysteme zur Verkürzung von Leerständen bei Geschäftslokalen.
- Umdenken in der Vergabepolitik: Zur Unterstützung der politisch gewollten Ziele im Bereich der Nahversorgung ist das Vergabegesetz zu ändern, um gezielt regionale Nachfragepolitik zu betreiben. Selbstverständlich müssen dabei Transparenz und Kontrolle erhalten bleiben.

5.6 Dienstleistungen von öffentlichem Interesse kommunal gestalten

Die von der EU-Kommission (Stichwort: Dienstleistungsrichtlinie) und der WTO (Stichwort: GATS) betriebene Liberalisierungspolitik im Bereich der Dienstleistungen hat auch in Wien dazu geführt, dass Dienstleistungen von öffentlichem Interesse, die traditionell von der öffentlichen Hand durch kommunale Unternehmen erbracht wurden, zunehmend unter Liberalisierungs- und Privatisierungsdruck geraten.

Dazu zählen unter anderem: Bildung, Gesundheit, Sozialeinrichtungen, Kinderbetreuung; Arbeitsmarktverwaltung und soziale Sicherungssysteme, Öffentlicher Personennahverkehr; Kontrollbehörden (z. B. Lebensmittelkontrolle), Müll, Wasser, Abwasser, regionale Wirtschaftspolitik (z. B. mittels Ausschreibungen, Beschaffungswesen) sowie die Förderung der Nahversorgung.

Die rote Stadtregierung reagierte auf diesen Druck bislang einerseits mit restriktiven Budgets, mit Tariferhöhungen und Leistungseinschränkungen, andererseits mit Ausgliederungen ganzer Verwaltungseinheiten und äußerst riskanten Finanzgeschäften á la Cross Border Leasing.

Es gibt unterschiedliche Formen von Ausgliederungen – dennoch haben sie in Wien eines gemeinsam: sie sichern zumindest über Jahre hinaus auch für den Fall, dass die absolute Mandatsmehrheit verloren gehen sollte, die direkte Einflussnahme der Wiener Sozialdemokratie und schränken die Kontroll- und Mitwirkungsrechte der Opposition und damit der Öffentlichkeit massiv ein. Inwiefern den Oppositionsparteien Gestaltungs- und Kontrollrechte eingeräumt werden entscheidet gegenwärtig einzig und allein die Wiener Sozialdemokratie. Sie erkennt dabei nicht, dass eben diese Strukturen dafür mitverantwortlich sind, den Kritike-

rInnen des Staatsversagens und dem Misstrauen der Menschen gegenüber staatlichen Institutionen Vorschub zu leisten.

Dienstleistungen von öffentlichem Interesse sind für Grüne ein besonders wichtiger und sensibler Bereich der Ökonomie. Sie sind von großer Bedeutung für soziale Integration und für politische Partizipation. Sie dürfen daher nicht ausschließlich an der Erreichung betriebswirtschaftlicher Effizienzkriterien gemessen werden, sondern müssen sich an einem breiten Bündel gesellschaftlicher Zielsetzungen orientieren.

Wiener Mut zu gemeinsamen öffentlichen Handeln bedeutet:

- Die Wiener Grünen treten dafür ein, dass Dienstleistungen im öffentlichen Interesse und regionalen Kernaufgaben aus supranationalen Wettbewerbsregeln ausgenommen bleiben. Das GATS und auch die geplante Dienstleistungsrichtlinie sollen daher für diese Bereiche keine Gültigkeit haben.
- Dienstleistungen im öffentlichen Interesse sollen gemeinwirtschaftlichen Kriterien und demokratischen Gestaltungsprinzipien unterliegen. Die Bedürfnisse der Bevölkerung haben in diesen Sektoren klar Vorrang vor Profitinteressen.
- Eine in vielen Bereichen notwendige Reform sollte darin bestehen, durch Demokratisierung und verstärkte Teilhabe den öffentlichen Charakter dieser Dienstleistungen herauszuarbeiten und zu stärken.
- Dienstleistungen von öffentlichem Interesse sollen zwar effizient, aber nicht gewinnorientiert erbracht werden. Voraussetzung für die Vergabe von Leistungen an Non-Profit-Organisationen ist dabei die Entwicklung von nachvollziehbaren Qualitätskriterien, die in einem Prozess der Teilhabe öffentlich und mit Betroffenenengruppen erarbeitet werden sollen.

6 Wiener Mut zu einer gerechten Welt

6.1 Wien im Herzen Europas

Wien kann aufgrund seiner besonderen europäischen Geschichte, Kultur und Sprachenvielfalt auf einen großen Erfahrungsschatz zurückgreifen. Das Aufeinandertreffen der großen europäischen Sprachfamilien (slawisch, germanisch, romanisch, finnisch-ugrisch) ist dabei von großer Bedeutung. Denn Kommunalpolitik macht nicht an der Stadtgrenze halt und ist von Europapolitik längst nicht eindeutig trennbar.

Die Erweiterung der Europäischen Union birgt zahlreiche Chancen für die Stadt und ihre Menschen. Wien ist dabei ein wichtiges Tor zu den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Der Wirtschaftsstandort Wien hat davon bereits stark profitiert. Das kulturelle Leben hat gewonnen. Lediglich die sozialdemokratische Regierungspolitik in Wien übt sich in ängstlicher Zurückhaltung und Abschottung vor dem neuen und offenen Europa. Eine Beitrittsperspektive für die Staaten Südosteuropas und die Türkei können zur friedlichen Konfliktlösung in Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo, in Kurdistan und Zypern einen gewaltigen Beitrag leisten. Dieser große und mutige Integrationsschritt in Europa stellt ein lebendiges Beispiel für die politische Zukunft des europäischen Friedensprojektes dar. Die Großstadt Wien hat durch ihre geografische Lage, durch ihre Geschichte und durch ihre Kultur besonderes Interesse an diesem Integrationsschritt. Keinesfalls darf daher die Beitrittsdebatte auf dem Rücken der hier lebenden MigrantInnen ausgetragen werden!

Die Wiener Grünen treten daher nach wie vor für eine sachliche, unpopulistische Debatte über die Erweiterung und für gleiche Erfordernisse an alle Kandidatenländer ein. Diskriminierende und rassistische Töne, wie sie auch und vor allem in der Debatte um einen möglichen Beitritt der Türkei zur EU aufgetreten sind, lehnen die Wiener Grünen strikt ab. Die Grünen warnen alle politischen Kräfte vor einer Instrumentalisierung des Themas und vor negativen Klischees und rassistischen Ressentiments.

Trotz der großen Herausforderungen hat Wien keine außenpolitischen Kompetenzen. Stadtaußenpolitik findet zwar statt, jedoch nur hinter den verschlossenen Türen des Bürgermeisterbüros und ohne offene Debatte im Landtag oder Gemeinderat. Selbst die stadtaußenpolitischen Leitlinien sind Angelegenheit der Verwaltung, nicht der Politik. Die Grünen fordern eine Demokratisierung der Stadtaußenpolitik, wodurch auch der Gemeinderat mit stadtaußenpolitischen Positionierungen befasst wird. Europapolitik muss den BürgerInnen zugänglich gemacht und daher verstärkt mit kommunalen Themen in Beziehung gesetzt werden. Die Tatsache, dass Wien keine Grenzregion der EU mehr ist, erfordert spezifische Maßnahmen, die der jetzigen Situation der Stadt als Mittel- und Durchzugspunkt innerhalb der EU gerecht werden.

Wiener Mut für eine bessere Europapolitik bedeutet:

- Verstärktes Sichtbarmachen der Vielfalt der Kulturen in Wien, um Vielfalt nicht als Ausnahme, sondern als Regel zu definieren.
- Mitteleuropäische Offensive für erneuerbare Energien und Atomausstieg.

- Aufwertung der Stadt als Standort internationaler Organisationen. Die Wahrnehmung der UNO- und OSZE-Einrichtungen in Wien als eine Chance für eine aktive Friedenspolitik der Stadt.
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu und von den Nachbarländern durch bessere Bahnverbindungen statt weiterer Autobahnprojekte.
- Die europapolitische Debatte im Wiener Gemeinderat ist zu forcieren. Die Leitlinien zur Außenpolitik der Stadt sind durch den Wiener Gemeinderat zu beschließen. Die Europakommission des Gemeinderats ist aufzuwerten und soll die Mitglieder der Stadtregierung in europapolitischen Angelegenheiten an Positionen binden können (ähnlich dem Mitwirkungsrecht des Nationalrates in Europaangelegenheiten).
- Für den Umbau der EU in eine Sozial-, Beschäftigungs-, Friedens- und Umweltunion. Verankerung von sozialen Grundrechten in einer europäischen Verfassung. Die EU-Wirtschaftspolitik muss sich primär an den Zielen Vollbeschäftigung, Armutsbekämpfung und soziale und ökologische Nachhaltigkeit orientieren. Schutz der öffentlichen Dienste im Rahmen von EU-Verträgen, sowie Aus- statt Abbau des europäischen Sozialstaatsmodells.
- Verkürzung der Übergangsfristen für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Ländern. Dies erfordert ein arbeitsmarktpolitisches Aktionsprogramm, bestehend aus einem grenzüberschreitendem territorialen Beschäftigungspakt zwischen Wien, Brunn, Budapest, Győr, Sopron und Znaim, aus einer Sprachoffensive an Schulen sowie aus einer Absicherung atypischer Arbeitsverhältnisse und einer auf Internationalität ausgerichteten Bildungsoffensive mit Schwerpunkt Frauenförderung.
- Förderung grenzüberschreitender Projekte und bessere Nutzung der EU-Förderprogramme mit zusätzlicher Förderung von Frauenprojekten.
- Für eine Demokratisierung der EU: Stärkung des europäischen Parlaments sowie Einbindung zivilgesellschaftlicher Initiativen in europäische Entscheidungsprozesse.

6.2 Globalisierung braucht Gestaltung

Die Wiener Grünen treten dafür ein, Globalisierung im Sinne nachhaltiger Entwicklung sozial gerecht und umweltverträglich zu gestalten. Bislang verläuft die Globalisierung unter strikt neoliberalen Vorzeichen: Umweltstandards werden ausgehebelt, ArbeitnehmerInnenrechte umgangen, die Märkte liberalisiert, der Sozialstaat angegriffen. Die Folgen: die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer - lokal und global.

Auch innerhalb der EU stehen Liberalisierungen und Privatisierungen von Sozialsystemen und öffentlichen Versorgungseinrichtungen auf der Tagesordnung, geraten ArbeitnehmerInnenrechte unter Druck, steigt die Arbeitslosigkeit dramatisch. Der Neoliberalismus schafft demokratiepolitische Defizite: demokratisch legitimierte Institutionen werden entmachtet, Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten von BürgerInnen und Gewerkschaften zurückgedrängt.

Es ist Ziel der Grünen, gemeinsam mit globalisierungskritischen Initiativen für eine Globalisierung der Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit, von ArbeitnehmerInnenrechten, Demokratie und hohen Umweltstandards zu kämpfen - in Österreich, in

der EU und weltweit. Wiener Mut für eine gerechte Welt bedeutet:

- Für die Verankerung von ökologischen, sozialen, arbeitsrechtlichen, gendergerechten und demokratischen Mindeststandards in internationalen Verträgen. Die internationale Gemeinschaft dokumentiert mit diesem Mindestkatalog, der sich auf bereits ausgearbeitete Positionen international anerkannter Organisationen beziehen sollte (z. B. Internationale Arbeitsorganisation-ILO, UNO etc.), was ein Mindestmaß an staatlichen Aufgaben und Verantwortungen im Bereich der Dienstleistungswirtschaft ist. Vor dem Hintergrund der Zielsetzung der qualitativen Verbesserung der genannten Standards müssen diese alle fünf Jahre evaluiert und allenfalls angehoben werden.
- Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit und die Vergabe von Krediten durch IWF, Weltbank und andere Institutionen sind an die Einhaltung der in diesem Mindestkatalog definierten Anforderungsprofile gebunden. Im Falle des Verstoßes gegen diese Standards können seitens der internationalen Gemeinschaft auch Pönalen und Strafzölle verhängt werden.
- Einrichtung eines internationalen Arbeits- und Sozialgerichtshofs.
- Für eine Regulierung der Finanzmärkte (Kapitalverkehrskontrollen), die Besteuerung des Devisenhandels (Tobin Tax) zur Finanzierung entwicklungs- und sozialpolitischer Programme. Schließung von Steueroasen, um Steuerdumping zu verhindern.
- Für die Förderung des gerechten Handels mit Ländern des Südens (FAIR-Trade).
- Für eine einheitliche Konzern- und Kapitalbesteuerung im Rahmen der EU, um den Steuerwettbewerb nach unten zu beenden.
- Für den Schutz öffentlicher Dienste im Rahmen internationaler Handelsabkommen. Keine Privatisierung von Gesundheit, Bildung, öffentlichem Verkehr, Wasser und Pensionen und Ablehnung der derzeitigen Version der EU-Dienstleistungsrichtlinie.

6.3 Besondere Regeln für Dienstleistungen von öffentlichem Interesse

Öffentliche Dienstleistungen stehen derzeit sowohl auf internationaler Ebene durch das GATS Abkommen als auch auf Ebene des EU-Binnenmarktes durch den Kommissionsvorschlag zur Dienstleistungsrichtlinie unter Druck. Sowohl das GATS als auch die Dienstleistungsrichtlinie beschleunigen Lohn- und Sozialdumping. Denn es wird großen Dienstleistungsunternehmen dadurch möglich, ihr Personal in Ländern mit niedrigen oder keinen Lohn- und Sozialstandards zu rekrutieren und in Staaten mit hohen Lohn- und Sozialstandards einzusetzen.

Solche Wettbewerbsregeln haben gerade für Kommunen große Auswirkungen. Sie setzen der politischen Freiheit zur Ausgestaltung der öffentlichen Dienstleistungen enge Grenzen, da z. B. die auf europäischer Ebene eingegangenen Liberalisierungsverpflichtungen nicht durch lokale politische Regeln (wie z. B. Qualifikationserfordernisse, Förderung der Nahversorgung, Zulassungsverfahren, etc.) außer Kraft gesetzt werden dürfen.

Internationale Wettbewerbsregeln (wie eben das GATS) spiegeln im Moment nur das Interesse der Rechtssicherheit von Investoren wider. Wir erwarten demgegenüber von internationalen Wirtschaftsabkommen, dass vor allem die Bedürfnisse der Bevöl-

kerung Berücksichtigung finden. Die Schaffung von Märkten – und dies ist letztlich das Ziel von internationalen Wettbewerbsabkommen wie dem GATS – soll kein Ziel an sich sein und sich einseitig an den Interessen von Investoren orientieren. Vielmehr haben Märkte in den Dienst der menschlichen Entwicklung gestellt zu werden. Die Politik hat den Märkten daher demokratisch legitimierte Ziele vorzugeben. Dort, wo Märkte trotz entsprechender Regulierung und institutioneller Einbettung zu unerwünschten gesamtgesellschaftlichen Ergebnissen führen, ist alternativ über eine öffentliche Erstellung der entsprechenden Wirtschaftsbereiche nachzudenken. Diese Sichtweise muss sich in internationalen Wettbewerbsabkommen niederschlagen und die derzeitige einseitige Ausrichtung auf den Schutz von Investoren brechen.

Um beim Handel mit Dienstleistungen den politischen Gestaltungsspielraum nicht zu verlieren, treten wir daher für klare und gerechte Rahmenbedingungen ein, die in künftige Vereinbarungen über den Handel mit Dienstleistungen einzubetten sind. Wiener Mut zu sinnvollen und gerechten Regeln im Handeln mit Dienstleistungen bedeutet:

- Leistungen der Daseinsvorsorge und regionale Kernaufgaben sind zukünftig von internationalen Wettbewerbsregeln ausgenommen. Diese definierten Sektoren sollen gemeinwirtschaftlichen Kriterien und demokratischen Gestaltungsprinzipien unterliegen. Die Bedürfnisse der Bevölkerung haben in diesen Sektoren klar Vorrang vor Profitinteressen. Aus unserer Sicht gehören zumindest folgende Bereiche zu den ausgenommenen Sektoren:
 - Bildung, Gesundheit, Sozialeinrichtungen, Kinderbetreuung.
 - Arbeitsmarktverwaltung und soziale Sicherungssysteme.
 - Öffentlicher Personennahverkehr.
 - Kontrollbehörden (z. B. Lebensmittelkontrolle).
 - Müll, Wasser, Abwasser.
 - Regionale Wirtschaftspolitik (z. B. öffentliche Ausschreibungen und öffentliches Beschaffungswesen). und Förderung der Nahversorgung.
- Die Entscheidungskompetenz darüber, wie die Bereitstellung und Erbringung von Dienstleistungen von öffentlichem Interesse erfolgt, bleibt auf nationaler Ebene. Wichtig sind dabei insbesondere die Umkehrbarkeit von getroffenen Entscheidungen (wenn z. B. Liberalisierungsmaßnahmen zu unerwünschten sozialen und verteilungspolitischen Ergebnissen führen sowie die flexible Gestaltbarkeit des institutionellen und rechtlichen Rahmens für den Handel mit Dienstleistungen. Um Qualität und Versorgungssicherheit für die Bevölkerung zu garantieren, darf die öffentliche Hand bei Subventionsvergaben durchaus zwischen privaten und öffentlichen Leistungserbringern unterscheiden.